

---

# AUSLANDSINFORMATIONEN

---

A person is seen from behind, standing in a narrow opening between two vertical bars. The bars are dark and run vertically across the entire frame. The background is a bright, hazy outdoor scene, possibly a beach or a field, with a light blue sky and a sandy ground. The person's silhouette is dark against the bright background. The overall mood is one of confinement and looking out from behind a barrier.

**Nationalismus**  
**Zwischen Identitätsstiftung,**  
**Ausgrenzung und**  
**Abschottung**



# AUSLANDSINFORMATIONEN

2 | 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

„Uns ist sehr wichtig, dass wir gemeinsam eine starke Antwort auf das Coronavirus finden. Es kennt keine Grenzen, es kennt keine Nationalitäten.“ So äußerte sich die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen im Zusammenhang mit der Corona-Krise. Anfang 2020 haben der Ausbruch von COVID-19 und die daraus folgende anhaltende Corona-Pandemie weltweit ein neues Maß an Ausnahmezuständen hervorgerufen. Dazu zählt auch, dass innerhalb der Europäischen Union Grenzen geschlossen und Grenzkontrollen eingeführt wurden.

Bedrohungs- und Krisennarrative können wie während der Corona-Pandemie Populisten in die Hände spielen. Politische Akteure, die die Zugehörigkeit zu einer Nation bzw. einem Staat an Abstammungsmerkmalen festmachen, nutzen solche Situationen für die Rationalisierung von Ausgrenzung und Abschottung. Nationalismus kann selbstverständlich auch andere Ausprägungen annehmen. So kann die Vorstellung einer nationalen Einheit innerhalb einer Gesellschaft grundsätzlich auch als kohäsives, im positiven Sinne identitätsstiftendes Element dienen.

Nationalisten und Populisten, die die Idee einer nationalen Einheit überhöhen, stellen jedoch vor allem für demokratische Staaten eine Herausforderung dar. Sie suchen Sündenböcke, präsentieren vermeintlich einfache Lösungen – ein altbekanntes Muster. Auch in Europa befinden sich schon seit Längerem vielerorts rechtspopulistische und europakritische Parteien im Aufwind, auch wenn sie sich gerade mit Blick auf ihre Position hinsichtlich der EU zuweilen unterscheiden. Diese Parteien erhalten in den Landesparlamenten und im Europaparlament immer mehr Sitze. Die Ursache für diese Entwicklung ist vielschichtig – und nicht allein mit der Zunahme der Migration nach Europa 2015 zu erklären. Ein Blick auf die spezifischen Situationen in den Ländern ist wichtig. Die Popularität dieser Parteien in Europa stellt dabei eine Bedrohung für die demokratische Entwicklung vieler Mitgliedstaaten der EU dar, schreibt Wilhelm Hofmeister.

Die Ausprägung der von Abschottung und Ausgrenzung geprägten Politik ist weltweit unterschiedlich. Nicht selten äußert sie sich in der fehlenden Beachtung von Minderheitenrechten. Indigene Völker werden in demokratischen wie undemokratischen Ländern häufig nicht ausreichend politisch repräsentiert und genießen keinen staatlichen Schutz. Vor allem in Lateinamerika leiden indigene Völker unter einem vielfach schwachen Rechtsstaat und mangelhafter Infrastruktur. Georg Dufner analysiert in diesem Heft die Hindernisse beim Ausgleich von Repräsentations- und Autonomie-defiziten indigener Bevölkerungen in der Region.

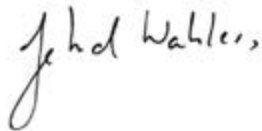
Zuweilen können unterschiedliche nationale Narrative innerhalb eines Landes eine Rolle spielen. In Belarus finden sich aufgrund seiner geografischen Lage und Geschichte sowohl prorussische als auch proeuropäische Strömungen. Diese zu vereinen wird eine Herausforderung für das identitätspolitisch gesplante Land, wie Jakob Wöllenstein herausstellt. Ethnische und religiöse Zugehörigkeiten können innerhalb einer Gesellschaft ein Gemeinschaftsgefühl stiften. Sie besitzen jedoch auch das Potenzial für Spannungen – nicht zuletzt in Staaten, die von einer heterogenen Bevölkerung geprägt sind. Dieses Phänomen beschreibt La Toya Waha am Beispiel von Südasien.

Die Entwicklung hin zu nationalistischen Konzepten zeigt sich auch zunehmend in Kontexten, in denen diese Form der Identitätsbildung bisher eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Das lässt sich in den Staaten im Arabischen Golf beobachten. Religion und Stammeszugehörigkeit sind nun nicht mehr die alleinigen sinn- und gemeinschaftsstiftenden Faktoren in der Region, wie Fabian Blumberg schreibt.

Nationalismus ist und bleibt ein globales Phänomen – sowohl in demokratischen als auch in nichtdemokratischen Staaten. Gerade bei der Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen wie der Corona-Pandemie scheinen einige Staaten Einzellösungen als Option in Betracht zu ziehen. Multilaterale Institutionen wie die WHO stehen in der Kritik und werden als zu unflexibel für die erfolgreiche Handhabung der Probleme wahrgenommen. Auch die Europäische Union hat sich mit einem gemeinsamen Krisenmanagement Zeit gelassen, ist nun aber stärker um eine „gelebte europäische Solidarität“ bemüht. Letztlich zeigt sich in der aktuellen Krise, dass nur eine gemeinsame, internationale Herangehensweise zum Erfolg führen wird. Solidarische Aktionen wie die Bereitstellung von medizinischen Hilfsgütern oder die Behandlung von Corona-Patienten aus Nachbarländern zeigen ebenso wie die vernetzte Zusammenarbeit bei der Erforschung möglicher Behandlungsmethoden das Potenzial gemeinschaftlicher Lösungen in diesen Zeiten. Es bleibt zu hoffen, dass die Erfahrungen aus der derzeitigen Krise zukünftig für eine noch engere multilaterale Abstimmung und einen globalen Austausch genutzt werden.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr

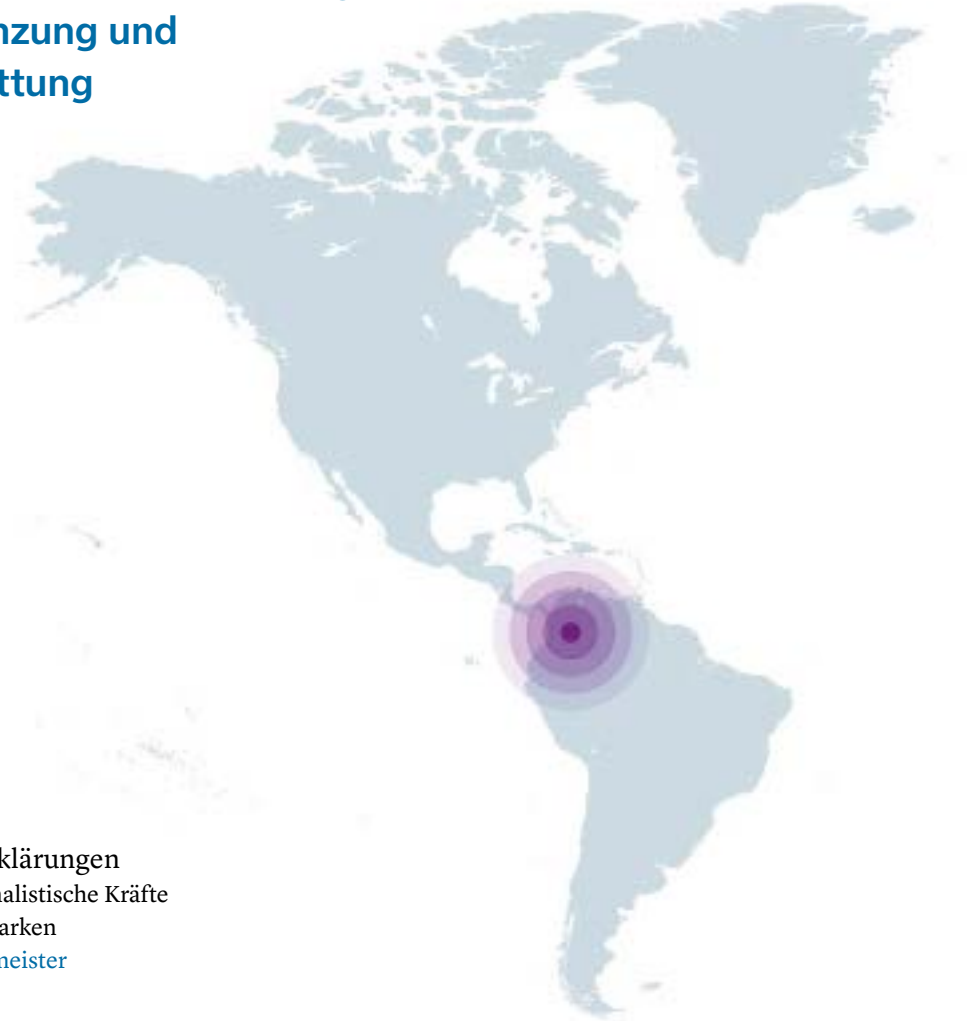


---

**Dr. Gerhard Wahlers** ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ([gerhard.wahlers@kas.de](mailto:gerhard.wahlers@kas.de)).

# Nationalismus

## Zwischen Identitätsstiftung, Ausgrenzung und Abschottung



6 ●  
Einfache Erklärungen  
Warum nationalistische Kräfte  
in Europa erstarben  
[Wilhelm Hofmeister](#)

18 ●  
Indigene Identität  
in Lateinamerika  
Kultureller Reichtum und  
sozialer Sprengstoff  
[Georg Dufner](#)

27 ●  
Nationale Identität  
gegen Druck von außen  
Versöhnt Belarus seine  
widerstreitenden Narrative?  
[Jakob Wöllenstein](#)

39 ●  
Religiöser Nationalismus  
in Südasien  
Zwischen nationaler Einheit und  
gesellschaftlicher Spaltung  
[La Toya Waha](#)

50 ●  
„Hypernationalismus“?  
Identitäts- und Nationalismusdebatten  
am Golf  
[Fabian Blumberg](#)



## WEITERE THEMEN

61 ●  
Die Lage im Sahel  
Konsequenzen für das  
internationale Engagement  
[Thomas Schiller](#)

71 ●  
Coronavirus in Lateinamerika  
Chance oder Bedrohung für den Rechtsstaat?  
[Marie-Christine Fuchs](#)



Nationalismus

# Einfache Erklärungen

Warum nationalistische Kräfte in Europa erstarben

Wilhelm Hofmeister



Ressentiments gegen die Europäische Union, Schaffung von Feindbildern: Nationalistische Parteien erzielen seit einigen Jahren fast überall in Europa wieder beachtliche Wahlergebnisse und stellen die demokratische Entwicklung in vielen Mitgliedsländern der EU vor große Herausforderungen. Die Gründe dafür sind vielfältig und regional unterschiedlich. Wie aber kann eine erfolgversprechende politische Antwort aussehen?

---

## Überblick

Der Nationalismus war das große Übel des 20. Jahrhunderts in Europa. Auch wenn er während des 19. Jahrhunderts zunächst als eine Emanzipationsbewegung entstand und erste Demokratieprozesse in Europa inspirierte, mutierte er recht bald zu einer Ideologie, die den Konkurrenzkampf zwischen den Staaten im Zeitalter des Imperialismus rechtfertigte und die Unterschiede zu anderen Nationen in chauvinistischer und rassistischer Weise beschrieb. Wohin das letztlich führte, ist bekannt. „Nationalismus ist die Ursache der meisten politischen Konflikte seit dem 19. Jahrhundert und eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Nationalsozialismus seit 1930“<sup>1</sup>, schreibt Rolf Ulrich Kunze, der hervorhebt, der Nationalismus „tendiert zur Radikalisierung und Eskalation, insbesondere zur Verbindung mit dem Universalrassismus und Antisemitismus“, er „legitimiert tiefe Eingriffe in die Menschen- und Bürgerrechte, vor allem von Minderheiten, sowie im Zeichen von Autarkiefiktionen in das freie globale Wirtschaftssystem. [...] Nationalismus begünstigt die populistische Entinstitutionalisierung der politischen Kultur und gefährdet die Stabilität repräsentativ demokratisch legitimierter politischer Verfassungsorgane im Verfassungsstaat sowie auf intergouvernementaler supranationaler Ebene.“ Wegen seiner verheerenden Konsequenzen haben nach dem Zweiten Weltkrieg die maßgeblichen politischen Führer Europas, darunter Konrad Adenauer, die europäische Integration bewusst auch als ein Instrument zur Überwindung des Nationalismus geschaffen. In einer Rede von 1946 hat Adenauer die Roman-

tisierung der Nation als eine Ursache der Katastrophe bezeichnet<sup>2</sup> und 1953 sagte er: „Bestünde man darauf, in der heutigen Welt die traditionellen Begriffe des Nationalismus hochzuhalten, so bedeutete dies die Aufgabe Europas.“<sup>3</sup>

Trotz dieser Warnungen der Kriegsgeneration hat sich der Nationalismus spätestens seit Beginn des neuen Jahrhunderts wieder in den Parteiensystemen Europas eingenistet. Im Jahr 2000 war in Österreich die nationalistische FPÖ Mitglied einer Regierungskoalition geworden. Zwei Jahre später erreichte in Frankreich der Vorsitzende des Front National, Jean-Marie Le Pen, die Stichwahl um das Präsidentenamt und mobilisierte 2004 eine Mehrheit für die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags. Die antieuropäische Einstellung des Nationalismus war dadurch offensichtlich. Die Stigmatisierung und teilweise Isolierung Österreichs infolge der ÖVP/FPÖ-Koalition durch die übrigen EU-Mitglieder hat den Nationalismus nicht aufgehalten. Sowohl in Österreich und Frankreich als allmählich auch in anderen Ländern Europas erzielten nationalistische Parteien zunehmend Wahlerfolge. Doch erst als rechtsgerichtete, populistische und europakritische Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 etwa ein Fünftel der Parlamentsmandate gewannen, wurde auch einer breiteren Öffentlichkeit in Europa bewusst, dass der Nationalismus nahezu überall auf dem Kontinent eine neue Anhängerschaft fand.

Neben dem Front National, 2018 umbenannt in Rassemblement National, und der FPÖ gehören zu dieser Gruppe unter anderem die Schwedendemokraten, die Finnen-Partei, die Dänische

Abb. 1: Ergebnisse nationalistischer Parteien bei jüngsten Wahlen in Europa (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage der Angaben der nationalen Wahlbehörden, Karte: Natural Earth ©.

Volkspartei, UKIP aus Großbritannien, die Freiheitspartei in den Niederlanden, die flämische Vlaams Belang, die Lega (vormals Lega Nord) aus Italien, Jobbik aus Ungarn und die Goldene Morgenröte aus Griechenland. Auch PiS in Polen und Fidesz in Ungarn, zwei ursprünglich konservative bzw. liberale Parteien, setzen mittlerweile den Nationalismus sehr erfolgreich als Mobilisierungsfaktor ein. Die deutsche Partei Alternative für Deutschland (AfD) war anfangs zwar im Wesentlichen durch einige eurokritische Wirtschaftsprofessoren geprägt und nicht wie heute durch Rechtspopulisten. Doch im Kern war die AfD auch damals schon eine Partei, die mit einem nationalen Sentiment Stimmung gegen die europäische Einigung machte.

Spätestens seit jener Wahl vom Mai 2014 wird das „Monster“ des Nationalismus überall in Europa deutlicher wahrgenommen. Man muss diese Jahreszahl deshalb betonen, weil es erst ein gutes Jahr später zur sogenannten Migrationskrise kam, die in den letzten Jahren häufig als Auslöser für das Erstarken der nationalistischen Parteien dargestellt wird. Das Aufkommen der nationalistischen Parteien kann daher keineswegs nur mit der Migrationskrise erklärt werden – was selbstverständlich auch bedeutet, dass der Nationalismus nicht nur durch eine Einschränkung der Migration zu bekämpfen ist.

Auch eine zweite Vermutung muss sofort relativiert werden: nämlich die, die das Erstarken

nationalistischer Parteien auf sozioökonomische Faktoren und soziale Ungleichheit zurückführt. Dies ist ebenfalls nur ein begrenzter Erklärungsansatz, weil nationalistische Parteien nicht zuletzt in den wirtschaftlich prosperierenden Staaten Europas mit vergleichsweise guten Verteilungsindizes stark geworden sind. Zu nennen wären die nordischen Länder, die Niederlande, Österreich und auch Deutschland. Daher sind diese Parteien wahrscheinlich auch nicht allein über neue Verteilungsmechanismen zu bekämpfen.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 haben die Nationalisten nicht ganz so gut abgeschnitten, wie sie erwartet hatten, auch weil sich mehr Bürger an der Wahl beteiligten, um ihr Erstarken zu verhindern. Dennoch erhielten sie immerhin etwa ein Viertel der Parlamentssitze. Dadurch ist bestätigt, dass nationalistische Parteien mittlerweile in Europa einen nicht unwesentlichen Anteil von Wählern mobilisieren. Selbst Länder, die sich lange vor einem Erstarken des Nationalismus geschützt fühlten, wie Deutschland oder Spanien, haben das Auftreten neuer nationalistischer Parteien erlebt. Sogar in Portugal gewann eine neue Partei, Chega! („Es reicht!“), die mit nationalistischen Versatzstücken fabuliert, bei den Parlamentswahlen im Oktober 2019 ein Mandat.

Angesichts dieser Entwicklungen wird heute vielerorts in Europa gefragt: Warum mobilisiert der Nationalismus wieder so viele Bürger in Europa? Und: Wie kann man die Menschen vor dem Nationalismus mit seinen unvermeidbar fatalen Folgen warnen und schützen? Bei der Suche nach einer Antwort ist zunächst an die verführerische Botschaft des Nationalismus zu erinnern.

### **Nationalismus und Nation**

Jeder Nationalismus basiert auf einer Fiktion und diese Fiktion ist die Nation. Denn Nationen gibt es nicht als soziale Gebilde, sondern nur in unserer Vorstellung. Nationen sind „eingebildete“ Gemeinschaften, die von den Nationalisten geschaffen werden, wie Benedict Anderson 1983 in seinem bekannten Buch über den Ursprung des Nationalismus feststellte.<sup>4</sup> Und der britische

Historiker Eric J. Hobsbawm hat das wenige Jahre später ergänzt: „Nicht die Nationen sind es, die Staaten und Nationalismen hervorbringen, sondern umgekehrt.“<sup>5</sup>

Nationalismus ist ein Abgrenzungsbegriff, der falsche Identitäten und greifbare Feindbilder schafft, ja Feinde braucht, um die Idee der eigenen Gruppe und die Abgrenzung von anderen zu vertreten. Schon 1882, als der Nationalismus gerade einen ersten Höhepunkt erlebte, hat der französische Schriftsteller und Philosoph Ernest Renan diese reduktionistische Weltsicht des Nationalismus erkannt, als er schrieb: „Es gibt keine Nation ohne die Fälschung der eigenen Geschichte.“<sup>6</sup> Das heißt: Überall haben die nationalistischen Bewegungen die Geschichte ihrer „Nation“ so geschrieben, dass eine Art Gemeinsamkeit, ein gemeinsames Schicksal oder eine gemeinsame Bestimmung konstruiert wurden. In Katalonien und in anderen Regionen ist das bei nationalistischen Bewegungen auch heute noch ganz eindeutig erkennbar.<sup>7</sup>

### **Im Zeitalter der Globalisierung gewinnt die „Nation“ eine neue Bedeutung, denn die internationale Ordnung beruht auf dem Zusammenspiel der Nationalstaaten.**

---

Freilich muss man eingestehen, dass es Nationen trotz ihres imaginären, eingebildeten Charakters als soziale Einheiten gibt – jedoch nur dann, wenn damit eine bestimmte Form des modernen Territorialstaats gemeint ist, der „Nationalstaat“. Ohne diesen territorialstaatlichen Aspekt mitzudenken, macht es keinen Sinn, von „Nation“ zu sprechen – oder es wird gefährlich, da dies unweigerlich eine Art von Gemeinschaft evoziert, die in der sozialen Wirklichkeit nicht existiert.

Die Nation – das sind alle Bürger eines Staates, das Staatsvolk. Allerdings erleben wir zurzeit in Deutschland, aber auch andernorts, dass

Nationalisten wieder versuchen, die „Nation“ identitär zu begründen. Dabei fällt es ihnen erkennbar schwer, die vermeintlichen Gemeinsamkeiten ihrer „Nation“ zu benennen, die sie von anderen Nationen unterscheiden. Vereinfachend greifen sie daher auf die altbekannten Muster zurück, indem sie alle diejenigen auszusortieren versuchen, die aufgrund ihrer Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Religion etc. vermeintlich nicht zu dieser identitär begründeten Gemeinschaft gehören. Der ehemalige Ko-Vorsitzende der deutschen AfD, Alexander Gauland, hat beispielsweise 2016 behauptet, der deutsche Fußballnationalspieler Jérôme Boateng, der einen ghanaischen Vater hat, werde als „fremd“ empfunden, und ein Jahr später hat er damit gedroht, die türkischstämmige deutsche Politikerin und stellvertretende Vorsitzende der SPD, Aydan Özoğuz, in Anatolien zu „entsorgen“. Angesichts solcher Ausgrenzungsversuche muss heute wieder betont werden, dass eine Nation selbstverständlich auch Menschen mit Migrationshintergrund einschließt. Zur deutschen „Nation“ gehören somit selbstverständlich alle deutschen Staatsbürger, die als Nationalspieler 2014 die Fußballweltmeisterschaft gewannen, darunter Lukas Podolski und Miroslav Klose – beide in Polen geboren –, Jérôme Boateng aus Berlin und Mesut Özil, geboren in Gelsenkirchen als Kind türkischer Einwanderer.

## **Nationalismus und Populismus ist gemeinsam, dass sie komplexe gesellschaftliche und politische Sachverhalte auf einen einfachen Kern reduzieren.**

Nation und auch Nationalismus sind als Elemente moderner Staatlichkeit nicht mehr wegzudenken und gerade im Zeitalter der Globalisierung gewinnt die „Nation“, d.h. der Nationalstaat, eine neue Bedeutung, denn die internationale Ordnung beruht ja auf dem Zusammenspiel der Nationalstaaten.<sup>8</sup> Insofern

erleben wir auch nicht die „Rückkehr“ des Nationalismus, wie bisweilen behauptet wird. Allerdings erleben wir zunehmend wieder solche Formen des Nationalismus, die zu den Katastrophen der Vergangenheit geführt haben. Das gilt vor allem für den identitären Nationalismus, der sich in verschiedener Form in Europa ausbreitet und insbesondere in der Migrationsdebatte zum Ausdruck kommt. Dabei kommt ein Element hinzu, das zum Wahlerfolg der nationalistischen Parteien erheblich beiträgt: ihr Populismus.

Nationalismus und Populismus ist gemeinsam, dass sie komplexe gesellschaftliche und politische Sachverhalte auf einen einfachen Kern reduzieren: die Bildung, Errettung oder Förderung der Nation. In vielen Ländern Europas bilden sie eine unheilvolle Allianz. Der „populistische Nationalismus“ bzw. „nationalistische Populismus“ konstruiert einen Gegensatz zwischen dem „wahren Volk“, das er gegen das Establishment der „korrupten Eliten“ und die „Lügenpresse“ zu verteidigen vorgibt.<sup>9</sup> Populisten verneinen die Heterogenität und den Pluralismus einer Gesellschaft und postulieren eine Homogenität des Volkes und des Volkswillens, die es nicht gibt. Die Affinität dieser Methode zur Ideologie des Nationalismus ist offensichtlich. Zwar wird sie auch von linkspopulistischen Bewegungen angewandt (z. B. Podemos in Spanien oder Syriza in Griechenland), doch in ihrem Fall ist nicht die Nation das Allheilmittel, sondern der Antikapitalismus. Im Kern aber benutzen die linken wie die rechten Populisten die gleiche Methode: Sie versuchen Missstände zu instrumentalisieren, Bedrohungsgefühle zu steigern, „Sündenböcke“ zu identifizieren, Feindbilder zu verbreiten, Ressentiments zu schüren, Hass anzufachen und Hemmschwellen zu senken.

## **Nationalismus und die Sehnsucht nach Anerkennung**

Warum sich in Europa viele Menschen nationalistischen Ideen zuwenden und nationalistische, antiliberalen und antieuropäische Parteien wählen, ist nicht eindeutig zu beantworten. Ein allgemeingültiges Erklärungsmuster ist deshalb schwierig, weil der Nationalismus sehr unterschiedliche Beweggründe und Ausdrucksformen hat.







Eine antieuropäische Allianz: Nationalistische Parteien mobilisieren europaweit nicht nur immer mehr Bürger, sie vernetzen sich auch untereinander. Quelle: © Francois Lenoir, Reuters.

In Spanien beispielsweise ist der gesamtstaatliche Nationalismus der neuen rechtspopulistischen Partei Vox in erster Linie eine Reaktion auf den regionalen Nationalismus und Separatismus in Katalonien und auch dem Baskenland sowie die Unfähigkeit der bisher dominierenden Parteien, der Sozialisten (PSOE) und der Volkspartei (PP), die dadurch verursachte politische Krise zu lösen. In Deutschland stand am Anfang der neuen nationalistischen Bewegung die Skepsis gegenüber der gemeinsamen europäischen Währung und die Furcht vor den Kosten der Hilfsmaßnahmen für die überschuldeten Länder im Rahmen der sogenannten Eurokrise ab 2010. Doch erst die sogenannte Migrationskrise von 2015 hat den nationalistischen Rechtspopulismus dann richtig befeuert. In Frankreich hat die mit der Desindustrialisierung einhergehende hohe

Arbeitslosigkeit in einigen Regionen, vor allem im Norden und Osten, dazu geführt, dass sich die früher links wählenden Arbeiter als Verlierer der Globalisierung fühlten. Der Front National bzw. Rassemblement National, der ursprünglich eher die traditionelle Rechte repräsentierte und ein liberales Wirtschaftsprogramm vertrat, begann unter Marine Le Pen, sich als „Arbeiterpartei“ zu präsentieren. Wachsende soziale Spannungen, die auch durch eine gewisse geografische Segregation sichtbar sind, sowie ein Verlassenheitsgefühl auf dem Land und in Vorstadtgebieten haben dem RN neue Wählergruppen zugeführt. Hinzu kommt ein Gefühl der Unsicherheit angesichts etlicher Terroranschläge in Frankreich, die die Themen der Einwanderung, der Integration, des Islams und der Unsicherheit verstärkt in den Vordergrund brachten.<sup>10</sup> In Großbritannien

wiederum haben die auch von maßgeblichen Politikern seit Jahren genährten Ressentiments gegenüber der EU und die von ihnen geschürte Mär von einem „Kontrollverlust“ zum Sieg der Brexiteers in dem Referendum vom Juni 2016 geführt. Die nordischen Länder erlebten seit den 1990er Jahren durch den verschärften Wettbewerbsdruck infolge der Globalisierung eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit ihrer Sozialstaaten, sodass vor allem die zunehmende Migration den Wettbewerbs- bzw. Verlustangst-Nationalismus förderte. Ähnliche Reaktionen sind auch in den Ländern Zentraleuropas (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) zu beobachten. Diese profitierten zwar in erheblichem Maße von der Integration in die Europäische Union sowie der Öffnung ihrer Grenzen und Märkte, aber aus Furcht vor Verteilungsverlusten gegenüber Migranten wählten sie in teils beachtlichem Ausmaß solche Parteien, die die Verteidigung einer nationalen Identität auf ihre Fahnen geschrieben haben. In vielen Fällen hat die Migrationskrise den Nationalisten zweifellos in die Hände gespielt, weil sich dadurch eine neue Form eines identitären Nationalismus begründen ließ – „wir gegen die Neuankömmlinge, die uns bedrohen“. Allerdings müssen wir bei der Ursachenforschung für den neuen Nationalismus wohl etwas genauer hinschauen, weil die Migrationskrise allein das Phänomen nicht erklärt.

## **Wirtschaftliche Benachteiligungen und zunehmende Ungleichheit haben zweifellos das Erstarken nationalistischer Bewegungen in Europa gefördert.**

Francis Fukuyama nennt die Forderung nach Anerkennung ein wesentliches Motiv, das die Haltung und auch das Wahlverhalten vieler Menschen leitet. Er beschreibt den Groll als Folge eines Gefühls der Vernachlässigung, das manche Gruppen empfinden.<sup>11</sup> „In einer Vielzahl von Fällen hat ein politischer Führer

Anhänger mobilisiert, um die Wahrnehmung zu fördern, dass die Würde der Gruppe verletzt, herabgesetzt oder auf andere Weise missachtet wurde. [...] Eine gedemütigte Gruppe, die die Wiederherstellung ihrer Würde anstrebt, hat weitaus mehr emotionales Gewicht als Menschen, die nur ihren wirtschaftlichen Vorteil verfolgen.“<sup>12</sup> Dies beschreibt und begründet wohl sehr korrekt die Stimmungslage vieler Menschen in einigen Ländern Europas, beispielsweise in den „abgehängten“ Regionen Frankreichs, in jenen Teilen Englands, die nicht vom Boom der Londoner City profitierten, oder auch in den Regionen der östlichen Bundesländer in Deutschland, in denen die rechtsextremistische Partei AfD eine hohe Zustimmung genießt. Nach Fukuyamas Ansicht wird die gegenwärtige Identitätspolitik angetrieben von dem Wunsch nach gleicher Anerkennung von sozialen Gruppen, die sich von ihren Gesellschaften ausgegrenzt fühlen, was rasch zu einer Forderung nach Anerkennung der Überlegenheit der Gruppe führen könne. „Dies ist ein großer Teil der Geschichte des Nationalismus und der nationalen Identität sowie bestimmter Formen des heutigen extremistischen Auftretens mancher Religionen.“<sup>13</sup> Deshalb ist für Fukuyama das Thema Identität/Anerkennung nicht nur wichtig zum Verständnis des neuzeitlichen Nationalismus, sondern auch der extremen Formen des modernen Islamismus. Ihre Wurzeln lägen in der Modernisierung, die eine Erschütterung hergebrachter Gemeinschaften mit sich bringe.

So wichtig das Gefühl der Vernachlässigung ist, auf das Fukuyama verweist, hat er dennoch keine Antwort auf die Frage, wie die freiheitliche Demokratie verteidigt und bewahrt werden kann. Da er die Suche oder Sucht nach Anerkennung eher als ein sozialpsychologisches Phänomen versteht, als Ergebnis eines über die Jahrhunderte gewachsenen Selbstwertgefühls des Individuums, misst er wirtschaftlichen und sozialen Faktoren bei der Hinwendung der Bürger zu nationalistischen Parteien keine entscheidende Bedeutung zu.<sup>14</sup> Wirtschaftliche Benachteiligungen und zunehmende Ungleichheit gibt es aber tatsächlich und eben diese haben zweifellos etwa in Frankreich das Erstarken des Front National

bzw. Rassemblement National gefördert. Da jedoch, wie z. B. zuletzt in Spanien zu beobachten war, überall auch Angehörige des Bürgertums, der finanziell besser gestellten Mittel- und Oberschicht, die sich nicht über mangelnde Anerkennung beklagen können, nationalistische Parteien wählen, muss nach weiteren Gründen für deren Erstarken gesucht werden.

Dabei muss man zunächst zur Kenntnis nehmen, dass die Anhänger der Nationalpopulisten heterogener sind als der stereotypisch genannte „alte weiße Mann“, und dass viele Wähler der Nationalisten nicht antidemokratisch sind, sondern nur bestimmte Entwicklungen der liberalen Demokratie ablehnen.<sup>15</sup> Allerdings zeigt sich hier das Problem der Repräsentativität der demokratischen Institutionen, das bereits seit vielen Jahren zu beobachten ist, und zur Folge hat, dass diese sich, wie zwei britische Wissenschaftler feststellten, „immer mehr vom Durchschnittsbürger entfernen“.<sup>16</sup> Die politischen Eliten würden darauf aber nicht bzw. nur unzulänglich reagieren. Während die Nationalisten eine Reihe legitimer demokratischer Fragen diskutieren wollten, würden sich die Eliten solchen Themen verweigern, weil sie ihren eigenen Lebensraum nicht oder anders berühren. Das gelte beispielsweise im Hinblick auf die Erosion des Nationalstaates im Zeitalter der Globalisierung, die Aufnahmefähigkeit von Migranten und den raschen „ethnischen Wandel“ einiger Gesellschaften, die Ungleichheit innerhalb der westlichen Staaten und den gesellschaftlichen Ausschluss eines bestimmten Teils der Bevölkerung sowie die Frage, ob der Staat sich nicht besser um die Menschen kümmern sollte, die jahrelang in die Steuer- und Sozialsysteme eingezahlt haben. Das seien für manche Politiker unangenehme Fragen, die aber dennoch viele Menschen bewegten und von den Nationalisten verschärft würden, während die „Systemparteien“ vielerorts nicht befriedigend darauf antworteten. Ähnlich argumentiert Wolfgang Merkel, wenn er das Erstarken der rechtspopulistischen Parteien als eine unmittelbare Folge der Spaltung vieler Gesellschaften in „Kosmopoliten“ und „Kommunitaristen“, d. h. Globalisierungsgewinner und Globalisierungsverlierer, erklärt.<sup>17</sup>

Insgesamt sind es wohl vier soziale Wandlungsprozesse, die einer wachsenden Zahl von Menschen Sorge bereiten und das Erstarken des Nationalpopulismus wesentlich erklären:

- ein zunehmendes Misstrauen gegenüber Politikern und Institutionen,
- eine Zerstörung der historischen Identität und der etablierten Lebensweise der nationalen Gruppe,
- ein Gefühl des Verlusts infolge zunehmender Einkommens- und Vermögensungleichheiten und nachlassendes Vertrauen in eine bessere Zukunft,
- eine „Entkoppelung“, das meint die Schwächung der Bindungen zwischen den traditionellen „Mainstream“-Parteien und den Menschen.

Die Lösung des Problems der Repräsentativität, das mit dem letzten Punkt angesprochen ist, ist auch für Wolfgang Schäuble, den Präsidenten des Deutschen Bundestags, eine Voraussetzung, um den aktuellen Problemen der Demokratien und dabei insbesondere auch der Herausforderung durch den Nationalpopulismus zu begegnen.<sup>18</sup> Notwendig sei deshalb, dass die Parlamente und Fraktionen ihren Funktionen wieder besser gerecht werden.

Ergänzend sind noch weitere Entwicklungen zu nennen, die für das Aufkommen und die Stärkung nationalistischer und populistischer Ideen und Parteien in vielen Ländern Europas relevant sind und dadurch ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf den Bestand der freiheitlichen Demokratien und die Fluchtbewegung vieler Menschen zu den Nationalisten haben können.

Das ist zum einen die Schwächung des Nationalstaats im Kontext der Globalisierung. Vor allem die Kritiker des Neoliberalismus führen dieses Argument an, wenn sie das Aufkommen des populistischen Nationalismus zu erklären versuchen.<sup>19</sup> Während in Lateinamerika schon seit Langem der Neoliberalismus wegen einer





vermeintlichen Einschränkung von staatlicher Selbstbestimmung kritisiert wird, ist diese Position mittlerweile auch in Europa prominenter geworden, kurioserweise nicht zuletzt in dem Land, in dem der Neoliberalismus große Fürsprecher hatte und das davon zunächst eindeutig zu profitieren schien: Großbritannien. Hier ist vor allem die Europäische Union Zielscheibe für das Gefühl eines Verlustes von Selbstbestimmung, das die nationalistischen EU-Gegner mobilisierte und zum Brexit-Votum führte. Auch die Proteste gegen die

Freihandelsverhandlungen der EU mit den USA und Kanada wurden nicht zuletzt von der Furcht vor einem Kontrollverlust getrieben. Zwar kam diese Kritik eher von linken Gruppierungen und Journalisten, war jedoch auch Wasser auf den Mühlen der nationalistischen Parteien. Und wenn in Deutschland während der sogenannten Migrationskrise von 2015 ein Ministerpräsident den „Kontrollverlust des Staates“ kritisierte, dann hat er damit Ängste geschürt, die ebenfalls mit der Sorge der Menschen vor einer Schwächung des Nationalstaates und seiner





Auf dem Weg nach Europa: Die Migrationskrise hat zwar den nationalistischen Rechtspopulismus vorangetrieben, ist jedoch nicht die einzige Ursache des Phänomens.

Quelle: © Alessandro Bianchi, Reuters.

Der zweite Punkt betrifft die neuzeitliche Form der Kommunikation und hier nicht zuletzt auch die Rolle der sozialen Medien mit ihren Filterblasen, die den demokratischen Dialog zerstören und die Fähigkeit zu einer Auseinandersetzung mit Kritik und anderen Meinungen verkommen lassen.<sup>20</sup> Das hat unter anderem zur Folge, dass sich mittlerweile in vielen Ländern Europas Menschen einem Meinungsdruck im Sinne einer „politischen Korrektheit“ ausgesetzt sehen und sich den Rechtspopulisten zuwenden, weil sie sich von denen besser artikuliert fühlen.<sup>21</sup> Das zeigte sich beispielsweise zuletzt im Rahmen der Debatte um den Klimawandel. Es geht hier nicht um „rechte“ oder nationalistische Einstellungen. Aber solche Menschen, die die Debatte um den Klimaschutz als hysterisch empfinden und zusätzliche Kosten fürchten, wenden sich den rechten Parteien zu, die, wie neuerdings die AfD in Deutschland, mit einer klimaskeptischen Haltung Anhänger zu gewinnen versuchen.

### **Die Parteien der Mitte müssen erkennbarer auf die Forderungen nach Anerkennung von Menschen, Gruppen und Regionen reagieren, die sich zurückgesetzt fühlen.**

---

Schutzfunktion zu tun haben. Dass der Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung zumindest insofern seine Rolle eingebüßt hat, als er viele Prozesse nicht mehr steuern und viele Probleme nicht mehr lösen kann, ist unstrittig. Doch für viele Menschen bleibt er die zentrale staatliche Bezugsgröße. Das Versprechen der Nationalisten, die Stärkung des Nationalstaates garantiere quasi von selbst eine Befreiung von ihren Sorgen und Problemen, ist zwar falsch, doch dadurch verliert diese Behauptung nicht an Attraktivität.

Ein weiteres Thema wird zukünftig noch an Brisanz gewinnen: die Folgen der digitalen Revolution, der künstlichen Intelligenz, der zunehmenden Übernahme von Funktionen des Menschen durch Roboter sowie die dadurch provozierten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Hieraus kann letztlich die Einschränkung unserer individuellen und politischen Freiheit

resultieren.<sup>22</sup> Das Nachdenken und die Debatte über die Folgen der Digitalisierung hat in den meisten europäischen Ländern erst begonnen. Doch wenn die Entfremdungen infolge der digitalen Revolution deutlicher werden, sind auch zusätzliche Fluchtbewegungen der Menschen zu erwarten, wofür sich dann nicht zuletzt die nationalpopulistischen Parteien als Projektionsflächen anbieten.

Hinzuweisen ist schließlich auch auf die Zersplitterung der Parteiensysteme sowie die Schwierigkeit der Konsens- und Regierungsbildung in vielen Ländern Europas. Spanien, Belgien und die nordischen Länder sind Beispiele dafür. Daraus ergibt sich eine große Herausforderung für die Demokratien. Den Nationalisten aber ist dies Wasser auf ihre Mühlen.

### **Politische Ansätze zur Überwindung des Nationalismus**

Was kann man tun, um den weiteren Zulauf zu den Nationalisten zu stoppen? Auch wenn die Sozialwissenschaften eher Problemanalysen als Handlungsanleitungen anbieten, lässt sich aus den verschiedenen Analysen ein wichtiger Schluss ziehen: Die Parteien der Mitte müssen noch deutlicher auf die Forderungen nach Anerkennung von Menschen, Gruppen und Regionen reagieren, die sich zurückgesetzt fühlen. Politik muss noch intensiver erklärt und kommuniziert werden, jedoch nicht nur über die neuen elektronischen Medien, sondern auf hergebrachte Weise im unmittelbaren Kontakt mit den Menschen. Dies ist eine Herausforderung für alle Politiker. Anscheinend hat es in Sachsen zum Wahlerfolg der CDU bei den Landtagswahlen im Oktober 2019 beigetragen, dass Ministerpräsident Michael Kretschmer praktisch ein ganzes Jahr lang Tag für Tag mit endloser Geduld Bürgerversammlungen durchführte und Bürgergespräche führte, um den Menschen zu zeigen, dass ihre Sorgen ernst genommen werden. Zudem wurden politische Entscheidungen getroffen, um auch den vermeintlich abgehängten Regionen zu demonstrieren, dass sie nicht vergessen sind. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass Politiker, von den Lokalpolitikern bis zu den nationalen Abgeordneten, noch mehr Zeit investieren

müssen, um persönlich und im Rahmen neuer Begegnungsformen den Kontakt mit den Bürgern zu suchen und zu pflegen.

Zur Bekämpfung des Misstrauens gegenüber Politikern und Institutionen sollte man den Menschen, die sich ausgeschlossen fühlen, mehr Mitsprachemöglichkeiten einräumen. Allerdings darf das nicht heißen, „mehr Demokratie wagen“ in Form plebiszitärer Beteiligungsformen bei politischen Entscheidungsprozessen. Dies ist höchst problematisch, wie sich bei zahlreichen Plebisziten immer wieder bestätigt, nicht zuletzt beim Brexit-Referendum. Ein Mehr an „direkter“ Demokratie birgt die Gefahr, dass die politischen Institutionen, vor allem die Parteien, davon noch größeren Schaden nehmen. Stattdessen muss man Beteiligungsformen für Mitglieder und Sympathisanten von Parteien sowie die Bürger im Allgemeinen finden, die Lust am politischen Engagement und Mitgestalten wecken können.

Wichtig ist auch eine Neujustierung der Migrationspolitik in Europa, auch wenn dies ein sensibles Thema ist und sich ein Konsens innerhalb der EU nur sehr schwer finden lässt. Die Migrationskrise ist zwar nicht die Hauptursache für das Erstarken des Nationalismus in Europa, hat aber zweifellos dazu beigetragen. Deshalb muss es bei diesem Thema neue Politikansätze geben, die vor allem zeigen, dass Europa die Kontrolle über die Migration zurückgewinnt, ohne die Migranten gnadenlos zurückzuweisen. Nur so wird man den Nationalpopulisten den Boden für ihre xenophobe Agitation entziehen.

Die Digitalisierung besitzt nun hohe Priorität in der neuen EU-Kommission. Dabei darf es aber nicht nur um den technischen Ausbau und die Kontrolle der Anbieter gehen, sondern es müssen Vorkehrungen getroffen werden, um durch Trainings, Bildung und die Änderung der Arbeitswelt einer neuen Spaltung der Gesellschaften in Europa entgegenzuwirken. Automatisierung und künstliche Intelligenz werden die Arbeitsmärkte verändern und Unsicherheiten hervorrufen, die die politischen Systeme nachhaltig erschüttern können. Die Nationalisten aber bieten den Verlierern dieser Entwicklungen offene Arme.

Abzuraten ist auf jeden Fall von einer Art „gemäßem“ Nationalismus oder Populismus, wie ihn manche Autoren empfehlen.<sup>23</sup> Dies führt in die Irre. Es gibt bisher keine empirische Evidenz, dass dieser Ansatz erfolversprechend ist. In Deutschland und anderen Ländern Europas gibt es dafür keine Mehrheit, wie die Wahlen zum Europäischen Parlament und nationale Wahlergebnisse zeigen. Die CSU in Bayern hat mit dieser Strategie 2018 eine bittere Erfahrung gemacht und ist mittlerweile umgeschwenkt. In Spanien und Frankreich sind der Partido Popular bzw. Les Républicains damit gescheitert, durch einen „rechten“ Diskurs die Wähler von einem Abwandern zu den nationalistischen Parteien abzuhalten. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament war die Wahlbeteiligung 2019 auch deshalb höher, weil ein bestimmter Teil der Bürger das Erstarken nationalistischer Parteien verhindern wollte. Populismus und Nationalismus lassen sich nicht mit Populismus und Nationalismus bekämpfen. Die Coronavirus-Krise zeigt, dass dort, wo die Staaten ihrer Schutzverpflichtung gegenüber den Bürgern nachkamen, auch die Nationalisten geschwächt wurden. Das gilt aber auch umgekehrt.

Eine abschließende Antwort auf die Frage nach dem Mittel für die Bekämpfung des Nationalismus gibt es nicht. Jedes Land muss seine eigenen Instrumente entwickeln. Es bleibt wichtig, das Phänomen zu beschreiben und immer wieder an seine bedrohlichen Folgen zu erinnern. Nur wenn sie sich dieser Folgen für unsere freiheitlichen Demokratien wirklich bewusst sind, werden Europas Gesellschaften stark genug sein, den Anfeindungen des Nationalismus zu widerstehen.

---

**Dr. Wilhelm Hofmeister** ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Spanien und Portugal mit Sitz in Madrid.

- 1 Kunze, Rolf Ulrich 2019: Nationalismus: Illusionen und Realitäten. Eine kritische Bestandsaufnahme, Stuttgart, S. 27.
- 2 Ebd.; Adenauer, Konrad 2014: El fin del nacionalismo y otros discursos sobre la construcción europea, Madrid, S. 28.
- 3 Zitat nach Konrad Adenauer (1953). Konrad-Adenauer-Stiftung: Konrad Adenauer 1876–1967, Quellen. Zitate. Europa, in: <https://bit.ly/35f6lyE> [09.12.2019].
- 4 Anderson, Benedict 2016: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London.
- 5 Hobsbawm, Eric J. 2005: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt / New York.
- 6 Ebd., S. 24.
- 7 Núez Seixas, Xosé Manoel 2019: Suspiros de España. El nacionalismo español, 1808–2018, Barcelona.
- 8 Dazu Werron, Tobias 2018: Der globale Nationalismus, Berlin; López-Alves, Fernando / Johnson, Diane E. (Hrsg.) 2019: Populist Nationalism in Europe and the Americas, London.
- 9 Müller, Jan-Werner 2016: Was ist Populismus? Ein Essay, Frankfurt.
- 10 Mayer, Nonna 2015: Les inaudibles: Sociologie politique des précaires, Paris; Perrineau, Pascal 2017: Cette France de gauche qui vote FN, Paris.
- 11 Fukuyama, Francis 2018: Identity. The Demand for Dignity and the Politics of Resentment, London, S. 7.
- 12 Ebd., S. 7.
- 13 Ebd., S. 22.
- 14 Ebd., S. 80.
- 15 Eatwell, Roger / Goodwin, Matthew 2018: National Populism. The revolt against liberal democracy, London, S. xi f.
- 16 Ebd., S. xi.
- 17 Merkel, Wolfgang 2017: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp / Kubbe, Ina / Poguntke, Thomas (Hrsg.): Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden, S. 9–23.
- 18 Schäuble, Wolfgang 2019: Vom Streit zur Entscheidung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.10.2019, in: <https://faz.net/-gq7-9s1lf> [28.04.2020].
- 19 López-Alves / Johnson 2019, N. 8, S. 4–18.
- 20 Runciman, David 2018: How Democracy Ends, London, S. 120 ff.; Türcke, Christoph 2019: Digitale Gefolgschaft. Auf dem Weg in eine neue Stammesgesellschaft, München.
- 21 Für Deutschland siehe Köcher, Renate 2019: Immer mehr Tabuthemen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.05.2019, in: <https://faz.net/-gpg-9n8k4> [28.04.2020].
- 22 Lassalle, José María 2019: Ciberleviatán, Madrid.
- 23 Eatwell / Goodwin 2018, N. 15; Lochocki Timo 2018: Die Vertrauensformel. So gewinnt unsere Demokratie ihre Wähler zurück. Freiburg / Basel / Wien; Lind, Jennifer / Wohlforth, William C. 2019: The Future of the Liberal Order Is Conservative. A Strategy to Save the System, in: Foreign Affairs 98: 2, 03–04/2019, S. 72–80, in: <https://fam.ag/2WMx1TW> [12.05.2020].



Quelle: © Pilar Olivares, Reuters.

Nationalismus

# Indigene Identität in Lateinamerika

Kultureller Reichtum und sozialer Sprengstoff

Georg Dufner



Indigene Identität in Lateinamerika unterscheidet sich fundamental von postmaterieller Identitätspolitik im Westen, sie könnte jedoch von deren Aufschwung profitieren. Aufgrund tiefsitzender Repräsentationsdefizite ist die Frage indigener Politik in quasi allen Ländern der Region präsent, jedoch in stark unterschiedlicher Ausprägung. Für die Region bedeutet indigene Identität eine weitere Manifestation der Ungleichheit ihrer Gesellschaften und eine Herausforderung an die Politik.

---

### Vorbemerkung

Lateinamerika ist die Weltregion mit einem der höchsten Anteile indigener Völker. Etwa 45 Millionen Personen werden zu dieser Gruppe gezählt, womit sie circa 8,3 Prozent der Bevölkerung ausmachen.<sup>1</sup> Auf dem Subkontinent ist die Frage, wie indigene Völker behandelt werden, politisch langfristig virulent. Sie hat auch im 21. Jahrhundert nichts an ihrer Bedeutung eingebüßt und ist ein wichtiger Faktor lateinamerikanischer Politik. Die Tatsache, dass es bis heute nur wenige Beispiele der Machtübernahme indigener Politiker gibt, sollte über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen. Vielfach hat das Zusammenfallen sozialer Forderungen mit ethnischer (Selbst-) Zuschreibung dafür gesorgt, dass sich Bewegungen und Politiker der Linken stärker um indigene Themen und Gruppen gekümmert haben als jene der Mitte oder der Rechten.

Lateinamerikas politische Systeme haben seit der Unabhängigkeit ein immenses Repräsentationsdefizit, wenn es um die indigenen Völker des Subkontinents geht. Das Versprechen des liberalen Rechtsstaats – die Garantie gleicher Rechte und Pflichten – ist bis ins 21. Jahrhundert nur partiell eingelöst worden. Der Staat – und insbesondere der Rechtsstaat – ist in ländlichen Regionen nur spärlich bis gar nicht präsent, Infrastruktur in Gesundheit, Bildung und Verkehr kommen den indigenen Völkern in wesentlich geringerem Maße zugute als den Bewohnern urbaner Zentren. Die sozialen Indikatoren sind in nahezu jeder Hinsicht schlechter als in nichtindigenen Gebieten. Unter dem lateinamerikanischen Phänomen

der tiefen sozialen Ungleichheit leiden indigene Bevölkerungsgruppen in erhöhtem Maße. Konflikte um Landrechte, teils noch aus vorkolonialen Zeiten stammend, sowie um politische und kulturelle Autonomierechte gehören zur Tagesordnung.

So kulturell divers und organisatorisch heterogen die indigenen Völker Lateinamerikas auch sein mögen, so sind sie doch durch zentrale Themen sowie durch ihre unterschiedlich stark ausgeprägte politische, kulturelle und soziale Ausgrenzung geeint: Für diese überwiegend zur ländlichen Bevölkerung zählenden Gruppen sind insbesondere die – interkulturell zu verstehenden – Themen Bildung, Gesundheit, eigene Mechanismen der Rechtsprechung und Entscheidungsfindung sowie die rechtliche Sicherheit von Landtiteln zentrale Ansprüche. Für die in zunehmender Zahl auch in Städten lebende indigene Bevölkerung ist darüber hinaus die Garantie kultureller Rechte von hoher Bedeutung. Diese Themen spiegeln sich in der klassischen Definition indigener Völker von José Martínez Cobo, Sonderberichterstatter der VN-Unterkommission zur Verhinderung der Diskriminierung und zum Schutz von Minderheiten, wider.<sup>2</sup>

Es ließe sich ergänzen, dass die von indigenen Völkern bewohnten ländlichen Gebiete in vielen Fällen Lagerstätten für Rohstoffe wie Erdgas, Erdöl oder Mineralien sind oder eine bedeutende Rolle für die Energiegewinnung aus Wasserkraft spielen,<sup>3</sup> was das Konfliktpotenzial um Landrechte insbesondere im Rahmen von Infrastruktur- und Abbauvorhaben zwischen Indigenen, Staat und Privatwirtschaft um ein Vielfaches multipliziert.

Allgegenwärtige Erscheinungen in diesem Konflikt sind Frustration über fehlende staatliche Aufmerksamkeit, gewaltsamer Protest gegen den abwesenden Staat oder die unregulierte Privatwirtschaft, Kriminalisierung dieser Proteste durch den Staat sowie Landflucht, oft in Zusammenhang mit Identitätskonflikten und Armutsrisiken. Bemühungen, die Interessen indigener Völker und deren traditionelle Entscheidungsmechanismen in den Nationalstaaten einzubinden, sind über Anfänge bisher nicht herausgekommen.

## Die indigenistische Politik in Lateinamerika ist in einem gänzlich anderen Entwicklungszustand als die postmaterielle Identitätspolitik in westlichen Gesellschaften.

Auch der lateinamerikanische Legalismus, der in vielen Ländern zu teilweise fortschrittlichen Gesetzgebungen geführt hat, krankt mit Blick auf die Rechte indigener Völker und Individuen fundamental an fehlender Präsenz und Unabhängigkeit staatlicher Institutionen. Oft mangelt es an politischem Willen, dem Verständnis der indigenen Bevölkerung als gleichberechtigte Staatsbürger und an Kompetenz in interkultureller Kommunikation. In der Konsequenz werden einzelne rechtliche Instrumente, wie etwa aus dem Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker (1989) der Internationalen Arbeitsorganisation oder der VN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker (2007), mit überhohen Erwartungen überfrachtet, aber kaum praktisch umgesetzt.<sup>4</sup> Auch befinden sich teilweise fortschrittliche Autonomierechte in konstanter Spannung mit den Vorrechten des lateinamerikanischen Präsidentialismus, insbesondere, wenn dieser mit einer zentralistischen Staatsarchitektur einhergeht, was ihre wirksame Implementierung erschwert.

Identitätspolitik – so sollte man meinen – hat unter diesen Umständen einen fruchtbaren

Nährboden. Dennoch ist die Ausgangssituation, die Reaktion der Entscheidungsträger und damit auch das Bild in einzelnen Staaten der Region, sehr unterschiedlich. Auch war die Bilanz indigener Parteien in Lateinamerika bislang wenig überzeugend. Generell ist zu sagen, dass indigenistische Politik, also Politik, die sich auf ethnische oder kulturelle Eigenschaften und Lebensbedingungen indigener Völker bezieht, in Lateinamerika in einem gänzlich anderen Entwicklungszustand ist als die postmaterielle Identitätspolitik in westlichen Gesellschaften, da sie auf fundamental andere Forderungen rekurriert, nämlich sowohl die Forderung nach Anerkennung der eigenen Kultur als auch sehr konkrete materielle Forderungen. Trotz dieser Differenzen der beiden Phänomene ist nicht auszuschließen, dass auch die Forderungen Indigener von Erfolgen der Identitätspolitik in westlichen Gesellschaften profitieren können.

### Die regionale Situation

Besonders hohe Organisationsgrade indigener politischer Bewegungen finden sich in den Andenländern Bolivien und **Ecuador**. Die Macht in Quito konnte die Regierung von Rafael Correa 2007 auch dank dem Versprechen an die indigene Bevölkerung des Landes gewinnen, eine inklusive Politik zu betreiben, die der interkulturellen Natur des Staates Rechnung tragen werde. Es gab jedoch vielerlei Hinweise, die vermuten lassen, dass diese Annäherung als rein taktisch anzusehen ist. Während in dem Äquatorstaat die indigenistische Fassade sehr bald zugunsten einer harten linkspopulistischen Machtpolitik aufgegeben wurde, hielt sich die Illusion einer „indigenen“ Regierung in der 14-jährigen Regierungszeit Evo Morales' in **Bolivien** (2005 bis 2019) deutlich länger. Faktisch basierte der Movimiento al Socialismo (MAS) zu weit größeren Teilen auf einer gewerkschaftsähnlichen als auf einer an den politischen Traditionen der dominierenden Aymara fußenden Organisationsform – für die unter anderem eine regelmäßige Ämterrotation konstitutiv ist –, was auch viele der frühen Weggefährten Morales' kritisierten.<sup>5</sup> In Bolivien werden 6,2 Millionen Menschen und somit 62,2 Prozent der Bevölkerung als Indigene angesehen.<sup>6</sup>





Konfliktpotenzial: Das fehlende Gehörtwerden indigener Bevölkerungsgruppen sorgt für Protest und Frustration.  
Quelle: © Gaston Brito, Reuters.

Zwar kann die Regierung Morales sich Erfolge bei der verbesserten sozialen Anerkennung der Aymara- und Quechua-Bevölkerung im strukturell stark ethnisch segregierten und von tiefstehendem Alltagsrassismus geprägten Bolivien auf die Fahnen schreiben. Tatsächlich wurde die Regierung Morales jedoch von den Interessen der Kokabauern und weiterer gewerkschaftlich organisierter Sektoren der informellen Wirtschaft Boliviens dominiert. Als grundlegend von kulturell-politischen Praktiken der Aymara oder Quechua bestimmt konnte sie nicht angesehen werden. Darüber kann auch die erfolgreiche internationale Vermarktung der Regierung Morales, die mit seiner Ernennung zum „World Hero of Mother Earth“ durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2009 einen ersten Höhepunkt erlangte, nicht hinwegtäuschen. Von gerechter Behandlung und einem respektvollen

Umgang, insbesondere mit den indigenen Gruppen des Tieflands, konnte erst recht keine Rede sein. Sowohl die Konflikte um die Ausbeutung der Regenwaldgebiete ohne die in der Verfassung garantierten Konsultationsprozesse (emblematisch steht hierfür der Konflikt um das Schutzgebiet TIPNIS ab 2009) als auch der Umgang der Regierung mit den Brandrodungen des Jahres 2019 werfen ein Schlaglicht auf die problematische Verwendung des Labels „indigen“ mit Blick auf die Regierung Morales. Deshalb kann auch das Versprechen eines seit 2009 offiziell plurinationalen Staates bis heute nicht als erfüllt angesehen werden. Die autoritäre Machtpolitik und insbesondere die Förderung rassistischer Stereotype und Gegenüberstellungen durch die Vertreter des MAS haben dem Ansehen vermeintlich „indigener Politik“ sowohl innerhalb wie außerhalb indigener Gruppen einen Bärendienst

erwiesen. So erleichterte der überzogene Diskurs Morales' es seinen Gegnern, erneut eine Position der Segregation bzw. der Assimilation indigener Gruppen in eine vermeintliche Mehrheitsgesellschaft einzunehmen. Liberale Reformer der Mitte haben es in diesem Klima erneut schwer, sich für indigene Rechte einzusetzen.

## Wer die kulturelle Vielfalt nicht respektiert, kann in der bolivianischen Politik keinen Erfolg haben oder muss mit sozialer Konfliktivität leben.

---

Die nach dem Abgang Morales im November 2019 veränderte politische Lage ist instabil. Es wird sich mittelfristig noch zeigen müssen, wie viel die alten politischen Eliten aus der Vergangenheit, die sich in vielfacher Diskriminierung der indigenen Bevölkerung äußerte, gelernt haben. Zwar hat die Regierung Morales in den Augen der weißen Bevölkerung zur Diskreditierung indigener Politik geführt, faktisch ist aber die ethnische Zugehörigkeit zur Gruppe, insbesondere zu jener der Hochlandindigenen, in Bolivien noch immer ein sehr wichtiger Faktor sowohl hinsichtlich Identitätsbildungsprozessen als auch bei politischer Mobilisierung.<sup>7</sup> Wer diese kulturelle Vielfalt nicht respektiert, kann in der bolivianischen Politik keinen Erfolg haben oder muss mit hoher sozialer Konfliktivität leben.

Hohe indigene Bevölkerungsanteile allein bedeuten nicht automatisch eine erfolgreiche Repräsentanz. **Peru** besitzt trotz sieben Millionen indigener Einwohner, einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 24 Prozent, derzeit keine indigene Bewegung von nennenswerter Stärke und nationaler Reichweite. Der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre führte zu einer verbesserten Präsenz des Staates in den Hochlandregionen sowie durch Landflucht und Verstärkung zu Prozessen der Akkulturation. Die bedeutenden indigenen Bevölkerungsanteile des peruanischen Amazonaseinzugsgebietes leiden demgegenüber

an mangelnder Organisationsstärke und an der allgegenwärtigen Korruption, die selbstverständlich auch vor indigenen Dachorganisationen nicht Halt macht. Die soziale, aber auch definitorische und im Selbstverständnis vorhandene Trennung in Hoch- und Tieflandindigene gilt in Peru, Ecuador und Bolivien. In Peru führt dies soweit, dass auch im allgemeinen Sprachgebrauch von Bauern (*campesinos* des Hochlandes, die zu den Ethnien Quechua und Aymara gehören) und Indigenen (*indigenas* des Tieflands) gesprochen wird.<sup>8</sup> Die Völker der Hochlandregionen sind wesentlich besser an urbane Zentren angebunden sowie in Entscheidungsfindungsprozesse des Staates und in dessen Infrastruktur eingebunden. Die Autoidentifikation als „indigen“ ist in Peru auch aufgrund des mit der Angehörigkeit zu indigenen Gruppen assoziierten sozialen Status dementsprechend niedrig.<sup>9</sup>

Mehr als eindrücklich zeigt auch das Beispiel **Guatemala**, dass eine indigene Bevölkerung selbst bei kultureller Homogenität und sehr hohen Bevölkerungsanteilen nicht automatisch Repräsentation erlangt. Die drängenden Probleme der indigenen Bevölkerung, die 5,9 Millionen Menschen zählt und damit einen Bevölkerungsanteil von 41 Prozent repräsentiert, bleiben in dem zentralamerikanischen Land aus mehreren Gründen unbeantwortet. Weder existiert ein Bewusstsein der sich überwiegend als „weiß“ definierenden Eliten und der traditionellen Parteien für die Nöte der indigenen Bevölkerung noch eine kohärente Bewegung der Maya-Indigenen, die den spezifischen Anliegen dieser Ethnie zum Durchbruch verhelfen könnte.<sup>10</sup> Indigene Parteien konnten keine ausreichende Attraktivität für die Mehrheit der indigenen und noch weniger für nichtindigene Wähler entwickeln. Konsistente Wahlerfolge auf nationaler Ebene blieben aus. Der Kandidat der wichtigsten indigenen Partei WINAQ erreichte bei den Präsidentschaftswahlen nur 5,22 Prozent der Stimmen. Zugleich schreckt die aus dem Drogenhandel resultierende, allgegenwärtige Gewalt auch in ländlichen Regionen potenzielle Bewerber für politische Ämter extrem ab. Das globalisierte Drogengeschäft verhindert so eine Stabilisierung indigener Politik, die sich



insbesondere um die Themen Bildung, Gesundheit und rechtliche Sicherheit von Landtiteln kümmert. Auch hier wirkt Korruption in hohem Maße zersetzend auf das politische System, da es korrupte Eliten und mit dem Drogenhandel vernetzte Sektoren strukturell bevorzugt.

**Brasilien**, das größte Land des Subkontinents, hat bis heute keine schlagkräftige indigene Bewegung hervorgebracht, trotz seiner insgesamt 305 indigenen Völker. Die 900.000 Indigenen Brasiliens repräsentieren nur 0,5 Prozent der brasilianischen Bevölkerung und leiden ähnlich wie die Tieflandindigenen der andinen Nachbarstaaten Bolivien, Ecuador und Peru unter einem deutlich geringeren Organisationsgrad, weitgehender Marginalisierung und einer Ausgrenzung von den staatlichen Entscheidungsfindungsmechanismen.<sup>11</sup>

### Das Subsidiaritätsprinzip der Bundesstaaten und Gemeinden erlaubt es, die Konfliktivität zwischen Staat, Wirtschaft und indigenen Völkern entscheidend zu reduzieren.

Die Liste der Staaten, in denen eine wirksame Repräsentanz indigener Bevölkerung zumindest auf regionaler Ebene existiert, lässt sich durch Mexiko und Panama ergänzen. In **Mexiko** stehen vor allem die Bundesstaaten Oaxaca (hier vor allem die hohe Zahl indigener Bürgermeister), Yucatán und Chiapas hervor.<sup>12</sup> Die föderale Struktur Mexikos hat in vielerlei Hinsicht das Potenzial, indigene Forderungen besser abzubilden, als dies in anderen Staaten der Region der Fall ist. Das Subsidiaritätsprinzip der Bundesstaaten und Gemeinden erlaubt es, Konzepte wie Gemeindebesitz, kulturelle und territoriale Rechte in einem Maß zu verankern, dass die Konfliktivität zwischen Staat, Wirtschaft und indigenen Völkern entscheidend reduzieren konnte. Das zentralamerikanische **Panama** ist insofern erwähnenswert, als dass die gut organisierte indigene Bevölkerung in diesem relativ kleinen

Land schnell wächst (aktuell beläuft sie sich auf 12,3 Prozent der Bevölkerung). Dies verstärkt ihr politisches Gewicht bedeutend und wird Forderungen nach Anpassungen oder Verzicht auf die bevorstehenden großen Infrastrukturvorhaben des Landes deutlich erhöhen. Wie auch in anderen karibischen und zentralamerikanischen Staaten sieht sich die afro-panamaische Bevölkerungsgruppe am ehesten an die Entwicklungen westlicher Identitätspolitik angebunden. Die Nähe zu beziehungsweise – im Falle der ehemals britischen Territorien – die direkte Anbindung an den englischen Sprach- und Kulturraum tut ein Übriges, um eine stärkere Rezeption postmaterieller Identitätspolitik herzustellen, als dies in weiten Teilen Lateinamerikas der Fall ist.

### Diagnose und Schlussfolgerungen

Indigene Politik ist eine vielgestaltige lateinamerikanische Realität, auf die die Politik der Nationalstaaten Antworten finden muss. Die akademische Diskussion, ob es sich bei indigener Identität im 21. Jahrhundert um einen kulturellen Essentialismus handele, soll daher hier nicht vertieft werden. In der regional differenzierten Betrachtung wird klar, dass konkrete Grundlagen und in einigen Fällen auch gefestigte Organisationsformen für indigenistische Politik in vielen Staaten Lateinamerikas existieren. Ob und wie diese Gruppeninteressen im Einzelfall zukünftig ausfallen werden – ob als antisystemischer Protest oder als produktiver Teilnehmer des politischen Wettbewerbs mit dem Ziel einer vollendeten liberalen Demokratie – hängt stark von den politischen Systemen und den Weichenstellungen der jetzigen Entscheider ab. Für die lateinamerikanische Politik wird entscheidend sein, ob sie einen latent antisystemischen, strategischen Essentialismus indigener Völker durch die kontinuierliche Unterschätzung und Nichtbeachtung der oben genannten Themenbereiche – mit allen damit verbundenen Risiken – weiter unterfüttern wird oder ob sie durch geeignete Maßnahmen zu dessen Teilhabe als eine produktive Kraft innerhalb seiner interkulturellen Gesellschaften beitragen kann. Ebenso stellt sich die Frage, ob der – mit Ausnahme Mexikos – sehr stark ausgeprägte Zentralismus



in den präsidentiellen Systemen Lateinamerikas insoweit reformiert werden kann, als dass sich bestimmte, teils bereits vorgesehene, Autonomierechte verwirklichen lassen.

Die Umsetzung einer besseren Teilhabe indigener Völker muss über mehrere Wege erfolgen. Das Regionalprogramm Politische Partizipation Indigener der Konrad-Adenauer-Stiftung vertritt

zusammen mit seinen indigenen Experten, Parteivertretern und Wissenschaftlern folgende Punkte:

- Die politischen Parteien der Region müssen größere Anstrengungen zur Eingliederung der indigenen Bevölkerung – insbesondere im urbanen Raum – unternehmen und deren zentralen Themen ansprechen.



Keine Unterstützung: Indigene in Lateinamerika leiden unter Missachtung und fehlender politischer Teilhabe.

Quelle: © Ueslei Marcelino, Reuters.

Gebieten ist bei Entscheidungsträgern in Bildung, Politik, Wirtschaft und Medien zu gering, historisch gewachsene Vorurteile sind dementsprechend stark. Es werden große Anstrengungen in interkultureller Bildung und Kommunikation notwendig sein, um dies mittelfristig zu ändern. Solche Bildungsbe-mühungen können entscheidend zum Abbau der in Lateinamerika traditionell großen Zahl politisch und wirtschaftlich-sozial bedingter Konflikte beitragen.

- Insbesondere für die indigenen Völker, die in ihren ursprünglichen Siedlungsgebieten leben, müssen Möglichkeiten zur Integration ihrer Mechanismen zur Rechtsprechung und Entscheidungsfindung in den Nationalstaat gefunden werden. Hierzu ist vor allem die praktische Umsetzung eines effektiven Rechtspluralismus und die Möglichkeit zur Wahrnehmung von Autonomierechten vonnöten<sup>14</sup> sowie die Sicherung von Parteistrukturen unabhängiger indigener Kandidaturen.
  - Die effektiv und mit ehrlicher Absicht (*buena fe*) durchgeführte freie und transparente Vorab-konsultation ist ein rechtlich etablierter Weg zum Wiedergewinn verloren gegangenen Vertrauens und zur erfolgreichen Durchführung von Großvorhaben.<sup>15</sup> Der Staat muss sinnvolle Konsultationsverfahren planen, über sie informieren und deren Einhaltung durch indigene Völker und die Wirtschaft unparteiisch überwachen.
- Durch kulturelle Eigenart geprägte Politik, die Gruppeninteressen verfolgt, ist nicht per se als negativ abzulehnen. Allerdings kann deren konfrontatives und spaltendes Potenzial durch die Anerkennung interkultureller Gesellschaften sowie bürgerlicher Rechte und Pflichten entscheidend gemildert werden. Die Geschichte Lateinamerikas zeigt, dass ethnische Parteien selbst
- Der Staat muss die interkulturelle Realität anerkennen und die Rechte seiner Bürger indigener Abstammung durch seine Präsenz zum Schutz und zur Förderung indigener Völker auch in abgelegenen Regionen effektiv sicherstellen.<sup>13</sup>
  - Die Fähigkeit zum interkulturellen Dialog und das Wissen über die Situation in indigenen

bei hohen Anteilen indigener Bevölkerung kein dauerhaftes Erfolgskonzept sind. Sicher scheint aber: Wenn die oben genannten Punkte nicht respektiert werden, ist ein Erstarken indigener Identitätspolitik, die sich möglicherweise auch als antisystemisch versteht, langfristig wahrscheinlich. Anders als die postmaterielle Identitätspolitik jedweder Couleur hat indigene Identitätspolitik eine solide Basis in dem verwurzelten historischen Verständnis indigener Minderheiten als eigene Völker oder Nationen. Sie ist deswegen eine politische und ideologische Herausforderung für die Stabilität lateinamerikanischer Demokratien. Ob indigene Identität zum sozialen Sprengstoff wird, sich ein Wiedererstarken ethnisch begründeter Politik anbahnt<sup>16</sup> oder sich eben diese Identität als kultureller Reichtum manifestieren kann, liegt in den Händen der Politik.

---

**Dr. Georg Dufner** ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien und des Regionalprogramms Politische Partizipation Indigener in Lateinamerika.

- 1 Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC) 2014: Indigenous Peoples in Latin America, in: <https://bit.ly/2KWbfrn> [28.04.2020].
- 2 VN 1982: Study of the Problem of Discrimination Against Indigenous Populations. Final Report (Supplementary Part) submitted by the Special Rapporteur Mr. José R. Martínez Cobo, Kapitel V, in: <https://bit.ly/2VNzvC4> [28.04.2020].
- 3 Castro, Mónica / Mayén, Guisela / Ospina, Josué 2019: Impactos ambientales, sociales y culturales de hidroeléctricas en Bolivia, Guatemala y Panamá, Konrad-Adenauer-Stiftung, Regionalprogramm Politische Partizipation Indigener in Lateinamerika (KAS-PPI), in: <https://bit.ly/35dmDZ8> [29.04.2020].
- 4 Die hier angesprochene „Implementierungslücke“ thematisiert unter anderem: Martínez Martínez, Juan Carlos / Juan-Martínez, Víctor Leonel / Hernández Andrés, Violeta 2018: Derechos indígenas entre la norma y la praxis, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika, in: <https://bit.ly/2Wg9PwO> [29.04.2020].
- 5 Cárdenas, Víctor Hugo et al. 2011: Participación Política Indígena y Políticas Públicas para Pueblos Indígenas en América Latina, KAS-PPI, S. 51 ff., in: <https://bit.ly/35tcKGZ> [29.04.2020].
- 6 ECLAC 2014, N. 1.
- 7 Gutierrez Callisaya, Yamila M. et al. 2016: Identidad Indígena, género y masculinidades en un mundo globalizado, Proyecto PARTICIPA, EU / KAS-PPI, S. 17 ff., in: <https://bit.ly/2Yq9Qkq> [29.04.2020].
- 8 Ebd., S. 146 ff.
- 9 Erstmals wurde in der Volkszählung 2017 die „Selbstzuschreibung zu einer indigenen Gruppe“ abgefragt, wonach sich über 60 Prozent der Peruaner als *mestizos* ansehen, 22,3 Prozent als Quechua und 2,4 Prozent als Aymara.
- 10 Gutierrez Callisaya et al. 2016, N. 7, S. 95 ff.
- 11 Cárdenas et al. 2011, N. 5, S. 65–90.
- 12 Cárdenas et al. 2011, N. 5, S. 248 f.; Gutierrez Callisaya et al. 2016, N. 7, S. 117 ff.
- 13 Jouannet, Andrés / García, Dionisio / Galicia, Griselda 2014: „Los valores comunes entre la democracia cristiana y los pueblos indígenas en América Latina“, KAS-PPI, S. 33 f., in: <https://bit.ly/2xk9lgM> [29.04.2020].
- 14 Ramirez, Silvina et al. 2019: Pluralismo Jurídico en Latinoamérica. Cooperación, coordinación y tensiones entre la Justicia Indígena y la Justicia Ordinaria, KAS-PPI, in: <https://bit.ly/2yZX6Gw> [29.04.2020]; Martínez Martínez et al. 2018, N. 4, S. 71 f.
- 15 Ameller, Vladimir et al. 2012: El Derecho a la Consulta Previa de los Pueblos Indígenas en América Latina, KAS-PPI, in: <https://bit.ly/3d1yig8> [29.04.2020].
- 16 Madrid, Raúl L. 2012: The Rise of Ethnic Politics in Latin America, Cambridge.





## Nationalismus

# Nationale Identität gegen Druck von außen

Versöhnt Belarus seine widerstreitenden Narrative?

Jakob Wöllenstein

Die prorussischen und proeuropäischen Pole der belarussischen Nationalidentität, so sehr sie einander in inhaltlichen Fragen ausschließen, gehören nüchtern betrachtet zu Belarus in seiner heutigen Form dazu. Identitätspolitisch ist diese Erkenntnis eine Chance, die inneren Narrative zu versöhnen und interne Spannungen zu lösen. Letztlich kann durch diese Sichtweise auch auf internationalem Parkett das Profil des Landes geschärft werden – insbesondere gegenüber dem Westen, wo Belarus aufgrund seiner langjährigen Selbstverortung weiterhin oft schlicht als Anhängsel Russlands wahrgenommen wird.

---

### **Heldenbegräbnis**

Der 22. November 2019 war ein zugig-kalter Tag in Vilnius, Litauen. Für die Menschenmenge, die sich vor der Kathedrale versammelt hatte, kam der Wind jedoch wie bestellt. Stolz hielten sie ihm ihre mitgebrachten Fahnen entgegen und ließen den Platz erstrahlen in den Farben weiß und rot – das häufigste Motiv: der altbelarussische rote Streifen auf weißem Grund. Anlass dieser besonderen Zusammenkunft war eine historische Umbettung. Im Juli 2017 waren Arbeiter bei Grabungen am sagenumwobenen Gediminas-Hügel auf menschliche Gebeine aus dem 19. Jahrhundert gestoßen und eine Untersuchung bestätigte, dass es sich um die Überreste eines Anführers des Januaraufstands und dessen engster Gefolgsleute handelte, die im Jahr 1864 für ihren verbissenen, aber glücklosen Freiheitskampf in der letzten von drei großen Erhebungen gegen die Zarenherrschaft hingerichtet worden waren. Sein Erbe beanspruchen gleich mehrere Länder, was sich auch in der Schreibweise des Namens des Aufständlers niederschlägt. Während die Litauer von „Konstantinas Kalinauskas“ und die Polen von „Konstanty Kalinowski“ sprechen, nannte sich der im heutigen Belarus geborene Revolutionär selbst auf Belarussisch „Kastuś Kalinoŭski“. Für Polen und Litauen sind die Aufstände bis heute identitätsstiftend und so nahmen beide Staatspräsidenten wie selbstverständlich an der Umbettung teil. Doch obwohl Belarus gleichermaßen von der Teilung betroffen war und die

Kämpfe auf seinem Gebiet ausgetragen wurden, tut sich Minsk als Verbündeter Moskaus weiterhin schwer mit dem Gedenken an den antizaristischen (lies antirussischen) Freiheitskämpfer. Umso bemerkenswerter war, dass mit dem stellvertretenden Premierminister Ihar Pyatryshenka tatsächlich ein hoher Staatsvertreter gekommen war, aber eben demonstrativ nicht der höchste – Präsident Aljaksandr Lukaschenka hielt zeitgleich eine Beratung über regionale Landwirtschaft ab.<sup>1</sup> Seine nach Vilnius angereisten Landsleute hingegen versammelten sich bewusst nicht unter der offiziellen rot-grünen Staatsflagge, sondern dem historischen Modell der frühen 1990er Jahre, das wiederum auf die kurzlebige Belarussische Volksrepublik (BNR) aus dem Jahr 1918 zurückgreift und heute in Belarus de facto verboten ist. Diese Momentaufnahme wirft ein Schlaglicht auf die Entwicklung der belarussischen nationalen Identität: Zum einen besteht weiterhin ein sichtbarer Graben zwischen dem post- bzw. neo-sowjetischen prorussischen Verständnis auf der einen und der sprachlich-kulturellen Sichtweise auf der anderen Seite, welche das europäische Erbe betont und eine europäische Zukunft einfordert. Obwohl der Staat lange Zeit prorussisch eingestellt war, zeigt sich aktuell eine vorsichtige Öffnung für die andere, europäische Seite der belarussischen Identität, welche nur vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen Minsk und Moskau verstanden werden kann.

## Wann beginnt Belarus?

Die Herausbildung der belarussischen Identität, die während der wechselvollen, oft von Fremdherrschaft gezeichneten Geschichte des Landes immer wieder aktiv behindert und zurückgeworfen wurde, ist von vielfachen Brüchen, aber auch wichtigen Kontinuitäten gezeichnet. Die Begriffe „belarussisch“, „Belarus“ und „Belarussen“ (veraltet auch „Weißrussen“) entstanden erst gegen Mitte des 19. Jahrhunderts, während das Land unter der Herrschaft der russischen Zaren stand. Zuvor hatten sich die dort lebenden Menschen zu erheblichen Teilen als „Litauer“ verstanden, abgeleitet vom frühneuzeitlichen Großfürstentum. Dessen Staatsname wird im Deutschen als „Litauen“ wiedergegeben, doch ist das heutige Verständnis von Litauen als dem Nationalstaat in seinen modernen Grenzen mit gleichnamigem (baltischen) Volk und dessen baltischer Sprache eine Begriffsverengung. Das mittelalterliche Litauen, dessen namensgebende Region (slawisch „Litwa“) sich bis östlich von Minsk erstreckte, war Heimat vieler Völker, Sprachen und Religionen – die Mehrheit unter ihnen slawisch. So erfolgte für die Belarussen im 19. Jahrhundert ein Wechsel der (Selbst-)Bezeichnung für Land, Volk und Sprache. Dies erschwerte heute das Anknüpfen an vorangegangene identitätsbildende historische Größen und scheint Argumentationen Plausibilität zu verleihen, die die nationale Identität allein auf den Staat der Gegenwart, die seit 28 Jahren bestehende Republik Belarus, und deren sowjetisch-russische Vorgeschichte stützt. Dabei begann die belarussische Staatlichkeit bereits im Mittelalter. Das Großfürstentum, welches ab dem 13. Jahrhundert die slawischen und baltischen Stämme der Region zusammenführte, reichte in seiner Blütezeit von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und hatte über ein halbes Jahrtausend Bestand. 1569 formierte sich der Staat im Bündnis mit Polen als Adelsrepublik neu, welche für etwa 200 Jahre zum Hort relativer Toleranz und Freiheit wurde. Sie diente aber vor allem der gemeinsamen Abwehr äußerer Gefahren – allein mit den Moskowitern führte das Land vom 14. bis 17. Jahrhundert zwölfmal Krieg.<sup>2</sup> Gleichzeitig führte dies landesweit zu einer starken Polonisierung der politischen und kulturellen Eliten sowie der urbanen Zentren.

## Im Gegensatz zu Polen und Litauen nahm die belarussische Nationalbewegung nur langsam an Fahrt auf.

---

Nach den gewaltsamen Teilungen der *Rzeczpospolita* Ende des 18. Jahrhunderts durch Preußen, Russland und Österreich standen diejenigen, die den neuen Status quo nicht hinnehmen wollten, vor der Frage, für welchen Staat sie, zur Not mit Waffengewalt, eintreten sollten: eine Restauration der polonisierten Adelsrepublik oder moderne (zu homogenisierende) Nationalstaaten? Während vor allem in Polen und dem heutigen Litauen die Idee des Nationalstaats immer mehr an Konjunktur gewann und breite Teile der zumeist katholischen polnisch- bzw. litauischsprachigen Bevölkerung in Abgrenzung zur russischsprachigen Orthodoxie ein nationales Bewusstsein entwickelten, nahm die belarussische Nationalbewegung nur langsam an Fahrt auf. Weite Teile des Adels waren polonisiert, andere verarmt oder nach dem Januaraufstand gezielt in die innerrussische Verbannung geschickt worden. So lebte das Gros der belarussischen Bevölkerung in bäuerlich-ländlichen Strukturen und fühlte sich zwar der unmittelbaren Heimat verbunden, nicht jedoch zwangsläufig einer nationalen *imagined community*.<sup>3</sup> Die zaristische Administration hingegen betrieb eine systematische Russifizierungspolitik ihrer neuen „Westgebiete“. Sie präsentierte sich als Befreierin vom „polnischen Joch“, erklärte die Landessprache, in der immerhin bereits Europas erste schriftliche Verfassung erschienen war, zum russischen Dialekt und zerstörte Strukturen, die an die „goldenen Zeiten“ der Eigenstaatlichkeit erinnerten, darunter alle Rathäuser des Landes.<sup>4</sup> Auch die griechisch-katholische Kirche, welcher der Großteil der Belarussen angehörte, wurde verboten und die Gläubigen wurden zur „Rückkehr“ in die russisch-orthodoxe Kirche gedrängt.<sup>5</sup> Die Behörden blieben mit dieser Politik nicht ohne Erfolg. Dennoch formierte sich eine belarussische Nationalbewegung, vor allem im stark durch Belarussen geprägten Gebiet Vilnius, und am 25. März 1918, noch unter deutscher Besatzung, verkündete der

Allbelarussische Kongress die Unabhängigkeit der kurz zuvor ausgerufenen Belarussischen Volksrepublik (BNR). Dieser erste Staat, der „Belarus“ explizit im Namen trug, sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Bereits im Jahr 1919 wurde er durch die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) „zwangsersetzt“ und der Westen des Landes kam auf zwei Jahrzehnte zu Polen.<sup>6</sup>

### Tabula rasa?

Fragt man einhundert Jahre später die Menschen in Belarus nach den aus ihrer Sicht relevantesten Ereignissen ihrer Geschichte, so tritt all dies jedoch für viele zurück hinter die späteren Geschehnisse des 20. Jahrhunderts. In einer Umfrage der Nationalen Akademie der Wissenschaften aus dem Jahr 2016 kam der Sieg im großen Vaterländischen Krieg bei allen Altersgruppen deutlich an erster Stelle, gefolgt vom Zerfall der Sowjetunion und der Tschernobylkatastrophe.<sup>7</sup> Die radikalen Umwälzungen des blutigen 20. Jahrhunderts bedeuteten prägende Einschnitte in die Mentalität, Werte und Identität der Bevölkerung. Nachdem auch Belarus zunächst von der leninschen Nationalitätenpolitik profitiert hatte, die die Sprachen und Kulturen der Völker der Sowjetunion förderte, begannen bereits 1929 Zwangskollektivierung, Terror und Massendeportationen, die auf eine faktische Auslöschung der nationalen Eliten abzielten.<sup>8</sup> Die Aufteilung Polens gemäß dem Hitler-Stalin-Pakt führte 1939 zwar zum Zusammenschluss der belarussischen Gebiete, doch sollte wenig später durch den deutschen Vernichtungskrieg und Holocaust ein Drittel der Bevölkerung das Leben verlieren. Gleichzeitig diskreditierten sich die verbliebenen antisowjetischen Kräfte – unter ihnen viele Opfer Stalins – durch Zusammenarbeit mit den Nazis und wurden bei Kriegsende vertrieben oder exekutiert. Andererseits wurde der Zweite Weltkrieg zum Ausgangspunkt des Partisanenmythos, in dem manche einen „allerersten Ausdruck eines kollektiven belarussischen Volkswillens“ erkennen.<sup>9</sup> Der Sieg über Nazideutschland bedeutete einen Neuanfang und wurde ein zentraler Pfeiler im sowjetischen Selbstverständnis. In Belarus stand dafür symbolisch die radikale Neugestaltung von Minsk

als sowjetische Idealstadt. Wiederaufbau und Industrialisierung bescherten dem Land einen wirtschaftlichen Aufschwung, eine Bildungsexpansion und einen relativ hohen Lebensstandard. In Folge der Ermordung der Juden, die vielerorts etwa die Hälfte der Stadtbevölkerung gestellt hatten, und der Vertreibung vieler Polen stellten ethnische Belarussen nun die Bevölkerungsmehrheit, auch in urbanen Zentren. Andererseits traf die Russifizierung Belarus besonders – nicht zuletzt durch den Zuzug vieler Sowjetbürger aus anderen Unionsrepubliken.<sup>10</sup> Alles in allem erlebten viele Belarussinnen und Belarussen die Sowjetzeit, insbesondere gegen Ende, jedoch als glücklich.<sup>11</sup> Im Gegensatz zu den Nachbarländern gab es kein ausgeprägtes antirussisches Ressentiment, nur wenige Dissidenten und keine starke Widerstandsbewegung. Die Unabhängigkeit erhielt das Land 1991 „kampflös“ – gleichsam wurde die Auflösung der UdSSR auf belarussischem Boden beschlossen.

## Bis heute ist Aljaksandr Lukaschenka der erste und einzige Präsident der 1994 gegründeten Republik Belarus.

---

### Neubeginn 1991?

Die Mehrheit der Belarussinnen und Belarussen begrüßte die staatliche Eigenständigkeit und die neu gewonnene Unabhängigkeit wurde in den 1990ern zunächst von einer „nationalen Wiedergeburt“ begleitet. Das Parlament erhielt „tonnenweise“ begeisterte Zuschriften, als es 1990 darüber beriet, Belarussisch zur einzigen Amtssprache zu machen. Die weiß-rot-weiße Trikolore der Belarussischen Volksrepublik wurde zur offiziellen Staatsflagge.<sup>12</sup> Mit der Wahl des ersten und bis heute einzigen Präsidenten der Republik Belarus im Jahr 1994 nahm die Entwicklung jedoch eine andere Richtung. Der in der Nähe der russischen Grenze geborene Aljaksandr Lukaschenka konnte sich nur wenig für nationales Gedankengut und die belarussische Sprache







In memoriam: Der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ zählt für viele Belarussen zu den relevantesten Ereignissen ihrer Geschichte. Quelle: © Vasily Fedosenko, Reuters.

begeistern. Nach eigenen Angaben hatte er als einziger Abgeordneter des Obersten Sowjets der BSSR gegen die Unabhängigkeit votiert und bezeichnet auch im Jahr 2020 die ehemalige UdSSR als sein „Vaterland“.<sup>13</sup> In einem umstrittenen Referendum führte er 1995 Russisch als zweite (und de facto erste) Amtssprache wieder ein. Lukaschenka stoppte die Privatisierung der Wirtschaft, trieb eine Union mit Moskau voran und ging angesichts seines Kurses beim Thema Demokratie und Menschenrechte mit dem Westen auf Konfrontation.<sup>14</sup> Es folgte eine Rehabilitierung der Sowjetzeit, die nicht nur staatliche Symbole, die Rückverlegung von Feiertagen, die Beibehaltung eines Geheimdienstes mit dem Namen KGB oder die Bezeichnungen von Straßen und Ortschaften betraf.<sup>15</sup> Sie umfasste auch die Aufrechterhaltung eines umfassenden Sozialstaats und entsprechender Geschichtsnarrative.

Das Zeigen altbelarussischer Symbolik wurde als nationalistisch gebrandmarkt, die gerade erst wiedereingeführte Flagge de facto verboten und die belarussische Sprache als Ausdruck oppositioneller Haltung stigmatisiert.<sup>16</sup> Für diesen Kurs wusste er einerseits einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung auf seiner Seite. Andererseits sicherte er sich die wichtige wirtschaftliche Unterstützung des Kremls, gegenüber welchem er regelmäßig betonte, er habe den antirussischen Nationalisten in seinem Land Einhalt geboten.

Statt alte Traditionen wiederzubeleben setzte Lukaschenka auf seinen eigenen Entwurf einer republikanischen Identität, die sich statt an ethnisch-nationalen bzw. sprachlich-kulturellen Grundlagen am neuen Staat und an dessen präsidentieller Machtvertikale orientieren sollte.

Eine entsprechende Staatsideologie wurde ausgearbeitet und seit 2004 systematisch über Schulen, Staats- und Jugendorganisationen, in Betrieben und durch die Medien verbreitet.<sup>17</sup> Als ihre Werte definiert diese den „großen Sieg“ von 1945, (gesellschaftlichen) Frieden, Unabhängigkeit und Stabilität.<sup>18</sup> Die Verbreitung der belarussischen Sprache ging seither stark zurück. Nur etwa jede zehnte Schule unterrichtet heute auf Belarussisch und obwohl nach Umfragen 86 Prozent der Belarussen die Sprache für die wichtigste Komponente ihrer Kultur halten, sprechen sie nur zwei Prozent in den eigenen vier Wänden.<sup>19</sup> Diese Politik zeigte einerseits Wirkung: Bei einer Umfrage danach, was die Belarussinnen und Belarussen am meisten mit ihrer Nationalität verbinden, verwiesen 72,5 Prozent im Jahr 2016 auf das „Territorium und den gemeinsamen Ort des Aufenthaltes“, gefolgt von 68,8 Prozent, die den Staat nannten.<sup>20</sup> Andererseits vermochte es das Konzept nicht, bei der Bevölkerung tiefe Wurzeln zu schlagen, und Präsident Aljaksandr Lukaschenka räumte seit 2014 wiederholt ein, dass der Ansatz gescheitert sei.<sup>21</sup> Dieser Zeitpunkt scheint alles andere als zufällig.

### **Wendepunkt Ukraine: Wandel der außenpolitischen Identität**

Auch außenpolitisch hatte Belarus über viele Jahre eine postsowjetische Identität gepflegt, mit bevorzugten Kontakten nach Russland und einem unterkühlten Verhältnis zum Westen, wo es als Europas letzte Diktatur verschrien war. Der „Krim-Moment“ jedoch rüttelte nicht nur die politischen Eliten in der EU wach, sondern ließ auch in Minsk die Alarmglocken läuten. Russland, der wirtschaftliche und militärische Zentralpartner, hatte mit dem Budapester Memorandum ein Abkommen gebrochen, das auch Belarus die territoriale Unversehrtheit garantierte. Die Annexion der Halbinsel erkannte Minsk nicht an und mühte sich stattdessen um Vermittlung. Dies wurde für das Land zum Ausgangspunkt der Entwicklung eines neuen außenpolitischen Selbstverständnisses als Spender regionaler Stabilität. Lukaschenka lud die Konfliktparteien und europäische Partner zu Gesprächen und die belarussische Hauptstadt wurde namensgebend für

den bis heute gültigen Friedensplan. Zwar legt Minsk weiterhin Wert auf die besondere Bindung nach Osten und trat neben den bestehenden Mitgliedschaften in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) im Jahr 2015 der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) bei. Doch ist das erklärte Ziel eine „multivektorale“ und „situativ neutrale“ Außenpolitik mit möglichst guten Beziehungen zu allen Seiten. Gegenüber Nordamerika und der EU wurde die Freilassung von politischen Gefangenen im Jahr 2015 zum Auftakt einer Wiederannäherung, die seither eine nie dagewesene Dynamik entfaltet.<sup>22</sup>

### **Der Erhalt staatlich-nationaler Souveränität hat für Minsk oberste Priorität. Aktuell wird diese mehr als alles andere durch Russland herausgefordert.**

Treibender Faktor ist für Minsk das Interesse am Erhalt der staatlich-nationalen Souveränität. Diese sieht das Land derzeit mehr als alles andere durch Russland herausgefordert. Moskau stand der scheinbaren Westannäherung des Nachbarn von vornherein skeptisch gegenüber und dass Minsk die Einrichtung einer neuen russischen Luftwaffenbasis auf belarussischem Territorium verweigerte, empfand es als unfreundlichen Akt. Der damalige russische Premierminister Dimitri Medwedjew stellte Minsk im Dezember 2018 unter dem Eindruck der eigenen angeschlagenen Wirtschaftslage vor eine Wahl: Auf Grundlage des beinahe in Vergessenheit geratenen Unionsstaats-Vertrags aus dem Jahr 1999 sollte sich Belarus zu einer vertieften politischen Integration mit Russland verpflichten, wenn es weiter von dessen günstigen Energielieferungen profitieren wollte. Dies bedeutete für Belarus eine Zwickmühle. Ohne die niedrigen Rohölpreise wären nicht nur seine Exporteinnahmen aus Raffinerieprodukten in Gefahr. Auch der Sozialstaat käme ins Wanken und seine Firmen

hätten innerhalb der EAWU gegenüber Russland massive Wettbewerbsnachteile. Andererseits war die Abgabe von Souveränität für Aljaksandr Lukaschenka, den längstamtierenden Staatsschef Europas mit starkem Machtinstinkt, keine Option. Über das Jahr 2019 verschlechterte sich der Ton deutlich und trotz eines intensiven Verhandlungsmarathons wurden sich beide Seiten in zentralen Fragen nicht einig.<sup>23</sup> Anfang 2020 spitzte sich indes die Wirtschaftslage für Belarus durch den Einbruch von Transiteinnahmen und Ölpreis, die Abwertung seiner Währung sowie die COVID-19-Pandemie weiter zu.

### Identität gegen den Druck von außen?

Der Druck aus Moskau umfasst neben dem diplomatischen und wirtschaftlichen Bereich auch Medien und Soziale Netzwerke. 70 Prozent der Belarussen schauen russische Sender und vertrauen den gezeigten Informationen.<sup>24</sup> Zudem deckten jüngste Analysen auf, in welchem hohen Maße kremlnahe Netzwerke im Sinne der *Russkij Mir* (russische Welt) in Belarus unter der Oberfläche versuchen, die öffentliche Meinung zugunsten einer Vereinigung mit Russland zu beeinflussen.<sup>25</sup> Der belarussische Staat ergriff mittels eines Konzepts der informationellen Sicherheit Gegenmaßnahmen und verkündete die Schaffung eines neuen Fernsehkanals.<sup>26</sup> Gleichzeitig erkennen Staatsvertreter angesichts eines selbstbewussten (pro)russischen Kultur Chauvinismus, der die Existenz der belarussischen Nation nicht nur rhetorisch herausfordert, in der geringen Ausprägung der belarussischen Identität und Sprache zunehmend ein existenzielles Risiko.<sup>27</sup>

So kam es in den vergangenen Jahren zu einigen bemerkenswerten, zuvor schier undenkbareren Zugeständnissen des Staates an die andere Seite der nationalen Identität. Ein symbolträchtiger Moment war die Feier zum 100. Jubiläum der Gründung der BNR im März 2018. Unterlagen Versammlungen an diesem „Jahrestag der Opposition“ sonst strengen Einschränkungen, gestattete der Staat zum Jubiläum überraschenderweise – innerhalb eines abgegrenzten Geländes – eine Großveranstaltung im Herzen von

Minsk.<sup>28</sup> Die Eröffnungszereemonie der Europäischen Spiele 2019 im Beisein des russischen Premiers wurde gar zum staatlich organisierten Feuerwerk nationaler und folkloristischer Symbolik, Persönlichkeiten, Architektur und Kunst. Die Geschichtspolitik hingegen bleibt, wie im eingangs geschilderten Fall in Vilnius, vorsichtig und mitunter widersprüchlich. Während dem ebenfalls in Belarus geborenen Anführer des nach ihm benannten Kościuszko-Aufstands (1794) zwar ein Denkmal gesetzt wurde, rät die Akademie der Wissenschaften davon ab, Straßen nach ihm zu benennen.<sup>29</sup> Aljaksandr Lukaschenka nennt das Großfürstentum Litauen inzwischen einen „belarussischen Staat“, verzichtet aber darauf, dessen Siege als belarussische anzuerkennen und sieht für die heutige Armee ausschließlich die sowjetische Geschichte als traditionsstiftend.<sup>30</sup>

### Eine Studie zeigt, dass es den meisten Belarussen nicht um eine prinzipielle Haltung für oder gegen Russland geht.

Doch auch die Einstellungen der Bevölkerung blieben von den außenpolitischen Entwicklungen und der Berichterstattung über den Disput mit Russland nicht unberührt. Eine soziologische Studie des Belarusian Analytical Workroom aus dem Jahr 2019 stellte die hypothetische Frage, ob die Belarussen lieber in einer Union mit Russland leben oder zur EU gehören wollten. Zwischen Januar 2018 und August 2019 war der Anteil für Russland von 64 auf 54 Prozent gesunken, während die Stimmen für die EU von 20 auf 25 Prozent kletterten. Bei einer Nacherhebung im Dezember, auf dem Höhepunkt der russisch-belarussischen Auseinandersetzung, lagen die Werte auf einmal fast gleichauf mit einem Verhältnis von 32 zu 40.<sup>31</sup> Ein besonders deutliches Gefälle zeigten die Altersgruppen: Während Personen ab 55 Jahren zu mehr als zwei Dritteln eine Union mit Russland bevorzugen, überwiegt die Orientierung zugunsten der EU bei Personen unter 34 zum Teil deutlich, bleibt aber unter 50 Prozent.



Auf Du und Du: Trotz jüngster Differenzen zum großen Nachbarn spricht sich ein Großteil der belarussischen Bevölkerung für gutnachbarschaftliche Beziehungen aus. Quelle: © Sputnik/Mikhail Klimentyev/Kreml via Reuters.

### **Können die Narrative versöhnt werden?**

Die beschriebenen Daten legen den Eindruck eines geopolitisch gespaltenen Landes nahe – doch eine solche Sicht griffe zu kurz. Den meisten Belarussen – das zeigt dieselbe Umfrage – geht es nicht um eine prinzipielle Haltung für oder gegen Russland, denn trotz jüngster Differenzen zum

großen Nachbarn sprechen sich drei Viertel für gutnachbarschaftliche Beziehungen aus. Auch zeigen die Daten, dass geopolitische Orientierungen einer höheren tagespolitischen Fluktuation unterliegen als dies im Fall der nationalen Identität möglich schiene. Aufschlussreicher ist der Blick in den qualitativen Teil jener Untersuchung: Personen, die für Russland gestimmt





hatten, nannten als wichtigste Gründe eine ähnliche Mentalität, slawische Werte sowie die gemeinsame Sprache und Geschichte. Für diejenigen, die für die EU votierten, standen materielle Aspekte, Visafreiheit und Berufschancen im Vordergrund. Argumente wie gemeinsame europäische Werte und Kultur erreichten zwar immerhin einen Mittelwert von sechs auf der

Skala von eins bis neun, rangierten aber auf den Plätzen zwölf bis 14. In einer Frage sind sich die Belarussen jedoch einig: Über 95 Prozent lehnen die Option ab, eine russische Provinz zu werden. Ob jemand seine belarussische Identität aus dem sowjetischen Erbe ableitet oder sich auf die BNR beruft, ob er eine emotionale Nähe zu Russland empfindet oder sein Land lieber in der EU sähe, beeinflusst offenbar nicht, dass beide Seiten klar zur belarussischen Unabhängigkeit stehen.

Damit gehören beide Pole der belarussischen Nationalidentität, so sehr sie einander in inhaltlichen Fragen ausschließen, nüchtern betrachtet zu Belarus in seiner heutigen Form dazu. Allerdings stößt jene durch den Staat lange ausschließlich geförderte postsowjetisch-etatistische Variante heute an ihre Grenzen. Die Autorin Maryna Rakhlei verweist darauf, dass sich die meisten Belarussen schlichtweg kaum in ihrer nationalen Geschichte und Kultur auskennen und nicht wissen „worauf [sie] stolz sein können“. <sup>32</sup> Anknüpfungspunkte zum Stolz sein – wenn man dies für erstrebenswert erachtet – gäbe es sowohl in der Geschichte als auch Gegenwart viele, doch wäre es nötig, den kulturellen Reichtum des Landes sowohl tiefer im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern als auch nach außen zu zeigen.

### **Belarus vereint aus historisch-kultureller, soziologischer, geografischer und wirtschaftlicher Sicht verschiedene Elemente aus Ost und West in sich.**

---

In der jetzigen Lage, in der viele Fragen der Vergangenheit unbearbeitet und alte Wunden mehr überdeckt als geheilt scheinen, täte dem Land ein umfassender Dialogprozess zwischen Staat und verschiedenen Akteuren der Gesellschaft gut. Momentan sind es vor allem NGOs, Parteien oder Bürgerinitiativen, die sich für die Pflege der Sprache und des Kulturguts einsetzen, während staatlicherseits solche Aktivitäten oft

eher geduldet als gefördert werden.<sup>33</sup> Doch ein solcher Prozess könnte im besten Fall dazu beitragen, die vorhandenen Narrative zusammenzuführen. Die sowjetische Erfahrung hat viele Lebenswege geprägt, sodass dies nicht einfach über Bord geworfen, sondern nach Möglichkeit mit der historisch-kulturellen Variante der Identität integriert werden sollte. Belarus' Wiederaufstieg zu Sowjetzeiten und seine von relativer Stabilität geprägte Entwicklung nach dem Zerfall der UdSSR können – bei allen berechtigten Nachfragen zu Demokratie und Menschenrechten – ebenfalls positive Anknüpfungspunkte bilden.

Die neue Außenpolitik böte sogar einen äußeren Bezugsrahmen: Das Land legt großen Wert darauf, sich nicht geopolitisch für eine Seite entscheiden zu müssen, was oft gedeutet wird, als stehe es zwischen Ost und West. Aus historisch-kultureller, soziologischer und geografischer, aber auch wirtschaftlicher Sicht scheint naheliegender, dass das Land in der geografischen Mitte Europas vielmehr Elemente aus Ost und West in sich vereint. Identitätspolitisch böte diese Sichtweise eine Chance, nicht nur die inneren Narrative zu versöhnen und damit die Resilienz der Gesellschaft zu stärken, sondern auch auf internationalem Parkett das Profil zu schärfen – auch gegenüber dem Westen, wo Belarus aufgrund seiner langjährigen Selbstverortung weiterhin oft schlicht als Anhängsel Russlands wahrgenommen wird. Die Selbstverortung als Brückenbauer, als ein „situativ neutrales“ Land, das „beide Seiten“ kennt, sind ein Identitätsangebot, das auch mit der Selbstsicht vieler Belarussen vereinbar wäre. Denn laut der oben zitierten Studie würde etwa die Hälfte der Bevölkerung lieber gleichzeitig mit Russland und der EU oder mit keinem von beiden in einer Union leben, als sich zu entscheiden. Gleichzeitig liefe eine solche integrative und auf Versöhnung bedachte Sichtweise kaum Gefahr, in einen neuen Nationalismus abzugleiten.

Inwieweit sich die belarussische Führung jenseits der beschriebenen Schritte auf einen Dialog einlassen wird, bleibt abzuwarten. Aus ihrer Sicht bleibt es eine Gratwanderung, da sie stark von Russland abhängt, welches wiederum mit Argusaugen verfolgt, wenn sich das Nachbarland von

den „gemeinsamen Narrativen“ entfernt.<sup>34</sup> Auch deshalb will der Staat wohl um jeden Preis die Kontrolle über die politischen und gesellschaftlichen Prozesse im Land behalten – inklusive der sensiblen Frage der nationalen Identität. Doch wenn es tatsächlich um die nationale Selbstbehauptung geht, kann der Staat die Bevölkerung auf seiner Seite wissen. Nicht zuletzt angesichts der massiven Herausforderung der Coronakrise haben die Belarussinnen und Belarussen ein hohes Maß an Zusammenhalt, Engagement und Organisationstalent bewiesen. Dies sollte den Staat ermutigen, sie auch in anderen Fragen viel mehr einzubinden und ihnen stärker zu vertrauen.

---

**Jakob Wöllenstein** ist Leiter des Auslandsbüros Belarus der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Vilnius.

- 1 Belta 2019: Лукашенко на совещании по развитию АПК Витебской области (Lukaschenka bei einem Treffen zur Entwicklung der Agrarwirtschaft in der Region Witebsk: Ich möchte, dass das Treffen historisch wird), 22.11.2019, in: <https://bit.ly/2VYfxTS> [10.03.2020].
- 2 Deruzhinsky, Vadim 2011: Tainy Belorusskoi Istorii, Minsk.
- 3 Anderson, Benedict 1983: Imagined Communities: Reflections on the origin and Spread of Nationalism, London.
- 4 Hozevich, Cristobal et al.: Краткая история Беларуси за последнюю 1000 лет (Eine kurze Geschichte von Belarus der letzten 1000 Jahre), in: <https://bit.ly/2VK11QN> [10.03.2020].
- 5 Rolf, Malte 2012: Russifizierung, Depolonisierung oder innerer Staatsaufbau? Konzepte imperialer Herrschaft im Königreich Polen (1863–1915), in: Gasimov, Zaur (Hrsg.): Kampf um Wort und Schrift. Russifizierung in Osteuropa im 19.-20. Jahrhundert, Göttingen, S. 51–88.
- 6 Dornfeldt, Matthias / Seewald, Enrico 2019: Die Beziehungen zwischen Deutschland und Belarus 1916 bis 1925, Kaunas.
- 7 Denisova, N.F. / Brovchuk, N.M. 2017: Историческая Память Белорусов: Социологический Анализ (Historisches Gedächtnis der belarussischen Bevölkerung: Soziologische Analyse), Vestsi Natsiyanalnai Akademii Navuk Belarusi, Seriya Gumanitarnykh Navuk, 63: 1, S. 21–32, in: <https://bit.ly/2Si7TCU> [30.04.2020].
- 8 Slezkine, Yuri 1994: The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State promoted Ethnic Particularism, in: Slavica Review 53: 2, S. 414–452, hier: 415; Grotzky, Johannes 1991: Herausforderung Sowjetunion, Eine Weltmacht sucht ihren Weg, München, S. 13.
- 9 Ioffe, Grigory 2019: Split Identity and a Tug-of-War for Belarus's Memory, The Jamestown Foundation, 20.12.2019, in: <https://bit.ly/2VMmJnv> [03.03.2020].
- 10 Viachorcha, Vintsuk 2019: Як беларусы змагаліся за сваю школу пры ўсіх рэжымах. Да Дня беларускае школы (Wie Belarussen unter allen Regimen um ihre Schule kämpften. Bis zum Tag der belarussischen Schule), Radio Svaboda, 13.11.2019, in: <https://svaboda.org/a/29598049.html> [10.03.2020].
- 11 Ioffe 2019, N. 9.
- 12 Sous, Hanna 2019: „У архіве пабачыла тоны лістоў за беларускую мову“ („Sie sichtete Tonnen archivierter Briefe für die belarussische Sprache“), Radio Svaboda, 03.06.2019, in: <https://svaboda.org/a/29978422.html> [10.03.2020].
- 13 Präsident der Republik Belarus 2020: Принятие кадровых решений (Personalentscheidungen), 30.01.2020, in: <https://bit.ly/2YaO7Nu> [10.03.2020].
- 14 Wöllenstein, Jakob 2019: Ein Vierteljahrhundert Lukaschenka, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 13.08.2019, in: <https://bit.ly/2ScPnMa> [10.03.2020].
- 15 Traphimovich, Artem 2017: У Беларусі вуліцы Леніна расцягнуліся на 440 кілямэтраў. А Каліноўскага – на 33 кілямэтры (In Weißrussland umfassten nach Lenin benannte Straßen über 440 Kilometer. Die nach Kalinoŭski benannten 33 Kilometer), Radio Svaboda, 03.11.2017, in: <https://svaboda.org/a/28832979.html> [28.04.2020].
- 16 Nasha Niva 2018: В новых учебниках по литературе восстание Калиновского назвали „польским“. Среди рецензентов – активисты фонда „Русский мир“ (Kalinoŭskis Aufstand wurde in neuen Lehrbüchern „polnisch“ genannt. Unter den Gutachtern sind Aktivisten der Russischen Friedensstiftung), 05.12.2018, in: <https://bit.ly/35e1LRC> [10.03.2020].
- 17 Präsident der Republik Belarus 2004: О совершенствовании кадрового обеспечения идеологической работы в республике беларусь (Über die Verbesserung der Personalunterstützung ideologischer Arbeiten in der Republik Belarus), Dekret Nr. 111 (Auszug), 20.02.2004, in: <https://bit.ly/2W7OwNQ> [10.03.2020].
- 18 Naviny 2003: Александр Лукашенко: мы не провинция, нам надо выпрямляться (Aljaksandr Lukaschenka: Wir sind keine Provinz, wir müssen uns aufrichten), 27.03.2003, in: <https://bit.ly/2LCvwT7> [19.05.2020]; Verwaltung des Zentralbezirks von Gomel 2015: Сберечь величайшие ценности – мир, порядок и независимость Беларуси (Wahrung der größten Werte – Frieden, Ordnung und Belarus' Unabhängigkeit), 30.04.2015, in: <https://bit.ly/3cVg6ot> [10.03.2020]; Gura, Aliaksandr 2020: Основы консолидации общества (Konsolidierungsgrundlagen der Gesellschaft), Belaruskaya Dumka, in: <https://bit.ly/2VKyue7> [10.03.2020].
- 19 Daneyko, Elena 2017: Можно ли выучить белорусский язык в школах Беларуси (Ist es möglich, die belarussische Sprache in belarussischen Schulen zu lernen?), Deutsche Welle, 01.09.2017, in: <https://p.dw.com/p/2j85E> [10.03.2020]; Urban, Darja 2019: Ценности населения Беларуси (Werte der belarussischen Bevölkerung), IPM, 05/2019, in: <https://bit.ly/2W3O7fE> [10.03.2020].
- 20 Makouskaya, Alena 2016: Нацыянальная ідэнтычнасць беларусаў – узаемаўплывы працэсаў у дыяспары і Беларусі (Die nationale Identität der Weißrussen ist das Zusammenspiel der Prozesse in der Diaspora und in Weißrussland), Kultur, Nation, Nr. 15, 09/2016, S. 32–41, in: <https://bit.ly/3ddqOHh> [30.04.2020].
- 21 Tut.by 2014: Лукашенко: Белорусской национальной идеи нет (Lukaschenka: Es gibt keine belarussische nationale Idee), 22.05.2014, in: <https://news.tut.by/400012.html> [10.03.2020]; Exekutivkomitee des Distrikts Smolevichi 2019: По итогам большого разговора с Президентом (Nach einem großen Gespräch mit dem Präsidenten), 04.04.2019, in: <https://bit.ly/2yMiwHp> [10.03.2020].

- 22 Preiherman, Yauheni 2020: Belarus and the EU, Where Could Another Rapprochement Lead?, The Jamestown Foundation, 27.01.2020, in: <https://bit.ly/2W9l5uU> [10.03.2020].
- 23 Wöllenstein, Jakob 2019: Unionsstaat „Bela-Russland“? Vereinigung vertagt, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 13.12.2019 in: <https://bit.ly/2yPSuTs> [10.03.2020].
- 24 Spatkai, Leanid 2020: Инструменты российского влияния в Беларуси (часть 1) (Instrumente mit russischem Einfluss in Belarus [Teil 1]), Bsblog, 05.03.2020, in: <https://bit.ly/35aDT10> [28.04.2020].
- 25 ISANS: Re-Building of the Empire: Behind the Facade of Russia-Belarus Union State, in: <https://bit.ly/3cSO8tn> [10.03.2020].
- 26 Вуковски, Павлюк 2020: Лукашенко взялся модернизировать свою пропагандистскую машину (Lukaschenka verpflichtete sich zur Modernisierung seines Propagandaapparates), Naviny, 19.02.2020, in: <https://bit.ly/2KEoo7Y> [10.03.2020].
- 27 Harbatsevich, Artsem 2019: Пра беларускую мову, лацінку, камунізм і Лазуткіна. Гутарка з Іграм Карпенкам, частка 2 (Über die belarussische Sprache, Latein, Kommunismus und Lazutkin. Gespräch mit Igor Karpenko, Teil 2), Nasha Niva, 22.12.2019, in: <https://bit.ly/3eXvwdz> [10.03.2020].
- 28 Tut.by 2018: В Минске тысячи людей отпраздновали 100-летие БНР (In Minsk feierten tausende Menschen das 100-jährige Bestehen des BNR), 25.03.2018, in: <https://bit.ly/2KHBPUU> [10.03.2020].
- 29 Kasperovich, Lubou 2018: „Асоба, якая аб’яднала ўсіх“. В Беларусі открыли первый памятник Тадеушу Костюшко („Die Person, die vereint.“ Das erste Denkmal für Tadeusz Kościuszko in Belarus wurde eingeweiht), Tut.by, 12.05.2018, in: <https://news.tut.by/592411.html> [10.03.2020]; Nascha Niva 2019: Замглавы Академии наук: В нашем ответе о Костюшко было написано не совсем правильно (Stellvertretender Leiter der Akademie der Wissenschaften: Unsere Antwort zu Kościuszko war nicht ganz zutreffend), 14.08.2019, in: <https://bit.ly/3aOnYqd> [10.03.2020].
- 30 Nascha Niva 2019: Лукашенко: Великое княжество Литовское было белорусским государством, это неоспоримо (Lukaschenka: Das Großherzogtum Litauen war ein belarussischer Staat, das ist unbestreitbar), 25.12.2019, in: <https://bit.ly/35ezWlx> [10.03.2020].
- 31 Intern vorliegende Ergebnispräsentation des Belarusian Analytical Workroom.
- 32 Srasnyuk, Elena 2020: Минский подъезд. Немцам объяснили, почему белорусы не чувствуют себя нацией (Ein Treppenhaus in Minsk. Den Deutschen wurde erklärt, warum sich die Belarussen nicht als Nation fühlen), Naviny, 06.03.2020, in: <https://bit.ly/2KLEb4V> [10.03.2020].
- 33 Nasche Mnenie 2005: Белорусское национальное государство (Belarussischer Nationalstaat), 18.04.2005, in: <https://bit.ly/2W7nGpc> [10.03.2020].
- 34 Klaskovskiy, Aleksandr 2019: Наш Калиновский, Почему белорусским властям так трудно переосмысливать историю? (Unser Kalinovsky. Warum fällt es den belarussischen Behörden so schwer, die Geschichte zu überdenken?), Naviny, 22.11.2019, in: <https://bit.ly/2W2ZggJ> [10.03.2020].





Nationalismus

# Religiöser Nationalismus in Südasien

Zwischen nationaler Einheit und gesellschaftlicher Spaltung

La Toya Waha

Die jüngste Serie von Gewalthandlungen in Südasien wirft die Frage auf, inwieweit die Gewalt in den Gesellschaften mit dem Aufstieg des religiösen Nationalismus zusammenhängt. Ein Blick auf dessen Wurzeln, Entwicklung und Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hilft, eine Antwort darauf zu finden.

---

Religiöse und nationale Identitäten haben bekanntermaßen großen Einfluss auf politisches Engagement. Während Religionen Einheit zwischen Anhängern desselben Glaubensbekenntnisses unabhängig von ihrem Wohnort fördern, betonen Nationen die Einheit von Menschen innerhalb eines bestimmten Territoriums auf der Basis gemeinsamer Eigenschaften wie Sprache oder Ethnizität. Obwohl die Verbindung zwischen Religion und Nationalismus kontraintuitiv scheint (erstere übersteigt Räume, zweiterer ist an sie gebunden), prägt der Ruf nach Nationalstaaten, die aus einer religiös homogenen Gemeinschaft bestehen und einen jeweils eigenen, von anderen Religionsgemeinschaften abgegrenzten Raum beanspruchen, bis heute Südasien.

Berichte über Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Hindus in Indien, Buddhisten und Muslimen in Sri Lanka sowie Angriffe auf religiöse Minderheiten und Säkularisten in Pakistan und Bangladesch haben vielerorts die Frage aufgeworfen, wie der religiöse Nationalismus mit dem Anstieg der Gewalt in den Gesellschaften Südasiens zusammenhängt und ob es überhaupt möglich ist, stabile Nationen in religiös diversen Gesellschaften herauszubilden.

Dieser Beitrag möchte der Frage nach den Ursprüngen des religiösen Nationalismus in Südasien nachgehen, nach den Gründen seines Bedeutungszuwachses in den letzten Jahren sowie dem Grad des Einflusses, den sein Aufstieg auf die gesellschaftliche Gewaltentwicklung und den sozialen Zusammenhalt hat.

## **Die Wurzeln des südasiatischen Nationalismus**

Weder der Nationalismus im Allgemeinen noch der religiöse Nationalismus im Besonderen sind in Südasien ein neues Phänomen. Bereits im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert entstanden verschiedene nationalistische Strömungen aus dem Widerstand gegen die britische Kolonialherrschaft.<sup>1</sup> Eine der Schlüsselinstitutionen, der Indische Nationalkongress (INC), wurde bereits 1885 gegründet. Er prägte maßgeblich die gewaltfreie Unabhängigkeitsbewegung in Indien und inspirierte zahlreiche andere Bewegungen weltweit. Auf dem indischen Subkontinent vertraten drei nationalistische Strömungen verschiedene Ansichten darüber, wie das unabhängige Indien aussehen sollte, wobei sie ihre Ideale in Abgrenzung zueinander bestärkten – der INC, die All-India Muslim League und der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS).

Der INC umfasste verschiedene ideologische, religiöse, sprachliche und ethnische Gruppen, die durch das gemeinsame Streben nach einem unabhängigen und vereinten Indien zusammengehalten wurden. Angeführt von Mahatma Gandhi und später von Jawaharlal Nehru versuchte der Kongress die unterschiedlichen Kasten-, Klassen- und Religionsgrenzen zu überwinden und alle Inder in einem Staat zu vereinen.

Die Muslim-Liga baute ihr Ideal einer Nation auf den Islam. Basierend auf den Ideen der „Zwei-Nationen-Theorie“ forderte die Liga einen separaten Staat für Muslime aus den Regionen und Staaten Britisch-Indiens mit einer überwiegend muslimischen Bevölkerung.<sup>2</sup>

Die dritte wichtige nationalistische Strömung wurde durch den RSS vertreten, dessen Ideal auf dem Hindutva-Konzept basierte. Dieses zielte unter anderem darauf ab, einen hinduistischen Staat mit hinduistischen Werten und einer im Kern hinduistischen Kultur zu errichten. Obwohl der RSS während des Unabhängigkeitskampfes nicht direkt an antibritischen Operationen teilnahm, förderte er die Hindutva doch durch soziales Engagement. Trotz einiger Verbote sowohl vonseiten kolonialer als auch postkolonialer Regierungen drängte der RSS auf eine Verankerung der Hindutva und vertrat sie politisch mithilfe ihrer verwandten Parteien, zuerst der Bharatiya Jana Sangh (BJS) und später der Bharatiya Janata Party (BJP).

Durch die politischen Manifestationen und Wechselwirkungen dieser unterschiedlichen Nationalismen wurde Britisch-Indien gespalten. Das Grauen dieser Teilung – Millionen Menschen mussten flüchten, Hunderttausende wurden getötet, vergewaltigt oder traumatisiert – prägt bis heute das kollektive Gedächtnis der Menschen. Die ungelösten Grenzstreitigkeiten um Kaschmir stürzten Indien und Pakistan in mehrere Kriege (1947, 1965 und 1999) und forcierten auch Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit weiterhin eine Politisierung religiöser Identitäten.<sup>3</sup> Religiöser Nationalismus schuf somit die Grundlage für die politischen Grenzen auf dem indischen Subkontinent, wie wir sie heute kennen.

### **Bangladesch – von religiösem zu säkularem Nationalismus und zurück?**

Pakistan bestand zunächst aus zwei durch indisches Territorium getrennte Teile: Westpakistan und Ostpakistan. Der neue Staat basierte auf der Idee, der Islam könne der Kitt zwischen den kulturell, ethnisch und sprachlich diversen Muslimen Britisch-Indiens sein. Die Religion behielt ihre zentrale Rolle im Narrativ des pakistanischen Staates sowie in der Verfasstheit der Nation, obschon sich die Rolle der Religion in Staat und Gesellschaft veränderte. Seine Hochphase hatte der Islam zwischen 1977 und 1988 unter der Herrschaft des Generals Muhammad Zia ul-Haq, der die Fusion von Islam und Staat

institutionalisierte und sich für den Aufbau einer „idealen“ islamischen Gesellschaft einsetzte.<sup>4</sup>

Dieses Nationenkonzept wurde jedoch durch den ethnischen und sprachlichen Nationalismus wie den der Belutschen und Bengalen in Frage gestellt, genau wie heute durch die panislamistische Bewegung. Die Forderungen nach unabhängigen Vaterländern und einer Abspaltung von Pakistan entlang ethnischer Grenzen forderte damals wie heute die Rechtmäßigkeit eines Staates und einer Nation heraus, die auf einem gemeinsamen Glauben beruhen. Für Pakistans politische Elite ist die Abwehr dieser Ansprüche daher eine überlebenswichtige Aufgabe.

### **Die Idee des säkularen Staates fand ihren Weg in die Verfassung des neu gegründeten Bangladesch.**

---

Das überwiegend von Bengalen bewohnte Ostpakistan erhielt kaum Anerkennung – weder kulturell noch politisch. Obwohl in dem Landesteil mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebte, spiegelte sich dies nicht in den staatlichen Einrichtungen wider. Der ungleiche Zugang zu Ressourcen und Macht stärkte die Mobilisierungsfähigkeit der separatistischen Kräfte.<sup>5</sup> 1971 führte die gewaltsame Unterdrückung der Interessen dieser Bevölkerungsteile Ostpakistan in einen Unabhängigkeitskrieg. Die Awami-Liga (AL) führte den Widerstand unter der Leitung einer akademischen Elite an, die fest vom Ideal einer säkular, kulturell und sprachlich begründeten Nation überzeugt war.<sup>6</sup> Der von ihnen umworbene säkulare Kulturnationalismus half ihnen dabei, das in Pakistan herrschende Narrativ einer islamischen Einheit zu überwinden.

Durch die AL fand die Idee eines säkularen Staates ihren Weg in die Verfassung des neu gegründeten Bangladesch. Doch für große Teile der Bevölkerung schlossen sich die bengalische und muslimische Identität nicht gegenseitig aus.<sup>7</sup> Nach einer Attentatsserie und dem Aufbau einer



In Reih und Glied: Der Zuspruch für hindu-nationalistische Kräfte in Indien wächst. Quelle: © Amit Dave, Reuters.

Militärherrschaft verlor die säkulare politische Elite der AL ihre zentrale Rolle. Parallel zur Islamisierung des Staates und der Gesellschaft in Pakistan strich das Regime unter General Ziaur Rahman 1977 die Ideale des Säkularismus und Sozialismus aus der Verfassung – nicht einmal zehn Jahre nach der Trennung von Pakistan. Das ehemalige auf Ethnie und Muttersprache begründete Verständnis der bangladeschischen Nation wurde durch religiöse Politik und den Aufruf, an Allah zu glauben, ausgetauscht und seine säkulare Grundlage durch den Islam ersetzt. 1988 wurde der Islam zur Staatsreligion erhoben.<sup>8</sup>

Nach der Rückkehr zu einer demokratischeren Regierung hatte die AL 2008, getragen von dem durch sie geförderten säkularen Nationalismus, wieder an politischer Stärke gewonnen. Die Gesellschaft in Bangladesch erlebte unterdessen

eine Transformation. Ausländische Einflüsse förderten die Identifizierung mit der transnationalen islamischen Gemeinschaft (Umma) und die Arabisierung der muslimischen Identität. Auch die Elite der AL, einst selbst Trägerin des säkularen bangladeschischen Nationalismus, passte sich der gestärkten Rolle des Islams an. Obwohl die AL 2008 ihre säkulare Einstellung wiederbelebt hatte, vollzog sie mit der Förderung dessen, was anderorts als „staatlich gelenkte Islamisierung in Bangladesch“ bezeichnet wurde, eine eindeutige Kehrtwende.<sup>9</sup>

Eine grundlegende Verschiebung vom säkularen zum religiösen Nationalismus durch die steigende Bedeutung religiöser Befindlichkeiten beherrscht die bangladeschische Politik und macht die Grenzen der bangladeschischen Bevölkerung muslimischen Glaubens zu den Grenzen





der nationalen Gemeinschaft. Die Folgen sind eine wachsende Zahl von Angriffen auf religiöse Minderheiten und säkulare Blogger.

#### **Indien - vom Säkularismus zur Hindutva?**

Im Gegensatz zum religiösen Nationalismus der Muslim-Liga widersetzte sich der INC grundsätzlich der Teilung Indiens. Die Führung des Kongresses wollte die religiösen Gemeinschaften vereinen und versuchte die Spaltungen innerhalb der Gesellschaft mittels Säkularismus und Sozialismus zu überwinden. Doch die britischen Herrscher gaben den Forderungen der Liga nach und teilten Indien in zwei voneinander unabhängige Staaten auf. Muhammad Ali Jinnah wurde zum Oberhaupt des muslimischen Staates Pakistan und Jawaharlal Nehru zum Ministerpräsidenten von Indien, wo der INC bis 1977 regierende Partei blieb.

Der Säkularismus und Sozialismus des INC vermochten sich in dem jungen, unabhängigen Indien tief zu verwurzeln und prägten die politische Landschaft des Landes. „Das Wort ‚säkular‘ wurde 1976 in die Präambel der Verfassung aufgenommen. Im indischen Gebrauch impliziert es sowohl eine klare Trennung von Kirche und Staat als auch den gleichen Status aller Religionen.“<sup>10</sup> Obgleich auch der vom Kongress geförderte Nationalismus auf den religiösen Traditionen Indiens aufbaute, stand er doch für den säkularen indischen Staat.

Trotz der breiten Unterstützung und der Wahlerfolge bis 1977 konnte der INC nie alle Bürger von dem von ihm vertretenen Narrativ einer indischen Nation überzeugen. Im Verlauf seiner Unabhängigkeit erlebte Indien Aufstände und Sezessionsbewegungen. Diese fußten auf einem



ethnischen oder sprachlichen Nationalismus wie etwa dem tamilischen Nationalismus in den 1960er Jahren oder dem religiösen Nationalismus wie sichtbar im Kampf der Sikhs um Khashan in den 1970er und 1980er Jahren. Mit der zweigleisigen Strategie von Entgegenkommen auf der einen und einem harten Durchgreifen gegenüber gewalttätigen Gruppen auf der anderen Seite gelang es Indien, Rebellen wieder in den Staat einzugliedern.<sup>11</sup>

Die Akzeptanz des säkularen Staates unter den religiösen Gemeinschaften sollte durch bestimmte Anreize erhöht werden – etwa durch „positive Diskriminierung“ und finanzielle Unterstützung für religiöses Engagement, die Anerkennung religiöser Rechte bestimmter Gemeinschaften sowie einen besonderen Status für bestimmte Gruppen und Staaten. Diese Maßnahmen boten zwar kurzfristig Stabilität, langfristig wurden die Verhandlungen zur Nationalidentität, zu den Rechten und Pflichten der Bürger und vor allem zu deren Loyalität dadurch allenfalls verschoben. Die Dominanz regionaler, religiöser und ethnischer Identitäten verhindert die Entstehung einer übergeordneten indischen Identität. Das muslimische Familienrecht, die staatliche Förderung der Pilgerreise (Haddsch) und die besondere Stellung Kaschmirs verfestigen die religiöse Identität sowohl bei Muslimen als auch Hindus.<sup>12</sup> Islamistische, vermeintlich von Pakistan finanzierte Terroranschläge, häufige Auseinandersetzungen mit diesem Land sowie Spannungen und Konflikte zwischen Hindus und Muslimen – besonders sichtbar im Konflikt um den Ram-Tempel und die Babri-Moschee in Ayodhya – stellen die Loyalität gegenüber dem säkularen Staat und den Mitbürgern auf die Probe.

Angesichts der offenen Fragen und widersprüchlichen Antworten wächst der Zuspruch für den RSS und die BJP. Die Ablehnung der Appeasement-Politik,<sup>13</sup> der Status des Ram-Tempels und der besondere Status Kaschmirs waren 2019 allesamt Themen des Wahlprogramms.<sup>14</sup> Die Politik der aktuellen BJP-Regierung bezieht sich auf die Versprechen dieses Wahlprogramms und möchte die Fragen klären, die seit der Trennung Indiens und Pakistans 1947 größtenteils noch offen sind.

Die Maßnahmen der aufeinanderfolgenden BJP-Regierungen (2014 bis 2019 und seit 2019) stießen allseits auf Kritik. Doch nicht alle Proteste, wie z. B. die Proteste während der Einführung des neuen Citizenship Amendment Act, lehnten radikale Veränderungen ab. In Assam kam es jedoch aus dem Gefühl heraus, die BJP-Regierung habe ihre Versprechen gebrochen, nicht genug gegen die illegale Einwanderung aus Bangladesch unternommen und die Bürger so mit der Bedrohung ihrer distinkten assamesischen Identität allein gelassen, zu zahlreichen Protesten.<sup>15</sup>

### **Die zunehmende Unterstützung der BJP verdeutlicht den Wunsch Indiens, eine tatsächliche Nation zu schaffen und auf transnationale Herausforderungen zu reagieren.**

Die Revision sogenannter Beschwichtigungspolitik von Minderheiten, etwa in Form der stufenweisen Abschaffung der Förderung muslimischer Pilgerreisen bis 2022 oder Neubestimmung von Mitteln zugunsten der Bildung von Frauen und Mädchen aus Minderheiten, hatte zum Ziel, den Eindruck zu überwinden, der Staat bemühe sich mehr um die Minderheiten als um die hinduistische Mehrheit.<sup>16</sup>

Auch wenn einzelne Schritte und Gesetze in Frage gestellt werden können, so verdeutlicht die zunehmende Unterstützung der BJP doch den Wunsch des Landes, eine tatsächliche Nation zu schaffen und auf transnationale Herausforderungen wie illegale Migration, sich verändernde Identitäten und Loyalitäten außerhalb des Landes zu reagieren.

Doch der Wahlerfolg der Hindu-Nationalisten ist nicht nur die Folge der Politik zu Identitätsfragen. Die Fähigkeit der BJP, Menschen mithilfe von Kampagnen in den sozialen Medien zu mobilisieren, ihre Pläne zur Frauen- und Jugendförderung, Narendra Modis nichtelitärer Hintergrund und

die Vorstellung einer Vision für Indiens Zukunft forcierten insgesamt den kaum für möglich gehaltenen Wahlerfolg der BJP. Doch hat die Bereitschaft der indischen Bürger, die Identitätspolitik hinter sich zu lassen, indem sie einen Staat für Hindus sichern und an der Zukunft einer Nation arbeiten, deren Grenzen und Zugehörigkeiten klar definiert sind, zum Wahlerfolg der BJP beigetragen.

Das Vorhaben der BJP kann als Versuch verstanden werden, eine Staatsnation in einen Nationalstaat umzuwandeln. Das Projekt der Hindu-Nationalisten basiert auf der Ablehnung des Kongress-eigenen Säkularismus, steht in deutlicher Opposition zum islamischen Nationalismus und sucht gleichzeitig Antworten auf transnationale Herausforderungen.

### **Sri Lanka – Buddhistischer Nationalismus als Waffe gegen die Islamisierung?**

Der Buddhismus spielt nach wie vor eine wichtige Rolle in der Politik der Insel. Obwohl es in Ceylon keinen Kampf um Unabhängigkeit wie in Indien gab, entstand eine buddhistische Erweckungsbewegung mit antibritischen Einflüssen, die einer Volksbewegung gegen die Kolonialherrschaft am nächsten kam. Wie auch der INC lehnte die politische Elite unter der Leitung von D. S. Senanayake, die den Übergang von der britischen Herrschaft zum Dominion-Status und dem neu gegründeten autonomen Staat prägte, den Einfluss der Religion auf Staat und Politik ab. Der ceylonische Staat war säkular und Senanayakes United National Party (UNP) als größte politische Partei befürwortete eine klare Trennung des Staates von religiösen Institutionen<sup>17</sup> – obwohl sie wie auch der INC aus einer Vielzahl diverser Fraktionen bestand. Eine dieser Fraktionen, eine Abspaltung der UNP aus dem Jahr 1952, war bereit, dem Buddhismus eine wichtige Rolle im Staat und in der Gesellschaft zuzugestehen. Unter der Führung von S. W. R. D. Bandaranaike wurde die neu gegründete Sri Lanka Freedom Party (SLFP) Ceylons zweitstärkste Partei.<sup>18</sup> Fragen des kulturellen Selbstverständnisses und einer auf dem Gleichheitsprinzip beruhenden Vertretung der größten ethnischen Minderheit, der

sri-lankischen Tamilen, stellten bereits vor der Unabhängigkeit einen kritischen Aspekt der keineswegs konfliktfreien Politik dar. Dennoch nahmen die Forderungen des tamilischen Nationalismus im Verlauf der Gründungsjahre Ceylons an Schärfe und Nachdruck zu. Angesichts des Ethno-Nationalismus der tamilischen Minderheit verstärkte sich auch der ethnoreligiöse Nationalismus der Mehrheit, was zum Sturz der säkularen Elite der UNP 1956 sowie zu einer Änderung der Verfassung im Jahre 1972 führte. Deren Resultat wiederum war die Umwandlung des säkularen Staates in einen solchen mit buddhistischer Dominanz. Obwohl die UNP 1978 eine neue Verfassung einführte, behielt der Buddhismus seine Sonderstellung.<sup>19</sup> Während die Auseinandersetzungen zwischen Tamilen und Singhalesen in brutale Gewalt eskalierten und schließlich in einem dreißigjährigen Bürgerkrieg zwischen der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) und der Regierung von Sri Lanka (GoSL) mündeten, blieben die Beziehungen zwischen der buddhistischen Mehrheit und der muslimischen Minderheit in der Geschichte der Unabhängigkeit Sri Lankas meist herzlich. Die aufeinanderfolgenden UNP- und SLFP-geführten Regierungen sahen muslimische Politiker als Inhaber führender Kabinettposten. Obwohl die panislamische Identifizierung der ceylonesischen Muslime kurz nach der Unabhängigkeit in einem Bruch zwischen tamilischen Nationalistenführern und der muslimischen politischen Elite resultierte,<sup>20</sup> kam einem sri-lankisch-muslimischen Nationalismus im 20. Jahrhundert keine prominente Rolle zu.

### **Trotz der Teilnahme von Muslimen an der Regierung wurden deren vitale Interessen in den Friedensverhandlungen in Sri Lanka übergangen.**

Dies änderte sich, als sich die Beziehungen zwischen der muslimischen politischen Führung und der östlichen muslimischen Bevölkerung im letzten Jahrzehnt des Bürgerkrieges (1999

bis 2009) verschlechterten. Die LTTE griff Muslime oft in Gebieten an, die sie als *Tamil Eelam*, also als tamilisches Gebiet, betrachteten, was 1990<sup>21</sup> zur Vertreibung der gesamten muslimischen Bevölkerung aus der nördlichen Region Sri Lankas führte und viele tote Muslime im Osten hinterließ, wo diese in einigen Gebieten die Mehrheit bilden. In den Friedensverhandlungen zwischen der LTTE und der GoSL Anfang der 2000er Jahre wurden die Kerninteressen dieser Muslime jedoch übergangen – und dies trotz der Teilnahme muslimischer Parteien an der Regierung.

Die Identitäten und politischen Ziele der Muslime Sri Lankas erfuhren durch die Förderung von Infrastrukturen und Institutionen in mehrheitsmuslimischen Gebieten der Insel durch muslimische Länder – etwa Saudi-Arabien und Pakistan – einen Wandel. Dieser wurde von Angriffen auf Sufi-Muslime sowie buddhistische Schreine und Statuen begleitet.<sup>22</sup> Aus einer islamischen, die muslimische politische Führung ablehnenden Volksbewegung im Osten wurde der Entschluss gefasst, einen muslimischen Staat innerhalb des von Muslimen bewohnten Gebiets Sri Lankas, *Muslim Thesam* genannt, zu gründen. Die Tatsache, dass einige der zunehmend stärker werdenden islamischen Gruppen bewaffnet waren, wurde toleriert, da diese zum einen der LTTE während des Krieges die Stirn geboten hatten und man zum anderen in hohem Maße von den muslimischen Wählerstimmen für zukünftige Mehrheiten im Parlament abhängig war.

## Arabische Versionen der Islaminterpretation fordern den moderaten und kulturell verankerten Islam heraus.

Verschiedene neu gegründete Gruppen versuchen, ein Bewusstsein für das zu schärfen, was als Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus wahrgenommen wurde. Einige dieser Gruppen schlossen sich 2012 zu einer von buddhistischen Mönchen angeführten Organisation

zusammen und nannten sich Bodu Bala Sena (BBS). Dargestellt als Förderer des buddhistischen Nationalismus, protestierte die Gruppe nicht nur gegen das, was sie als Islamisierung betrachtete wie die Einführung einer Halal-Zertifizierung und einer arabischen Kleidung in Sri Lanka, sondern setzte sich auch für eine Implementierung buddhistischer Werte in Staat und Gesellschaft ein. Zum Fokus der Auseinandersetzungen zwischen der BBS und den radikalen muslimischen Organisationen wurde 2016 die Änderung des muslimischen Eherechts und des Mindestheiratsalters für muslimische Mädchen. Die muslimischen Gruppen bestanden auf dem Selbstbestimmungsrecht, während die buddhistischen Nationalisten ein einheitliches Recht für das ganze Volk (*one law for one people*) sowie die grundsätzliche Abschaffung spezifischer Gesetze für die muslimische Gemeinschaft forderten.<sup>23</sup>

Buddhistischen Nationalisten mobilisierten die Menschen, indem sie auf Entwicklungen innerhalb der asiatischen Nachbarländer und auf die Ausbreitung des Islam anderenorts hingen. Häufig dienten der RSS und die BJP in Indien als Paradebeispiel für den Umgang mit der Bedrohung.<sup>24</sup> Selbst von zahlreichen Mitgliedern der singhalesischen Gesellschaft wurde die BBS nicht ernst genommen und so wurde 2015 die vermeintlich buddhistisch-singhalesisch-nationalistische SLFP-geführte Koalition durch eine liberalere und minderheitsfreundliche Koalition unter Führung der UNP abgelöst.

Die islamistischen Anschläge im April 2019 führten zu einer grundlegenden Änderung. Gotabaya Rajapaksas Gebrauch von Symbolen und Forderungen der buddhistischen Nationalisten verhalf ihm zur Präsidentschaft.

Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Mitgliedern anderer religiöser Gemeinschaften nach den islamistischen Anschlägen zeigen deutlich, dass transnationale Loyalitäten den sozialen Zusammenhalt in Sri Lanka bedrohen. Die Unterstützung für jene, die für religiösen Nationalismus stehen, sollte in diesem Kontext betrachtet werden.



## Der maledivische Weg – Religion ohne Nationalismus?

Auf den Malediven, die vor allem für ihre paradiesischen Inseln bekannt sind, führte die Frage nach Nationalität und Staatsangehörigkeit nicht zu Volksbewegungen. Trotz jüngster Demokratisierung des ehemaligen britischen Schutzgebietes gab es bisher keine nationalistischen Entwicklungen. Es ist der Islam, der als ein Bindeglied der überwiegend homogenen Gesellschaft fungiert. Alle Bürger der Malediven sind von Rechts wegen Muslime und nur Menschen, die dem Islam anhängen, können eingebürgert werden. Wenn auch die Dominanz des Islam unbestritten ist, so ist es dessen Interpretation sehr wohl. In

den letzten Jahren ist die maledivische Gesellschaft von außen beeinflusst worden. Arabische Versionen der Islaminterpretation fordern den moderaten und kulturell verankerten Islam der Malediven heraus, wie es die Kontroverse um einen Rechtsfall aus dem Jahr 2013 deutlich zeigt.

Aufgrund der auf den Malediven praktizierten *Hadd*-Strafe wurde ein 15-jähriges Mädchen, das von seinem Stiefvater vergewaltigt worden war, zu 100 Peitschenhieben wegen vorehelichen Geschlechtsverkehrs verurteilt. Das Urteil provozierte einen Dissens in der Gesellschaft angesichts der rigorosen *Hadd*-Strafe und spaltete sie in Moderate und Fundamentalisten.<sup>25</sup>



Spirale der Gewalt: Die Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Mitgliedern anderer religiöser Gemeinschaften nach den islamistischen Anschlägen im April 2019 in Sri Lanka zeigen deutlich, wie transnationale Loyalitäten den sozialen Zusammenhalt bedrohen. Quelle: © Dinuka Liyanawatte, Reuters.



Heute bemüht sich das Land um Unterstützung im Umgang mit der hohen Anzahl ausländischer Kämpfer, die nach ihren Einsätzen beim sogenannten IS in Syrien und Irak nach Hause zurückkehren.<sup>26</sup> Die Ablehnung der transnationalen muslimischen Identität hat auf den Malediven das Streben nach einem eigenen maledivischen Islam forciert. Das Bemühen, die eigene maledivische Lebensweise gegenüber einer globalen islamischen zu schützen, könnte zum Entstehen eines eigenen maledivischen Nationalismus führen.

## Fazit

Die kurze Darstellung des religiösen Nationalismus in Südasien hat gezeigt, dass dieser in den letzten Jahren zwar an Bedeutung gewonnen hat, in der Region aber kein neues Phänomen darstellt, sondern diese stark geprägt hat. Obwohl die Gewalt innerhalb von Gesellschaften im religiösen Nationalismus einen Beschleuniger findet, liegen die Wurzeln der Konflikte in den unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Zielen, deren Vielfalt in der gesellschaftlichen Diversität selbst wurzeln könnte. Indem sie die Quelle einer kollektiven Identität darstellt, bietet die Religion in Südasien eine Basis für Werte und Konzepte des idealen Staats, der idealen Nation sowie der idealen Gesellschaft. In der Vergangenheit führten die sich hieraus ergebenden Diskrepanzen dieser Ideale zu gesellschaftlichen Konflikten, Kriegen und Abspaltungen.

Die überwältigende Unterstützung für Parteien und Gruppen in Südasien, die Identitätsinteressen repräsentieren, zeigt, dass ein Zusammenleben in einem gemeinsamen Gebiet, selbst wenn dieses bereits Jahrhunderte andauert, nicht ausreicht, um eine breite nationale Solidarität zu schaffen, die über religiöse und ethnische Unterschiede hinausgeht. Schaut man auf die verschiedenen südasiatischen Staaten sowie die gegangenen und gemiedenen Wege, erweckt dies den Eindruck, dass der Aufstieg des und die Rückkehr zum religiösen Nationalismus in der Politik das Bemühen darum darstellt, sozialen Zusammenhalt aufzubauen, und nicht, ihn zu zerstören.

Der mit dem Nationalismus einhergehende Exklusivismus resultiert möglicherweise aus der Unvereinbarkeit der immensen Diversität der südasiatischen Bevölkerung mit dem Nationenkonzept, das auf gemeinsamen Eigenschaften und einer gegenseitigen Loyalität zwischen Mitbürgern und dem Staat basiert. Eine wachsende Identifizierung mit transnationalen Gemeinschaften fordert den Kern des Nationalstaates, seine Souveränität und den sozialen Zusammenhalt seiner Bürger weiter heraus. In diesem Kontext mag religiöser Nationalismus für die einen das Mittel zur Sicherung der lokalen kulturellen und religiösen Besonderheiten sein. Für die anderen mag es den Beginn einer Rückentwicklung zur urzeitlichen Vergangenheit markieren. In jedem Fall bietet der derzeitige Aufstieg des religiösen Nationalismus in Südasien die Gelegenheit, sowohl langjährige gesellschaftliche Konflikte zu lösen als auch das Risiko, unsägliches Leid hervorzubringen.

Und dennoch: Diese Fragen nach Staat und Nation, mit denen Südasien derzeit zu kämpfen hat, sind keineswegs eine Besonderheit eben dieser Region. Eine gemeinsame Basis zu schaffen, auf Grundlage derer man zusammenwirken kann, manchmal auf Basis einer religiös relativ homogenen Gesellschaft, deren Mitglieder sich auch zusammengehörig fühlen, war und ist häufig der Wunsch all jener, die eine Nation zusammenführen wollen. Gerade in einer globalisierten Welt, in der Migration und zunehmender Austausch unterschiedliche Werte und Konzepte von Staat und Gesellschaft aufeinandertreffen lassen, sollten sich politische Entscheidungsträger vor Augen halten, dass eine Vielfalt politischer und gesellschaftlicher Ansichten auch zu Konflikten sowie – gelegentlich – gewalttätigen Auseinandersetzungen führen kann. Die Entwicklungen in Südasien verweisen auf die Notwendigkeit, Strategien zu entwickeln, die eine sinnvolle Auseinandersetzung mit dieser Vielfalt ermöglichen.

*–übersetzt aus dem Englischen–*

---

**Dr. La Toya Waha** ist Trainee im Regionalprogramm Politikdialog Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Singapur.



- 1 Eine Ausnahme stellt Nepal dar, dessen Staatsstruktur auch während der Kolonialzeit in Südasien intakt blieb. Der Hindu-Nationalismus in Nepal hat sich seit der Einführung einer säkularen Verfassung 2008, die nach Jahren des Bürgerkriegs die Monarchie abschaffte und sie durch einen sozialistischen säkularen Staat ersetzte, verändert und an Macht gewonnen.
- 2 Kulke, Herrman/Rothermund, Dietmar 2006: Geschichte Indiens: Von der Induskultur bis Heute, München, S. 345–373.
- 3 Malik, Iftikar 1993: The Continuing Conflict in Kashmir: Regional Detente in Jeopardy, London, S.ii–20.
- 4 Mitra, Subrata K./Waha, La Toya 2018: The Asian Way: Political Culture and Tradition in South Asia, in: Hua, Shiping (Hrsg.): Routledge Handbook of Politics in Asia, London/New York, S.224–237.
- 5 Rais, Rasool Bakhsh 2002: Politics of Ethnicity and Democratic Process in Pakistan, in: Singh, Gurnam (Hrsg.): Ethno-Nationalism and the Emerging World (Dis)Order, Neu-Delhi, S.220–246.
- 6 Hasan, Mubashar 2017: The Diverse Roots of the ‚Secular‘ in East Pakistan (1947–71) and the Crisis of ‚Secularism‘ in Contemporary Bangladesh, History and Sociology of South Asia, 11: 2, S.156–173.
- 7 Ebd.
- 8 Lorch, Jasmin 2019: Islamization by Secular Ruling Parties: The Case of Bangladesh, Politics and Religion, 12: 2, S. 257–282.
- 9 Ebd., S.257.
- 10 Mitra, Subrata K. 2011: Politics in India: Structure, Process and Policy, Oxford, S.50.
- 11 Mitra, Subrata K.: Governance by Stealth: The Ministry of Home Affairs and the Making of the Indian State (i.E.), London.
- 12 Malik 1993, N.3.
- 13 Religiöse Minderheiten werden politisch aktiver und fordern mehr Vorzüge, wie die SC, ST und OBC sie durch ein Quotensystem, in Indien *Reservation* genannt, bekommen. Diese Forderungen beschleunigten den Widerstand gegen die Beschwichtigung von Minderheiten und brachten der BJP mehr Zuspruch. Mitra/Waha 2018, N.4.
- 14 Das Wahlprogramm der BJP 2019, Bharatiya Janata Party, in: <https://bjp.org/en/manifesto2019> [27.04.2020].
- 15 Basierend auf Gesprächen zwischen der Autorin und einem assamesischen Bürger im Januar 2020 in Singapur, der die Proteste und Aufstände im Dezember 2019 miterlebt hat.
- 16 Saberlin, Zeenat 2018: India ends government subsidies for Hajj pilgrimage, Aljazeera, 16.01.2018. in: <http://aje.io/s3bpz> [27.04.2020]; The Hindu 2018: Government ends Haj subsidy from this year, 16.01.2018, in: <https://bit.ly/2LjCxbm> [27.04.2020].
- 17 Doch sie nutzen religiöse Einrichtungen für ihren Wahlkampf.
- 18 Manor, James 2011: The Bandaranaike Legend, in: Holt, John Clifford: The Sri Lanka Reader: History, Culture, Politics, Durham/London, S.599–606.
- 19 Verfassung Sri Lankas 1978: Kapitel II, in: <https://bit.ly/2zCS9UN> [27.04.2020].
- 20 McGilvray, Dennis B./Raheem, Mirak 2011: Origins of the Sri Lankan Muslims and Varieties of the Muslim Identity, in: Holt, John C. (Hrsg.): The Sri Lanka Reader: History, Culture, Politics, Durham/London, S.410–419.
- 21 Wickramasinghe, Nira 2014: Sri Lanka in the Modern Age, Oxford, S.206.
- 22 Waha, La Toya 2018: Religion and State-Formation in Transitional Societies – Sri Lanka in a Comparative Perspective, Baden-Baden, S.327–336.
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Elliott, Francis 2013: Raped Girl, 15, Sentenced to 100 Lashes for Premarital Sex in Maldives, The Times, 28.02.2013, <https://bit.ly/2YT8MG4> [27.04.2020]. Die Verurteilung des Mädchens zu 100 Peitschenhieben wurde letztlich aufgehoben.
- 26 Moorthy, N. Sathiya 2018: Maldives' new government must address Islamic fundamentalism, Observer Research Foundation, 26.09.2018, in: <https://bit.ly/2xVXF4i> [27.04.2020].



Quelle: © Satish Kumar, Reuters.

Nationalismus

# „Hypernationalismus“?

Identitäts- und Nationalismusdebatten am Golf

Fabian Blumberg

Wenige Regionen werden bezüglich ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Verfasstheit durch derart massive Veränderungen herausgefordert wie die Golfstaaten. Veränderungen, die auch zu einer Auflösung bisheriger identitätsbildender Faktoren führen. An ihre Stelle treten heute Nationalisierungsprojekte, mit denen der Vorwurf einhergeht, die Golfstaaten verfolgten einen aggressiven „Hypernationalismus“.

---

### „With your blood you should protect the nation“

Am 29. November 2018 veröffentlicht die emiratische Tageszeitung *The National* einen Bericht über die Entwicklung des Nationalfeiertags in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Dabei stellt sie unter anderem dar, wie während eines Konzerts am Nationalfeiertag 2017 die fiktionale Geschichte eines Jungen erzählt wird, der sich zum Militärdienst, der in den VAE als „Nationaler Dienst“ bezeichnet wird, verpflichtet. Seine Mutter sagt zu ihm: „With your blood you should protect the nation and when it calls upon you, you must answer with your soul before your body.“<sup>1</sup> Es ist eine Sprache, die ebenso neu für die Emirate sowie die Staaten am arabischen Golf ist wie der Stellenwert des Militärs – und manche Beobachter dazu veranlasst hat, von einem sehr intensiven Nationalismus, einem „Hypernationalismus“<sup>2</sup> zu sprechen. Das wäre ein Nationsgedanke, der auf Abschottung und Identitätsbildung durch reine Abgrenzung setzt. Die Identitätsbildungsdebatten am Golf scheinen jedoch etwas differenzierter zu verlaufen.

Anders als bei Staatsgründungen im Nahen Osten oder in Europa standen am Beginn der Staatsbildungen am Golf weder Kämpfe um nationale Selbstbestimmung noch spielten nationaler Chauvinismus oder Expansionsdrang eine bestimmende Rolle. Der Zusammenhalt des Staates und die Legitimation der Regierenden wurden durch den Rekurs auf die Religion und das Zusammenführen der Stämme garantiert. Dies gilt insbesondere für das Königreich Saudi-Arabien, in dem die

Religion an die Stelle eines Nationsgedankens trat. Staatsgründer Mohammed Ibn Saud ging Mitte des 18. Jahrhunderts eine Allianz mit dem religiösen Führer Mohammed Ibn Abd Al-Wahhab ein, in der die politische Sphäre durch das Haus Saud und die religiöse Sphäre durch den Wahhabismus – die besonders puritanische Auslegung des Islam – umfassend geregelt wurde. So wurde das Königreich zu einem Staat, in dem Religion den Staat legitimierte und zentrale identitätsbildende Instanz war. „Religion moulded an overarching identity that also served to legitimise the ruling family. Islam was the identity of the population, strengthened by the importance of Saudi Arabia as the birthplace of the religion and the host of its two most holy sites.“<sup>3</sup> Das Haus Saud trat als politische Instanz auf, aber eben auch als moralische Instanz und religiöse Autorität; der König trägt den Titel „Hüter der beiden heiligen Stätten“ Mekka und Medina und versteht sich als Führer der islamischen Welt.

So war die Wahrnehmung Saudi-Aubiens und auch des Golfs noch bis in die jüngere Zeit bestimmt durch ein Image als Region des sehr konservativen Islams, als Region verschleierter Frauen, als Region, in der Koran und Sunna als Verfassung dienen, das Rechtssystem auf der Scharia beruht und das religiöse Establishment das tägliche Leben reglementiert sowie die Resilienz der Regierungs- und Gesellschaftssysteme gegenüber Veränderungen besonders ausgeprägt ist.

Die Widerstandsfähigkeit gegenüber liberalen Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich kann mit zwei Faktoren

erklärt werden. Zum einen ist die angesprochene Bezugnahme auf konservative religiöse Autoritäten zu nennen. Zum anderen wird die politische und innergesellschaftliche Stabilität der Golfstaaten mit dem Rentierstaatsmodell erklärt. Es ist ein Versuch, eine Antwort auf die Frage zu finden, warum die Regierungs- bzw. Staatssysteme derart stabil und stark ausgeprägt sind. Die Annahme lautet, es gebe einen „impliziten“ Vertrag zwischen Herrschern und Bevölkerung: Die Bürger seien dem Staat verpflichtet, da sie abhängig von ihm sind. Staatsangehörige der Golfstaaten zahlen in der Regel keine Einkommensteuer, erhalten kostenlose Gesundheitsversorgung, das Bildungssystem ist ebenfalls kostenfrei, Elektrizität und Treibstoff werden subventioniert. Generiert vor allem durch die Öleinkünfte leistet der Staat vielfältige Unterstützung und genießt im Gegenzug Autonomie gegenüber der Bevölkerung. Damit korrespondieren in sich sehr gefestigte Systeme, die sich auf religiöse und traditionelle Macht sowie die Verteilung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen stützen – und daraus bisher ihre Identität gewonnen haben.

### **„Ich habe zwanzig Jahre, um in meinem Land das Ruder herumzureißen und es in die Zukunft zu führen“**

Dieses System der staatlichen Alimentierung durch Öleinnahmen ist jedoch unter Druck geraten. Wird die Beziehung zwischen der Lebenserwartung und der Zeitspanne, in der Öl noch gefördert werden kann, zugrunde gelegt, ergibt sich ein alarmierendes Bild für die Staaten, die ihre wirtschaftliche Kraft und politische Stabilität auf Ölvorkommen fußen lassen: Letztlich sind es nur Kuwait und Katar, deren Reserven noch etwas länger reichen. Bei allen anderen Staaten werden die Ressourcen innerhalb der heute geborenen Generation zu Ende gehen.<sup>4</sup> Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman fasst diese Entwicklung folgendermaßen zusammen: „In zwanzig Jahren wird die Bedeutung des Öls gleich Null sein, dann übernehmen die erneuerbaren Energien. Ich habe zwanzig Jahre, um in meinem Land das Ruder herumzureißen und es in die Zukunft zu führen.“<sup>5</sup>

Hinzu kommt ein hohes öffentliches Ausgaben-volumen bei einem zugleich niedrigeren beziehungsweise schwankenden Ölpreis. Damit steigt die Verwundbarkeit der Staatshaushalte, die von hohen Öleinnahmen abhängig sind. Dass die Golfstaaten einen höheren Ölpreis brauchen, zeigt der Blick auf den *Break-even*-Ölpreis – jener Ölpreis, bei dem der Staatshaushalt nach Produktionskosten theoretisch ausgeglichen wäre: Für Bahrain, Oman und Saudi-Arabien liegt dieser *Break-even*-Ölpreis ab 2014 weit über dem tatsächlichen Ölpreis. Das zeigt den wachsenden Druck auf die Staatshaushalte.<sup>6</sup> Dieser Druck nimmt aber auch aufgrund des Wachstums und der Zusammensetzung der Bevölkerung zu – einer Bevölkerung, die eingübte, hohe Erwartungen an ihren Lebensstandard hat. Das Durchschnittsalter in den Golfstaaten liegt zwischen 20 und 24 Jahren. Diese Staaten haben also eine sehr junge Bevölkerung, mit Konsequenzen insbesondere für das Bildungs- und Gesundheitssystem. Bis 2030 müssen jährlich etwa 500.000 Menschen neu in den Arbeitsmarkt integriert werden.<sup>7</sup>

### **Die Golfstaaten haben eine sehr junge Bevölkerung, mit Konsequenzen insbesondere für das Bildungs- und Gesundheitssystem.**

Diese Herausforderungen führen zu Unsicherheiten und Selbstvergewisserungsfragen. Hinzu kommt die Bevölkerungszusammensetzung. In der Gesamtschau sind etwa 50 Prozent der in den Golfstaaten lebenden Menschen Ausländer. Den größten Anteil an Ausländern haben mit 88,5 Prozent der Bevölkerung die VAE und mit 85,7 Prozent Katar. Die einheimische Bevölkerung arbeitet insbesondere im öffentlichen Sektor, während Ausländer die meisten Arbeiten im privaten Sektor ausführen. Mit diesem Modell ist es zu einer Abhängigkeit von billigen Arbeitskräften gekommen – und die einheimische Bevölkerung wurde zur Minderheit am Golf, die

jedenfalls kaum in den breiteren Arbeitsmarkt integriert ist.<sup>8</sup> Auch stellen die hohe Anzahl der arbeitslosen Jugendlichen und eine geringe Frauenerwerbsquote eine große Herausforderung dar.<sup>9</sup>

### **„An ambitious nation“ – Reformpolitik statt Rentierstaat**

In den vergangenen Jahren haben alle Golfstaaten langfristige Reformprogramme in sogenannten Visionen niedergelegt. Ziel ist die Vorbereitung auf das Post-Öl-Zeitalter. Bereiche wie Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit stehen bei allen Programmen im Fokus.<sup>10</sup> Der 2016 verkündete saudische nationale Reformplan „Vision 2030“ konzentriert sich beispielsweise auf folgende Eckpunkte: Diversifizierung der Wirtschaft (Förderung unter anderem der Unterhaltungsindustrie, des Tourismus und der Rüstung), Privatisierung und Auflage von Staatsfonds, Stärkung des Privatsektors, Steigerung des Beitrags mittelständischer Unternehmer, Reformen in Bildung, Arbeitsmarkt, Regulierung und *Governance*, Einführung einer Mehrwertsteuer, Anhebung des Anteils von Frauen am Arbeitsmarkt, Schaffung von 15 Millionen Arbeitsplätzen bis 2030 (von denen elf Millionen von Staatsangehörigen besetzt werden sollen, davon 3,6 Millionen von Frauen).<sup>11</sup> Diese Reformpolitik erstreckt sich nicht nur auf wirtschaftliche Fragestellungen, sondern greift auch in die gesellschaftliche Realität ein. So eröffneten im April 2018 in Saudi-Arabien zum ersten Mal seit 35 Jahren wieder Kinos, das Vormundschaftsprinzip für Frauen wurde aufgeweicht und Frauen dürfen Auto fahren.<sup>12</sup>

Mit dieser Vorbereitung der Gesellschaft auf eine Zeit nach Ende des ölfinanzierten Rentierstaat-Modells, in dem der Staat für alles sorgte, geht auch eine Veränderung von Mentalitäten, Erwartungshaltung und Identität einher – weniger Verantwortung beim Staat, mehr Verantwortung beim Einzelnen. „Overall, the leadership has broken from the old social contract by emphasising that Saudi Arabia has now entered a new era in which citizens must contribute to the good of the country, as opposed to simply receiving benefits as their forebears did.“<sup>13</sup>

Wie wird der neue Gesellschaftsvertrag entwickelt? Wie kann Loyalität zu den Königshäusern gewahrt bleiben, wenn das Wohlfahrtsystem unter Druck gerät, wenn der Lebensstandard schrumpfen sollte, wenn für das eigene Auskommen selbst gearbeitet werden muss und dies gegebenenfalls auch in „niederen“ Arbeitsbereichen, in denen früher Migranten tätig waren?

Die Religion spielt zwar nach wie vor eine wichtige Rolle. Ausweislich der Visionen am Golf ist es heute jedoch der Nationsgedanke, der die Funktionen der Legitimation, Identität und Motivation erfüllen soll. So heißt es z. B. in der Vision 2021 der VAE: „The UAE Vision 2021 National Agenda strives to preserve a cohesive society proud of its identity and sense of belonging. Thus, it promotes an inclusive environment that integrates all segments of society while preserving the UAE’s unique culture, heritage and traditions and reinforces social and family cohesion. Furthermore, the National Agenda aims for the UAE to be among the best in the world in the Human Development Index and to be the happiest of all nations so that its citizens feel proud to belong to the UAE.“<sup>14</sup> In der saudischen Vision 2030 wird eine „vibrant society with strong roots“ als Ziel beschrieben, „taking pride in our national identity [...] [a]n ambitious nation“.<sup>15</sup> Dabei sollen „nationale Werte“ und die Zugehörigkeit zur Nation ebenso gefördert werden wie das islamische, arabische und saudische „Erbe“ sowie die arabische Sprache.

### **Aufbau nationaler Identität**

In seinem 2019 publizierten Werk „Being Young, Male and Saudi. Identity and Politics in a Globalized Kingdom“ fragt Mark C. Thompson: „What Is Saudi?“ Thompson ist einer der besten Kenner der gesellschaftlichen Entwicklungen im Königreich, seine Aussagen basieren auf Fokusgruppen-Interviews, die er im Königreich geführt hat. Auf die Frage, was die saudische Identität ausmache, bekam er vage Antworten. Zwar gab die Mehrheit der Befragten an, es gebe eine saudische Identität. Woraus diese bestehe, schien jedoch wenig klar konturiert zu sein – beziehungsweise befindet sie sich im Prozess der Ausbildung.<sup>16</sup> Ein zentraler, sich verändernder Faktor ist dabei offenbar





Finger am Abzug: Reformprogramme verändern zunehmend die Rolle der Frauen in der Region.

Quelle: © Mohamed Al Hwaity, Reuters.

der Stellenwert der Religion. Sie spielt nach wie vor eine sehr wichtige Rolle, aber die Befugnisse etwa der Religionspolizei und führender Kleriker wurden stark eingeschränkt.<sup>17</sup> Die Religion ist persönlicher geworden. Auch lässt sich die Loyalität gegenüber dem System und dessen Legitimation nicht mehr durch Rentenzahlungen aufrechterhalten. „Saudi religiosity is changing, undermining the political potency of the clerics who once could reliably rally followers to the flag. [...] With the religious and economic planks weakened, Riyadh has sought to use nationalism as a salve to patch the strained relationship between rulers and ruled.“<sup>18</sup>

Wie wird dieser neue beziehungsweise junge Nationalismus aufgebaut? Ein erstes Element ist der Rekurs auf Gründungsmythen, Geschichte und Kultur – die immer auch auf Gegenwart und Zukunft hin interpretiert werden. So erinnert das saudische Königshaus beispielsweise an

den Großvater Mohammed bin Salmans, König Abdulaziz, der als Gründervater des heutigen Saudi-Arabiens gilt, und an eine Zeit vor dem ölbasierten Wohlstand. König Abdulaziz, so Mohammed bin Salman, habe das Königreich ohne die Hilfe des Öls vereint.<sup>19</sup>

Die Zahl der Festivals und Museen, die das kulturelle Erbe in den Golfstaaten, aber auch moderne Kunst und Kultur zeigen und *expressis verbis* einen Beitrag zur nationalen Identitätsbildung leisten sollen, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Dazu zählen zum Beispiel das Qasr al Hosn Festival in Abu Dhabi, die SIKKA Art Fair in Dubai, die Eröffnung des neuen National Museum of Qatar (im Stil einer Wüstenrose, des neuen Nationalsymbols), die Planung des Zayed National Museum (im Stil der Flügel eines Falken, des Nationalsymbols, und erinnernd an die Geschichte des Staatsgründers) in Abu Dhabi,

das National Museum in Muskat, das National Museum in Riyadh, die Dschidda Saison oder auch das Red Sea Film Festival.<sup>20</sup>

Es sind auch Projekte, die durch ihre Architektur (*spectacularisation*<sup>21</sup> bzw. *mega museums*<sup>22</sup>) und internationale Ausstrahlung einen Beitrag zu nationalem Selbstverständnis und Stolz leisten sollen.<sup>23</sup> Zum Beispiel sei es Mission des Sharq Districts in Kuwait, des King Abdullah Financial Districts in Riyadh und des Louvre Abu Dhabi, unterschiedliche Kulturen zusammenzubringen und damit ein gemeinsames Verständnis von Humanität aufzuzeigen.<sup>24</sup> Auch das National Museum of Qatar stehe für Diversität und Inklusion, so die Vorsitzende der katarischen Museen HE Sheikha Al Mayassa bint Hamad bin Khalifa Al Thani, die weiter erklärt, das Museum sei eine physische Manifestation der stolzen katarischen Identität, verbinde die Geschichte Katars mit seiner vielfältigen, kosmopolitischen und progressiven Gegenwart.<sup>25</sup>

### **Um Zusammenhalt und Legitimität zu sichern, wird an die nationale Identität, an die Geschichte und an Stammes-traditionen appelliert.**

---

So wird, um Zusammenhalt und Legitimität zu sichern, an die nationale Identität, an die Geschichte und an Stammestradi-tionen appelliert. Dies wird kombiniert mit einer Modernisierungs-legitimation durch große wirtschaftspolitische Narrative und Projekte wie der Expo 2020 in Dubai, der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar und dem Bau eines arabischen Gegenentwurfs zum Silicon Valley, mit der Knowledge City in Medina/Rotes Meer sowie dem Bau von Neom, einer vollautomatisierten Wüstenstadt in Saudi-Arabien.

Der Rekurs auf das eigene Erbe und die Verge-wisserung einer auch modernen Identität zeigt sich auch im Bereich des Sports. Zwar stehen

die Golfstaaten für große, internationale Sport-events wie zum Beispiel die Formel 1 in Bahrain und Abu Dhabi. Zugleich werden jene Sportarten durch die Staaten gefördert, die seit jeher in den Golfstaaten ausgeübt beziehungsweise wieder eingeführt werden. Hierzu zählen insbesondere die Falknerei, die Jagd oder auch Kamel-Rennen. Der Falke ist ebenso wie das Kamel zu einem Nationalsymbol in den VAE geworden.<sup>26</sup> Auch hier, im Bereich des Sports, kann der Versuch beobachtet werden, Tradition und Moderne zu verbinden wie etwa bei Kamelrennen, bei denen „Roboter-Jockeys“ die Kamele steuern.<sup>27</sup>

### **Nationalfeiertage und militärisches Engagement**

Ein weiteres zentrales Element der Nationalisierungsprogramme am Golf sind Nationalfeiertage. Der saudische Nationalfeiertag wurde bereits 2005 eingeführt mit dem erklärten Ziel, die nationale Identität gegenüber tribalen Loyalitäten und transnationalem Islamismus zu stärken. Einen derartigen Tag zu feiern war in der Vergangenheit vom religiösen Establishment als unislamisch abgelehnt worden.<sup>28</sup> Heute werden Nationalfeiertage am Golf häufig genutzt, um militärische Stärke zu zeigen. Militärische Symbole, Paraden, Fahnen, Reden und entsprechende Kleidung spielen die zentrale Rolle. Auch jenseits dieser Nationalfeiertage wird das Militärische genutzt, beispielsweise durch die Einführung der Wehrpflicht in Kuwait, Katar und den VAE. Diese, in den Emiraten als „Nationaler Dienst“ bezeichnet, soll erklärtermaßen inneren Zusammenhalt und gemeinsame Identität stiften. Dies geschieht auch durch Abgrenzung gegenüber äußeren Gegnern, insbesondere gegenüber Iran. Das Land wird einerseits als regional intervenierende Kraft kritisiert. Zugleich lässt sich erkennen, dass einzelne Golfstaaten, insbesondere in der Corona-Pandemie, eine Entspannung im Verhältnis zum schiitisch geprägten Land anstreben. Identitätsbildung durch Abgrenzung gegenüber Iran könnte so künftig eine geringere Rolle spielen.

Die stärkere Nutzung nationaler Appelle im Bereich der Verteidigung sowie die militärische

Aufrüstung als Instrument auch der Nationsbildung ist ein jüngeres Phänomen in den Golfstaaten und führt zu Charakterisierungen wie *militarized nationalism*<sup>29</sup> und zu Warnungen, mit dieser Strategie werde die Polarisierung zwischen den Golfstaaten, insbesondere zwischen Katar und Saudi-Arabien sowie den VAE, zunehmen – zulasten einer geteilten Golf-Identität. Dabei gibt es durchaus Unterschiede zwischen den Golfstaaten in der Nutzung militärischer Symboliken. Kuwait und Oman gehen zurückhaltender damit um. Katar und die VAE jedoch haben jeweils ihre militärische Sichtbarkeit und die Nutzung des Militärischen für die Bildung des inneren Zusammenhalts verstärkt.<sup>30</sup> So ist beispielsweise das Tragen von Uniformen durch Kinder integraler Bestandteil des emiratischen Nationalfeiertags sowie des 2015 eingeführten Gedenktags für gefallene Soldaten geworden. An einigen Schulen ist das Tragen von Uniformen am Nationalfeiertag verpflichtend, in Kaufhäusern finden sich Kinderuniformen und Kleider in Camouflage. Moscheen, Straßen oder öffentliche Gebäude werden nach Soldaten benannt, die im Dienst gefallen sind.

### **Unter anderem haben neue Unsicherheiten dazu geführt, dass sich die Golfstaaten als Nationen neu definieren.**

---

Diese patriotische Atmosphäre hat sich beispielsweise auch zu Beginn der von Saudi-Arabien angeführten Jemen-Intervention gezeigt. Bürger wurden aufgefordert, für ihr Land zu kämpfen oder die Truppen zu unterstützen (z. B. durch die Social-Media-Kampagne „send your message to the troops“). Der Rückzug der emiratischen Truppen aus dem Jemen und deren Ankunft in den VAE wurde begleitet von Bildern einer großen, nationale Einheit repräsentierenden Militärparade, bei der Mohammad bin Zayed, Kronprinz von Abu Dhabi und Oberbefehlshaber der emiratischen Streitkräfte, die Soldaten empfing.<sup>31</sup>







Proiranische Huthi-Rebellen: Der Krieg im Jemen befeuerte die patriotische Atmosphäre in Ländern der Region.  
Quelle: © Khaled Abdullah, Reuters.



Während sich Saudi-Arabien und die VAE im Jemen-Krieg engagieren, entschied sich Oman aktiv gegen eine Beteiligung, was wiederum einen inneromanischen Solidarisierungseffekt hatte.<sup>32</sup> Die Entscheidung deckte sich mit dem klassischen nationalen Narrativ Omans als unabhängiger, friedlicher Staat, der sich in der Region als Mediator betätigt, nicht aber als intervenierende Kraft. Dabei ist Oman der Staat am Golf, der als geografische und kulturelle Entität seit Jahrtausenden bestanden hat und dessen Bürger sich seit Langem als Nation zusammengehörig fühlen. Nichtsdestotrotz wurde eine stärkere gesellschaftliche Integration und Nationsbildung ab den 1970er Jahren als wichtig erkannt und fiel zusammen mit dem Beginn der Herrschaft Sultan Qaboos. Vier Elemente der Nationsbildung können hier exemplifiziert werden – die Gründung der Sultan's Armed Forces (SAF), die Soldaten aus allen Regionen, Stämmen und gesellschaftlichen Gruppen rekrutierte und Bildungsfunktionen übernahm, die Gründung der Petroleum Development Oman, die wie SAF die Funktionen der gesellschaftlichen Integration sowie Bildung erfüllte, die Ausbildung handlungsfähiger staatlicher Institutionen sowie schließlich die Fokussierung auf die Person des Sultans selbst. Dieser wirkte als zentrale Integrationsfigur über Stämme, Religionszugehörigkeit und Geografie hinweg.<sup>33</sup>

### **Neben der Ablehnung einer religiösen Polarisierung, des Extremismus und des Konfessionalismus geht es darum, Weltoffenheit zu demonstrieren, die gerade für die Emirate essenziell ist.**

---

Hier wie auch in den VAE zeigt sich auch der Stellenwert religiöser Toleranz im Zusammenhang mit den Nationalisierungsprojekten. Beide Staaten verfolgen Strategien, die auf eine Vermeidung der Politisierung von und der Polarisierung durch Religion zielen – konkret im Oman

beispielsweise durch ein Religionsministerium (nicht Islamministerium), in den Emiraten durch das 2016 gegründete Ministerium für Toleranz oder das 2019 durchgeführte „Jahr der Toleranz“. Neben der Ablehnung einer religiösen Polarisierung, des Extremismus und des Konfessionalismus geht es hier auch darum, Weltoffenheit zu demonstrieren, die gerade für die Emirate als internationalem Hub essenziell ist.

### **„Hypernationalismus“ oder weltoffene Nationen?**

So reagieren die Golfstaaten mit ihren Nationalisierungsprojekten auf die Herausforderungen durch das absehbare Ende des Rentiermodells, der demografischen Entwicklung sowie der geostrategischen Lage. Letztere birgt Unsicherheitsfaktoren, die aus offenen Grenzen, fragmentierten Gesellschaften bei gleichzeitigem Mangel verbindender Identität sowie sektiererischen Bewegungen resultiert.<sup>34</sup>

Neue Unsicherheiten angesichts transnationaler islamistischer Netzwerke, die die Legitimität der Regierungen am Golf sowie das Lebensmodell in Zweifel ziehen, die Furcht vor dem Einfluss Irans und sektiererischer Spaltungen sowie hoher Reformdruck und hohes Reformtempo haben dazu geführt, dass sich die Golfstaaten als Nationen neu definieren beziehungsweise Geschichte, Kultur, Zukunftsvisionen – das Eigene – stärker betonen. Handelt es sich hier um „Hypernationalismus“ oder *militarized nationalism*, der sich im Inneren gegen Aktivisten, Akademiker, Influencer und öffentliche Persönlichkeiten richtet sowie eine Gefahr für die Nachbarstaaten darstellt? Die Kritik beispielsweise mit Blick auf Saudi-Arabien lautet, dass, nachdem die Macht der Religiösen schwindet, die Macht der „Hypernationalisten“ zunimmt. Sie wachen über den öffentlichen Raum hinaus – insbesondere auch darüber, was in Sozialen Medien sagbar ist. Sie seien es, die die neuen roten Linien ziehen.<sup>35</sup> Eine aggressive „with us or against us“-Mentalität breite sich aus.<sup>36</sup> Die stärkere Betonung militärischer Macht etwa in den VAE wird als Gefahr eines *militarized nationalism* kritisiert. Zugleich lassen sich in allen Golfstaaten sowohl rhetorisch als auch

faktisch Nationalisierungsprojekte studieren, in denen sowohl Geschichte, Kultur und Erfolge als auch Reformen, Modernisierung, Toleranz, Pluralismus und Weltoffenheit kombiniert werden. Das mag als Lippenbekenntnis oder notwendige Voraussetzung des Geschäftsmodells der Golfstaaten abgetan werden. Es konterkariert jedenfalls die These eines reinen „Hypernationalismus“ oder *militarized nationalism*. Für westliche Staaten, die eine freiheitliche und inklusive Grundordnung favorisieren, ergibt sich, dass ihnen beim Umgang mit den Golfstaaten Respekt vor Traditionen und Kultur abverlangt wird. Zugleich ergeben sich beim Blick auf die Kombination von Nationalisierung und Weltoffenheit sowie wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Reformen Potenziale des Voneinander-Lernens und des gegenseitigen Austauschs.

---

**Fabian Blumberg** ist Leiter des Regionalprogramms Golf-Staaten der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Amman.

*Der Autor dankt Philipp Bernhard, Gulf Analysis Intern im Regionalprogramm Golf-Staaten der Konrad-Adenauer-Stiftung, für wichtige Recherchen.*

- 1 Zitiert nach Zacharias, Anna 2018: Emirati children go on the march to report for National Day duty, The National, 29.11.2018, in: <https://bit.ly/2ygfVFN> [27.04.2020].
- 2 Alhusein, Eman 2019: Saudi First: How hypernationalism is transforming Saudi Arabia, European Council on Foreign Relations (ECFR), 06/2019, S. 3, in: <https://bit.ly/3aWga60> [27.04.2020].
- 3 Ebd.
- 4 Kinninmont, Jane 2015: Future Trends in the Gulf, The Royal Institute of International Affairs, Chatham House, 02/2015, in: <https://bit.ly/3aYQm9d> [27.04.2020].
- 5 Zitiert nach Koelbl, Susanne 2019: Zwölf Wochen in Riad. Saudi-Arabien zwischen Diktatur und Aufbruch, München, S. 19.
- 6 IMF Data 2019: Breakeven Oil Prices, 05/2019, in: <https://bit.ly/3faC88C> [27.04.2020]; Mogielnicki, Robert 2019: Year-on-Year Deficits brewing in Gulf economies, The Arab Gulf States Institute in Washington (AGSIW), 01.04.2019, in: <https://bit.ly/2yhWqN4> [27.04.2020].
- 7 Hvidt, Martin 2018: The demographic time bomb: How the Arab Gulf countries could cope with growing number of youngsters entering the job market, Syddansk Universitet, in: <https://bit.ly/3c1dR2N> [27.04.2020].
- 8 Ebd.
- 9 In 2017 lag die Arbeitslosenquote von Jugendlichen mit tertiärer Bildung bei 50 Prozent in Saudi-Arabien, bei 39 Prozent in Katar, bei 33 Prozent in den VAE und lediglich im Oman bei 3,8 Prozent. Die Erwerbsbeteiligungsquoten von Frauen sind im internationalen Vergleich sehr niedrig, zugleich bilden Frauen einen Großteil der Studenten. Farasin, Fadi/Battaloglu, Cihat 2017: Unleashing Small-to-Medium Enterprises in the Gulf States, Oxford Gulf & Arabian Peninsula Studies Forum, S. 9–13, in: <https://bit.ly/2yhbACh> [01.03.2020]; Internationale Arbeitsorganisation (IAO) 2018: World Employment Social Outlook. Trends 2018, in: <https://bit.ly/3dbxTb6> [27.04.2020].
- 10 Hvidt, Martin 2019: Development Plans and Visions in the Arab Gulf countries. What is the likelihood that they will be implemented?, Syddansk Universitet, 01/2019, in: <https://bit.ly/3d9l3tO> [27.04.2020].
- 11 Königreich Saudi-Arabien 2016: KSA Vision 2030 – Strategic Objectives and Vision Realization Programs, in: <https://bit.ly/2KZgjes> [27.04.2020].
- 12 Al-Jazeera 2018: Saudi Arabia's first cinema in decades to open on April 18, 05.04.2018, in: <http://aje.io/kc4db> [27.04.2020]; United Nations News 2019: Steps taken to end Saudi 'guardianship' system for women, 'encouraging' start, 08.08.2019, in: <https://news.un.org/en/story/2019/08/1043941> [27.04.2020]; BBC News 2018: Saudi Arabia's ban on women driving officially ends, 24.06.2018, in: <https://bbc.in/3fjPMGr> [27.04.2020].
- 13 Alhusein 2019, N. 2, S. 6.
- 14 Vereinigte Arabische Emirate: UAE Vision 2021. National Agenda 2021, in: <https://bit.ly/2W2NG6p> [27.04.2020].

- 15 Königreich Saudi-Arabien 2016, N.11.
- 16 Thompson, Mark C. 2019: Being Young, Male and Saudi. Identity and Politics in a Globalized Kingdom, Cambridge, S.17–56.
- 17 Arab News 2017: A year after curbing its power, the Saudi religious police is deemed redundant by many, 01.04.2017, in: <https://arabnews.com/node/1076321> [27.04.2020].
- 18 Bohl, Ryan 2019: Saudi Arabia's Hyper-Nationalism Is Here To Stay, The National Interest, 18.08.2019, in: <https://bit.ly/2Yw4IeP> [27.04.2020].
- 19 Alhoussein 2019, N. 2, S. 7.
- 20 Abu Dhabi Culture & Tourism: Qasr al Hosn festival, in: <https://bit.ly/3d867w6> [08.02.2020]; Government of Dubai: SIKKA Art Fair, in: <https://bit.ly/2VZXQ7F> [27.04.2020]; Stamp, Elizabeth 2018: Jean Nouvel's National Museum of Qatar Unveils New Images as It Nears Completion, Architectural Digest, 01.05.2018, in: <https://bit.ly/2zZTvsV> [27.04.2020]; Dennehy, John 2019: New video shows progress on Abu Dhabi's stunning Zayed National Museum, The National, 19.11.2019, in: <https://bit.ly/2z5NhqL> [27.04.2020]; Derbal, Nora 2019: Intellektuelle üben den Spagat, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.07.2019, in: <https://faz.net/-gqz-9osd2> [04.05.2020]; Red Sea Filmfestival 2020, in: <https://redseafilmfest.com> [27.04.2020].
- 21 Perteghella, Annalisa 2019: Saudi Arabia's New Urbanism: Which Vision?, ISPI, 16.05.2019, in: <https://bit.ly/3faTvpQ> [27.04.2020].
- 22 Qassemi, Sultan Al 2016: The Gulf States' National Museums, Oxford Gulf & Arabian Peninsula Studies Forum: Gulf Affairs. Identity & Culture, S. 30 f., in: <https://bit.ly/2Wqx1Zj> [27.04.2020].
- 23 Exell, Karen 2018: The State and Museums in the Arabian Peninsula: Defining the Nation in the 21<sup>st</sup> Century, LSE, 14.12.2018, in: <https://bit.ly/2ygrTPK> [27.04.2020].
- 24 Louvre Abu Dhabi: Our Story, in: <https://bit.ly/2W3DXwO> [27.04.2020].
- 25 Marhaba 2017: HH the Emir of Qatar Visits the National Museum of Qatar Site, 21.06. 2017, in: <https://bit.ly/3b0m4mD> [10.02.2020].
- 26 Koch, Natalie 2018: Sports and Heritage in the UAE, LSE, 15.12.2018, in: <https://bit.ly/2W45EFL> [27.04.2020].
- 27 CNN 2015: Camel racing with robotic jockeys in Dubai, in: <https://youtu.be/GVeVhWXB7sk> [27.04.2020].
- 28 Kinnimont, Jane 2017: Vision 2030 and Saudi Arabia's Social Contract, Research Paper, Chatham House, 07/2017, S. 23, in: <https://bit.ly/3b1wBxR> [27.04.2020].
- 29 Ardemagni, Eleonora 2019: Gulf Monarchies' Militarized Nationalism, Carnegie, 28.02.2019, in: <https://carnegieendowment.org/sada/78472> [27.04.2020].
- 30 Ebd.
- 31 Siehe z. B. Dubai Media Office, Tweet vom 09.02.2020, in: <https://t.co/EKG6wNjql3> [26.05.2020].
- 32 AGSIW 2016: Gulf Societies in Transition: National Identity and National Projects in the Arab Gulf States, Workshop Report, 10.06.2016, S. 4, in: <https://bit.ly/2W2UEs5> [27.04.2020].
- 33 Peterson, John E. 2019: Oman: A State Elaborating a Nation, ISPI, 16.05.2019, in: <https://bit.ly/3fhCB90> [27.04.2020].
- 34 AGSIW 2016, N. 32, S. 3.
- 35 Benner, Katie / Mazzetti, Mark / Hubbard, Ben / Isaac, Mike 2018: Saudis' Image Makers: A Troll Army and a Twitter Insider, The New York Times, 20.10.2018, in: <https://nyti.ms/2yrgdcH> [27.04.2020].
- 36 England, Andrew / Omran, Ahmed Al 2019: Nationalism on the rise as Saudi Arabia seeks sense of identity, in: Financial Times, 07.05.2019, in: <https://on.ft.com/3ce9G3G> [27.04.2020].



Quelle: © Eric Gaillard, Reuters.

[Weitere Themen](#)

# Die Lage im Sahel

Konsequenzen für das internationale Engagement

Thomas Schiller

Die Sahelregion steht nunmehr seit mehreren Jahren im Fokus der europäischen und deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Trotz eines erheblichen Engagements der internationalen Staatengemeinschaft seit der erfolgreichen französischen Militäroperation Serval gegen terroristische Gruppen in Mali im Januar 2013 hat sich die Sicherheitslage jedes Jahr weiter verschlechtert. Nicht allein dschihadistische Vereinigungen wie GSIM und EIGS<sup>1</sup> tragen zu dieser instabilen Lage bei, sondern auch lokal geprägte, in Teilen ethnische Konflikte, bewaffnete Milizen und organisierte Kriminalität. Was sind die Hintergründe dieser sich verschärfenden Lage und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die europäische und deutsche Unterstützung der Sahelstaaten<sup>2</sup>?

---

### Die Lage

Die Zahlen sind eindeutig: In fünf Jahren, von 2014 bis 2019, verzeichnen die Daten von ACLED, einer auf die Analyse von Konflikten spezialisierten NGO, einen drastischen Anstieg politischer Gewalt im Sahel. Allein zwischen 2018 und 2019 hat sich die Opferzahl in der Region auf über 5.360 verdoppelt.<sup>3</sup> Und dies sind nur die bekannten und – soweit dies in der Region überhaupt möglich ist – bestätigten Opfer. Aus Gesprächen mit Flüchtlingen aus dem Zentrum Malis oder mit lokalen Politikern der Region Tillabéri in Niger ergibt sich die begründete Vermutung, dass die direkten und indirekten Opferzahlen der Gewalt im Sahel noch höher sein dürften.<sup>4</sup> Hauptbetroffene der instabilen Lage sind Zivilisten, direkte Opfer von Angriffen auf Dörfer, zur Flucht Gezwungene oder ihrer Lebensgrundlagen Beraubte. Bauern können ihre Felder nicht mehr bestellen, Viehzüchter verlieren ihre Herden durch Raub oder zumindest Teile davon als „Abgaben“ an bewaffnete Gruppen. Indirekt führt die Unsicherheit dazu, dass Märkte nicht mehr öffnen bzw. viele Menschen diese nicht mehr erreichen können. Durch die Schließung zahlreicher Schulen in den betroffenen Regionen erodiert selbst die ohnehin schwache Basis für Bildung und Ausbildung.

Nicht allein die Zivilbevölkerung ist betroffen, sondern vor allem auch die Sicherheitskräfte der Staaten sind direkte Ziele der terroristischen Gruppen. Deren Ziel ist die Schaffung staatsfreier Räume und die Errichtung eigener, parastaatlicher Strukturen. In vielen Regionen gibt es entweder überhaupt keine oder nur noch eine geringe, auf einige zurückgezogene Posten beschränkte Präsenz der Sicherheitskräfte. Die Opferzahlen in den Reihen von Armee, Gendarmerie und Polizei sind hoch. Ein Beispiel aus Mali: Allein die Attacke auf das Militärcamp im nordöstlichen Indelimane Anfang November 2019 kostete mindestens 49 Soldaten das Leben. Nach Einschätzung von Sicherheitsexperten sind die Verlusten der malischen Armee, im Verhältnis zu den sich im Feld befindlichen Streitkräften, extrem hoch. Die Attacken auf Militärcamps und Polizeistationen in Burkina Faso, Mali und Niger in 2019 (unter anderem In-Atès, Chinégodar, Indelimane) haben nicht allein gezeigt, dass terroristische Gruppen in der Lage sind, komplexe und aufwendige Angriffe durchzuführen, sondern leider auch, dass die Streitkräfte der Region selbst unfähig sind, befestigte Stellungen ausreichend zu sichern und zu verteidigen. Insbesondere die Streitkräfte Malis und Burkina Fasos sind in einem beklagenswerten Zustand, und dies trotz massiver Unterstützung vor allem der malischen Sicherheitskräfte seit mehreren Jahren.



Weite Gebiete der Staaten Burkina Faso, Mali und Niger sind längst nicht mehr unter der Kontrolle des Staates. Dies betrifft unter anderem den Norden und das Zentrum Malis, den Norden und Osten Burkina Fasos sowie den Nordwesten Nigers. In diesen Regionen haben sich terroristische Gruppen festgesetzt, aber auch Selbstverteidigungsmilizen haben sich gebildet, oftmals auf ethnischer Basis. Diese Milizen, wie z.B. die sogenannten Koglweogo in Burkina Faso, sind oftmals lokal stark verankert und ersetzen den Staat. Die Selbstverteidigungsgruppen richten sich entweder gegen die Bedrohung durch Terroristen oder existieren – wie die Koglweogo – schon seit Längerem zur Herstellung von Ordnung und Recht gegenüber Kriminellen in Regionen, in denen der Staat nicht präsent ist oder als unfähig gilt. Beispielhaft für diese Entwicklung steht auch die Miliz der Volksgruppe der Dogon, Dan Na Ambassadorou, im Zentrum Malis. Dieser Miliz werden Übergriffe gegen die Volksgruppe der Peul<sup>5</sup> vorgeworfen, die sich selbst jedoch als Schutzmacht der Dogonbevölkerung gegen die terroristischen Gruppen und andere Banditen sieht. Ein Beschluss der malischen Regierung zur Auflösung der Dogonmiliz nach dem Massaker im zentralmalischen Dorf Ogossagou verpuffte wirkungslos, hat die Regierung doch keine Möglichkeiten und – nach Auffassung einiger Beobachter – auch nicht den Willen, die Auflösung durchzusetzen.<sup>6</sup>

### **Die Verschärfung der Situation ergibt sich auch durch die zunehmende Waffenverbreitung, die Perspektivlosigkeit und das Aufbrechen traditioneller Führungsstrukturen.**

Seit mehreren Jahren haben sich vor diesem Hintergrund lokale und ethnische Konflikte weiter verschärft und verkomplizieren die Situation zunehmend. Viele dieser lokalen Konflikte bestehen seit Langem – unterschwellig oder offen. Allerdings konnten in früheren Jahren Konflikte

oftmals durch lokale Autoritäten eingegrenzt werden. Die aktuelle Verschärfung ergibt sich durch die Instrumentalisierung dieser Konflikte durch bewaffnete Gruppen – nicht allein Terroristen – und teilweise auch seitens des Staates sowie durch die zunehmende Verbreitung von Waffen, die Auswirkungen des demografischen Wachstums, der damit verbundenen Perspektivlosigkeit junger Menschen sowie das Aufbrechen traditioneller Führungsstrukturen. Gerade Letzteres spielt eine nicht unerhebliche Rolle bei der zunehmenden Gewalt. Lokale, traditionelle Autoritäten wie Dorfchefs und religiöse Führer werden entweder nicht länger akzeptiert oder sind Ziel der terroristischen Gruppen. Mit dieser Entwicklung bricht ein weiterer Stabilitätsfaktor in vielen Gebieten weg.

Ein hochkomplexes und überaus gefährliches Problem entsteht durch die Beteiligung von Mitgliedern der Volksgruppe der Peul in einer Vielzahl terroristischer Gruppen. Diese Volksgruppe lebt in Westafrika von Guinea und Senegal im Westen bis hin nach Nigeria und dem Tschad. Viele Peul sind traditionell Viehzüchter und treiben teilweise bis heute ihre Rinderherden über tausende Kilometer durch Westafrika. Der aktuell prominenteste Peul dürfte wohl Amadou Koufa, Gründer der Katiba Macina im Zentrum Malis, sein.<sup>7</sup> Amadou Koufa ist mittlerweile einer der prominentesten Führer der al-Qaidanahen Gruppierung GSIM. Für viele Menschen in der Region sind damit die Peul Verbündete der Terroristen. Ein gefährliches Amalgam, wird damit doch eine gesamte Volksgruppe unter den Generalverdacht der Sympathie mit terroristischen Gruppen gestellt, was mit Blick auf ihre Siedlungsgebiete in ganz Westafrika ethnische Konflikte weiter befeuern könnte. Leider findet diese Verallgemeinerung mit Blick auf die Peul auch in Europa Glauben.<sup>8</sup>

Die Bedeutung der lokalen Konflikte kann für den Umfang der Instabilität in der Region nicht überschätzt werden. Viele terroristische Gruppen nutzen diese Konflikte geschickt aus. Durch die Abwesenheit des Staates oder den schlechten Ruf, den dieser genießt, stellen sie sich – oder andere Milizen – als verlässliche Ordnungshüter



dar. Die Abwesenheit des Staates in vielen Regionen ist jedoch kein neues Phänomen. Seit ihrer Unabhängigkeit ist es den meisten Sahelstaaten nie gelungen, die volle Kontrolle über ihr Territorium auch wirklich auszuüben und ihre staatliche Präsenz überall zu verstetigen. Mit Blick auf die riesigen Räume, die defizitäre Infrastruktur und die geringen Ressourcen dieser Staaten ist dies auch nicht verwunderlich. Spätestens seit dem Beinahezusammenbruch Malis 2012/2013 und dem Sturz des langjährigen Staatschefs Blaise Compaoré in Burkina Faso 2014 hat sich dieser Kontrollverlust weiter verstärkt.

Die Ursachen der aktuellen Krise des Sahel reichen also weit zurück und haben viel mit der Fragilität der Staaten der Region zu tun. Die prekäre Sicherheitslage ist keineswegs eine bloße Konsequenz der Aktivitäten terroristischer Gruppen. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass einerseits die meisten ursprünglichen Anführer der dschihadis-

tischen Gruppen ursprünglich aus dem Norden – aus dem damaligen Bürgerkriegsland Algerien – nach Nordmali ausgewichen sind und andererseits der Zusammenbruch Libyens nach dem Sturz des langjährigen Diktators Gaddafi 2011 eine wesentliche Rolle beim Aufbau und der Bewaffnung der zahlreichen militanten Gruppen im Norden Malis 2012 gespielt hat. Diese Kombination aus externen und internen Faktoren hat das Pulverfass Sahel explodieren lassen.

Die Internationale Gemeinschaft ist spätestens seit 2013 in erheblichem Umfang in der Region engagiert. Nachdem 2012 terroristische Gruppen die Separatistenmilizen einiger Tuareg-Gruppen beiseitegeschoben hatten und im Norden Malis, in Timbuktu und Gao, ihre Herrschaft etablieren konnten, kam es in Malis Hauptstadt Bamako zu einem Putsch der Armee. Es folgte eine chaotische Situation in einem ohnehin schwachen Staat. Die Entscheidung



Fragile Staaten, Unterentwicklung, riesige Räume:  
Vielen Experten ist seit Langem klar, dass die  
Instabilität den gesamten Sahelraum betrifft.  
Quelle: © Yves Herman, Reuters.

Entwicklungszusammenarbeit für den Sahel ausgeweitet. Deutschland beteiligte sich – zum ersten Mal in Westafrika – in erheblichem Umfang, sowohl bei der EUTM als auch bei der MINUSMA.

### **Der nahezu ausschließliche Fokus der internationalen Gemeinschaft auf Mali entspricht nicht der Realität einer Region, in der Grenzen wenig bedeuten.**

---

des französischen Staatspräsidenten François Hollande, den drohenden Vormarsch terroristischer Gruppen aus dem Norden Malis Richtung Süden mit dem Einsatz eigener Truppen zu verhindern, führte im Januar 2013 zur erfolgreichen Operation Serval. In der Folge versuchte die internationale Staatengemeinschaft den als innermalischen Nord-Süd-Konflikt begriffenen Ursprung der Krise diplomatisch durch das im Jahr 2015 unterzeichnete Abkommen von Algier zu lösen. Zugleich wurden der Kampf gegen die terroristischen Gruppen durch Frankreich nahtlos mit der Operation Barkhane fortgeführt, eine VN-Mission zur Umsetzung des Friedensabkommens und zur Stabilisierung Malis (MINUSMA) geschaffen und mit der European Union Training Mission Mali (EUTM), der EU Capacity Building Mission (EUCAP) Sahel Mali und EUCAP Sahel Niger Trainings- und Beratungsmissionen zur Stärkung der Sicherheitskräfte aufgesetzt. Parallel dazu wurde die

Der Fokus der internationalen Gemeinschaft war sehr klar und nahezu ausschließlich auf Mali gerichtet. Einzig die französische Anti-terroroperation Barkhane hatte immer schon einen sahelweiten Ansatz. Auch die deutsche Öffentlichkeit nahm und nimmt bis heute den Konflikt in der Sahelzone als Einsatz in Mali wahr. Mag dies mit Blick auf die auf Mali beschränkte Beteiligung der Bundeswehr in den beiden Missionen EUTM und MINUSMA begründet erscheinen, so entspricht es nicht der Realität in einer Region, in der Grenzen wenig bedeuten.

Dieser enge Blick auf Mali erstaunt umso mehr, als bereits 2014 die Staaten Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad das Staatenbündnis G5 Sahel ins Leben riefen. Das erklärte Ziel war die Stärkung von Entwicklung und Sicherheit in der Region. 2015, im Zuge der Migrationskrise und den Bildern von illegalen Migranten an den Stränden des Mittelmeers in Libyen, rückte Niger als Drehkreuz der sogenannten zentralen Mittelmeerroute in den Blickpunkt, auch in Deutschland. Aber noch bis vor Kurzem wurde vor allem in der Wahrnehmung in Deutschland das



Engagement in Mali und Niger als quasi komplett voneinander getrennt betrachtet – hier Stabilisierung und Antiterrorkampf, dort Entwicklung und Management der illegalen Migrationsströme. Vielen Kennern der Region war jedoch mit Blick auf die Fragilität der Staaten, die Unterentwicklung und die riesigen Räume seit Langem klar, dass die Instabilität den gesamten Sahelraum betrifft. Heute stehen vor allem die drei Staaten des zentralen Sahel – Burkina Faso, Mali und Niger – insgesamt vor einer desaströsen Situation.

### **Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen?**

Der Fokus der internationalen Gemeinschaft auf den Terror bzw. die terroristischen Gruppen trifft also nur einen Teil des Problems der Instabilität in der Region, gewissermaßen mehr eines von vielen Symptomen als die Ursache. Der französische Experte Mathieu Pellerin bringt die aktuelle Lage mit Blick auf die sogenannten dschihadistischen Gruppen auf den Punkt: Der Dschihadismus im Sahel sei vor allem *glocal* und müsse verstanden werden „[...] nicht prioritär als eine gleichförmige Bewegung religiöser Natur, sondern als Agglomeration lokaler aufständischer Brennpunkte, die sich aus teilweise sehr alten gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen Spaltungen speisen“.<sup>9</sup>

Die Konflikte in der Sahelregion lassen sich daher nicht auf einen simplen Antiterrorkampf reduzieren. Bei der Lösung des Problems kann daher, um nur ein Element der klassischen Strategie gegen religiös motivierten Terror zu nennen, eine Deradikalisierung von Terroristen oder Sympathisanten nur ein sehr kleiner Bestandteil sein. Denn nahezu alle Experten sind sich einig: Der religiöse Faktor spielt im Sahel nicht die zentrale Rolle im Zulauf der terroristischen Gruppen. Islamischer Fanatismus mag bei einigen Rekruten eine Rolle spielen, insbesondere bei den Führungskadern, aber nur eine untergeordnete Rolle bei der Masse der Angehörigen von GSIM oder EIGS.<sup>10</sup> Häufig wird nicht nur bei der Rekrutierung von Terroristen die Vielschichtigkeit der Motivationslagen übersehen. Gleiches gilt auch für die lokalen Konflikte, die oftmals allzu sehr vereinfacht werden.

So trifft beispielsweise der vielfach beschriebene Konflikt zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern in diesem schematischen Kain-und-Abel-Bild gar nicht zu. Im Nordwesten Nigers, um nur ein Beispiel zu nennen, stehen sich – auch dies eine Vereinfachung! – mit Tuareg und Peul zwei traditionelle Viehzüchtergruppen gegenüber. Unterschätzt wird zudem häufig das Konfliktpotenzial, das durch die Usurpation (aus Sicht der Betroffenen) von Land durch reiche Malier oder Nigrer auf dem Weg des modernen, staatlichen Grundrechts erfolgt. In Burkina Faso wiederum sind die Beamten der Wasser- und Wälderbehörde Corps des Eaux et Forêts in vielen Regionen geradezu verhasst, da sie traditionelle Jäger bestrafen und als hochkorrupte Vertreter eines für die Landbevölkerung unverständlichen staatlichen Umweltschutzsystems gelten.<sup>11</sup>

Diese Komplexität der Lage wird, so scheint es, auch heute noch nicht wirklich erkannt. Die größte Bedrohung der Sicherheit geht zwar aktuell zweifellos von den terroristischen Gruppierungen aus, aber die größte Bedrohung der Stabilität in der Region bleiben die fragilen staatlichen Strukturen – verbunden mit Armut und Perspektivlosigkeit einer extrem jungen und weiter wachsenden Bevölkerung.

### **Die Abwesenheit bzw. Schwäche der staatlichen Strukturen hat Folgen, die den staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt dieser Staaten infrage stellen.**

---

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich das internationale militärische und politische Engagement entweder auf die Bekämpfung des Symptoms Terrorismus oder versucht die Leere, die die Staaten in vielen Bereichen lassen, zu füllen. Aber weder kann die Operation Barkhane langfristig die nationalstaatlichen Sicherheitskräfte ersetzen noch können beispielsweise internationale Akteure wie die MINUSMA auf

Dauer die Funktionen übernehmen, die vor allem die Staaten der Region selbst ausfüllen müssen. Die mit Beginn des internationalen Engagements 2013 gehegte Hoffnung, die Staaten der Region – unterstützt und geschützt durch die internationale Gemeinschaft – könnten schrittweise ihre zentralen Aufgaben selbst übernehmen, erwies sich als Illusion. Die Analyse des französischen Generalstabschefs François Lecointre mit Blick auf Mali fasst dies gut zusammen: „Unser Optimismus wurde enttäuscht und Barkhane wurde nicht begleitet durch eine Rückkehr des Staatsapparats und der Erneuerung der Streitkräfte, vor allem der malischen. Zudem fand die konkrete Umsetzung des Friedens- und Ausöhnungsabkommens nicht statt, das Chaos in Gebieten wie in Azawad oder Liptako bleibt bestehen, wo die Präsenz des Staates, wenn sie aufrechterhalten wurde, nicht akzeptiert, ja sogar bekämpft wurde.“<sup>12</sup>

Die Analyse der Experten ist nahezu einheitlich: Das zentrale Problem sind die staatlichen Strukturen der Region, d.h. ihre komplette Abwesenheit bzw. ihre Schwäche sowie ihre Wahrnehmung als korrupt und ineffizient. Dies hat Folgen, die weit über die problematische Sicherheitslage hinausreichen und den staatlichen und auch gesellschaftlichen Zusammenhalt dieser Staaten insgesamt infrage stellen. Denn selbst in relativ sicheren und noch stabilen Regionen, wie zum Beispiel im Westen Malis, ist die Autorität des Staates gering. So berichtete ein malischer Präfekt, dass er während seiner Arbeit in der Region Kayes kaum Respekt seitens der Bevölkerung genossen habe. Ein Grund hierfür sei unter anderem die Tatsache, dass die geringen staatlichen Ressourcen, die er mobilisieren konnte, im Vergleich zu den Rücküberweisungen von Auslandsmaliern an ihre Dörfer in dieser traditionellen Auswanderungsregion derart gering seien, dass niemand auf die Idee käme, etwas vom malischen Staat zu erwarten.<sup>13</sup>

### „More of the same“ oder Neustart des internationalen Engagements?

Bisher setzt die internationale Staatengemeinschaft im Wesentlichen auf drei Lösungsansätze –

militärische Terrorismusbekämpfung, Ausbildung der lokalen Sicherheitskräfte und klassische Entwicklungszusammenarbeit. Kurz zusammengefasst könnte man die Logik des bisherigen Engagements so beschreiben: Die internationalen Truppen wie Barkhane oder MINUSMA sollen den Staaten der Region den Zeitraum verschaffen, den sie für die Stärkung ihrer eigenen Kräfte brauchen. Hierfür erhalten sie Ausbildungshilfe und Materialunterstützung unter anderem durch die EUTM. Parallel dazu soll die zivile Entwicklungszusammenarbeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und ökonomische Perspektiven schaffen.

### Die Zustimmung in der malischen Bevölkerung zum internationalen Engagement erodiert.

---

Dieser Dreiklang – Stabilisierung durch internationale Truppen, Ausbildungs- und Materialhilfe, Entwicklungszusammenarbeit – hat bisher, analog zum vergleichbaren Ansatz in Afghanistan, keine nachhaltigen Effekte gezeitigt. Ganz im Gegenteil: Insbesondere die Eliten in Mali haben bisher nur sehr geringe Anstrengungen unternommen, um den nach dieser Logik vorgesehenen Aufbau eigener Fähigkeiten bei den Sicherheitskräften entschieden voranzutreiben. Stattdessen verlässt man sich darauf, dass beispielsweise die MINUSMA wie selbstverständlich nationale Wahlen absichert oder malische Politiker sicher von A nach B transportiert. Währenddessen erodiert die Zustimmung in der Bevölkerung zum internationalen Engagement. Vor allem Frankreich, aber auch die MINUSMA stehen in der gesamten Sahelregion in der Kritik. Gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich hat sich mittlerweile eine regelrechte Ablehnung bis hin in die Kreise der Eliten entwickelt. Es kursieren Verschwörungstheorien, die Frankreich unterstellen, im eigenen Interesse die terroristischen Gruppen in der Region am Leben zu erhalten. Wie sonst könnte es denn sein, dass diese von der französischen Armee nicht schon längst zerschlagen seien?<sup>14</sup>



Aber was ist die Alternative zum bisherigen Vorgehen? Das bisherige, erhebliche entwicklungs- und sicherheitspolitische Engagement der internationalen Gemeinschaft ist im Grundsatz keineswegs fehlgeleitet. Was aber fehlt, ist eine klare Ausrichtung auf die wesentlichen Faktoren, die für eine Stabilisierung der Region zentral sind. Diese sind vor allem die Kernfunktionen der Staaten der Region. Eine Neuausrichtung des internationalen Engagements bedeutet daher in erster Linie eine deutlichere Prioritätensetzung, das Einfordern von mehr Engagement auf der

Partnerseite und eine Effizienzsteigerung in den militärischen Unterstützungsmaßnahmen.

1. Zahlreiche Experten sind der Auffassung, dass die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zuvörderst auf die Kernfunktionen des Staates konzentriert werden sollten.<sup>15</sup> Hierzu gehört die verbesserte Unterstützung nicht nur der Streit- und Sicherheitskräfte der Region, sondern aller Kernfunktionen, d. h. Justizwesen, Bildungssektor, Territorialverwaltung, Gesundheits-



Wie geht es weiter? Das Engagement der internationalen Gemeinschaft ist im Grundsatz keineswegs fehlgeleitet. Was aber fehlt, ist eine klare Ausrichtung. [Quelle: © Sylvain Liechi, Reuters.](#)

wesen und die zentralstaatlichen Institutionen. Hinzu kommt, dass die Staaten des Sahel, auch mit dem besten Willen und bei bester Nutzung ihrer Ressourcen, nicht gleichzeitig ihre Ausgaben für ihren Sicherheitsapparat ausweiten und zeitgleich die dringend benötigten Aufwendungen für Bildung oder Verwaltung leisten können. Es handelt sich um einige der ärmsten Staaten der Welt. Auch hier muss die internationale Unterstützung ansetzen. Zu den defizitären Kernfunktionen des Staates treten die erwähnte unzureichende Infrastruktur und die riesigen geografischen Räume. Eine wirkliche Kontrolle des Staatsterritoriums kann nur erfolgen, wenn die Infrastruktur (vor allem Straßen) dies ermöglicht. Auch hier kann die Staatengemeinschaft unterstützen. Sollten die von der internationalen Staatengemeinschaft angekündigten erheblichen Mittel jedoch nicht wirklich konzentriert eingesetzt werden, sondern sich in einer Vielzahl gleichberechtigter Prioritäten verzetteln, wird damit kaum ein durchschlagender Erfolg erzielt werden.<sup>16</sup>

2. Einhergehen sollte eine gezieltere Unterstützung der Staaten mit der klaren Formulierung von Zielen nach der Devise des Förderns und Forderns. Es sollte beispielsweise nicht länger toleriert werden, dass die malischen Streitkräfte bis heute – trotz wiederholter Forderungen der internationalen Gemeinschaft – nicht über ein Personalmanagementsystem verfügen, das diesen Namen verdient. Unter den aktuellen Umständen kann niemand in Bamako verlässlich sagen, wie hoch die Zahl der malischen Soldaten eigentlich ist, wer in welchen Einheiten dient oder wo. Wie unter diesen Voraussetzungen Ausbildungsprogramme für die malischen Streitkräfte effektive Resultate erzielen sollen, ist rätselhaft. Auch auf der Einnahmenseite sollten die Staaten in die Pflicht genommen werden. Der Vorsitzende des malischen Unternehmerverbands wies jüngst in drastischen Worten auf die äußerst geringen Zolleinnahmen des Landes hin – als ein Beispiel für die von

Korruption und Vetternwirtschaft geprägte Importwirtschaft und die fehlenden Potenziale des malischen Staates, die eigenen Einkünfte zu erhöhen.<sup>17</sup>

3. Darüber hinaus besteht Verbesserungsbedarf in den aktuellen Ansätzen militärischer Unterstützung. So würde beispielsweise mehr Kontinuität in der Präsenz der Führungsebene und der Trainer der EUTM zu einer Verbesserung der Ausbildung sicherlich beitragen. Die aktuelle Rotation, selbst unter der Leitung der EUTM nach nur sechs Monaten, ermöglicht es allein zeitlich nicht, belastbare Beziehungen aufzubauen, Landkenntnis zu erwerben und Projekte zu verstetigen. Ein positives Beispiel bietet demgegenüber die deutsche Ertüchtigungsinitiative. Sowohl Bedarfe wie auch die Projekte selbst werden zusammen mit den lokalen Partnern in den Streitkräften ermittelt und konkretisiert. Es entsteht eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, die jeweiligen Akteure kennen sich.

Mit Blick auf die dramatische Lage im Sahel bleibt das internationale Engagement in der Region aktuell unverzichtbar. Jedoch wird sich die internationale Staatengemeinschaft auf Dauer nicht an die Stelle der Staaten der Region setzen können. Diese müssen, je früher desto besser, ihre Kernfunktionen zumindest in großen Teilen selbst übernehmen können: Das Ziel kann daher nur die Stärkung der Staaten der Region in ihren wirklichen Kernfunktionen sein, verbunden mit Hilfen für den Infrastrukturausbau. Dies sollte nicht allein durch Unterstützung in Schwerpunktbereichen wie Sicherheit und Verwaltung, sondern auch mit Blick auf die bekannten *Governance*-Probleme, durch Konditionierung erfolgen.

---

**Thomas Schiller** ist Leiter des Regionalprogramms Sahel der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Bamako.

- 1 GSIM (Groupe de Soutien à l'islam et aux musulmans) ist ein al-Qaida-naher Verbund mehrerer Terrorgruppen. EIGS steht für Etat Islamique dans le Grand Sahara, eine sich zum sogenannten Islami-schen Staat bekennende Terrorgruppierung.
- 2 In diesem Beitrag bezieht sich die geografische Bezeichnung Sahel auf die Staaten des G5 Sahel-Verbundes: Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad. Der Fokus liegt dabei auf der Entwicklung in den drei Staaten des zentralen Sahel (Burkina Faso, Mali und Niger). Die ebenfalls dramatische Lage in der Tschadsee-region im Vier-ländereck Kamerun, Niger, Nigeria und Tschad wird hier nicht behandelt.
- 3 ACLED 2020: Ten Conflicts to Worry About in 2020, 23.01.2020, in: <https://bit.ly/2L2ipu3> [04.05.2020].
- 4 Gespräche des Autors in Bamako und Niamey 2019 und 2020.
- 5 Peul ist die französische Bezeichnung für Fulani oder Fulbe.
- 6 Das Massaker von Ogossagou vom März 2019 mit über 130 Toten ist bis heute unaufgeklärt.
- 7 Roger, Benjamin 2018: Mali: Amadou Koufa, le visage peul d'Al-Qaida, jeunefrique, 20.11.2018, in: <https://bit.ly/3dgjNp1> [04.05.2020].
- 8 So hat der bekannte französische Intellektuelle Bernard-Henri Lévy im Dezember 2019 in der Zeitschrift Paris Match die Behauptung aufgestellt, in Nigeria gäbe es eine „vor-genozidäre Situation“ gegen die Christen des Landes, angetrieben von der Volksgruppe der Peul, der auch der aktuelle Präsi-dent Nigerias angehört. Lévy, Bernard-Henri 2019: „Au Nigeria, on massacre les chrétiens“, le SOS de Bernard-Henri Lévy, Paris Match, 05.12.2019, in: <https://bit.ly/3b1v6jb> [04.05.2020]; Roussy, Caroline 2020: „BHL au Nigeria: le spectacle contre l'info“ (Interview mit Vincent Foucher), IRIS, 24.01.2020, in: <https://bit.ly/35D31hk> [04.05.2020].
- 9 Pellerin, Mathieu 2019: Les violences armées au Sahara. Du djihadisme aux insurrections?, Études de l'Ifri, Ifri, 11/2019, S.11, in: <https://bit.ly/2SzSi1G> [05.05.2020].
- 10 Der malische Soziologe Ely Dicko, ein hervorragender Kenner der Konfliktsituation, ist beispielsweise einer von zahlreichen Experten, die zu Recht auf diese Komplexität hinweisen. Siehe u.a. Topona, Eric 2020: Iyad Ag Ghaly et Amadou Koufa, portraits de deux chefs djihadistes, Deutsche Welle, 12.02.2020, in: <https://p.dw.com/p/3XggV> [04.05.2020].
- 11 Einen lesenswerten Überblick hierzu bietet u.a. Assanvo, William / Dakono, Baba / Thérout-Bénoni, Lori-Anne / Maïga, Ibrahim 2019: Violent extremism, organised crime and local conflicts in Liptako-Gourma, Institute for Security Studies (ISS), 10.12.2019, in: <https://bit.ly/2WskDXTX> [04.05.2020].
- 12 Lagneau, Laurent 2020: Général Lecointre: Au Sahel, la capacité de régénération des terroristes est ‚forte‘, Zone Militaire, 07.03.2020, in: <https://bit.ly/2SGtipH> [04.05.2020].
- 13 Gespräch des Autors in Sikasso 2018.
- 14 Die massive Kritik an Frankreich vertritt beispiels-weise auch der in Deutschland bekannte Musiker Salif Keita. Monier-Reyes, Lucie / Duhamel, Sébas-tien 2019: Au Mali, Salif Keita accuse la France de financer les djihadistes, TV5MONDE, 16.11.2019, in: <https://bit.ly/2W5NiUH> [04.05.2020].
- 15 Serge Michailof ist einer der Advokaten einer starken Fokussierung auf die Kernfunktionen des Staates. Veröffentlichungen siehe u. a.: Fondation pour les études et recherches sur le développement international (Ferdi), in: <https://ferdi.fr/en/biographies/serge-michailof> [06.05.2020].
- 16 Die Sahel-Allianz koordiniert die Entwicklungszu-sammenarbeit der wichtigsten Geber der G5 Sahel-staaten. Die Webseite der Sahel Allianz zeigt eine Vielzahl unterschiedlicher Projekte in sechs Sektoren von Landwirtschaft bis innere Sicherheit. Eine wirk-liche Schwerpunktbildung ist nicht erkennbar. Alliance Sahel, in: <https://alliance-sahel.org> [06.05.2020].
- 17 Togola, Mamadou 2020: Mamadou Sinsy Couilbaly, président du CNPM: „Les fraudes sur les produits pétroliers font perdre à l'Etat plus de 10 milliards FCFA par an“, Maliweb.net, 11.02.2020, in: <https://bit.ly/2KYRcZ8> [04.05.2020].



Quelle: © Daniel Becerri, Reuters.

[Weitere Themen](#)

# Coronavirus in Lateinamerika

Chance oder Bedrohung für den Rechtsstaat?

Marie-Christine Fuchs



In Lateinamerika werden die rechtspolitischen Folgen, die aus der Coronakrise hervorgehen, in großem Umfang davon abhängen, wie die Regierungen der Region ihre Macht in Zeiten des Notstands ausüben. Missbrauchen Lateinamerikas Regenten ihre Befugnisse zur Zementierung ihrer Macht, sieht es für den Rechtsstaat in Lateinamerika in Zukunft finster aus. Wissen sie ihre Macht mit Maß auszuüben und ihre Länder mit gutem Führungsstil aus der Krise zu leiten, könnten sie verloren geglaubtes Vertrauen zurückgewinnen. Eines ist sicher: Die Coronakrise wird die politischen Spielregeln verändern.

---

### Einleitung

Später als in Europa und zunächst mit einer noch zu beherrschenden Anzahl an Fällen erreichte die COVID-19-Krise Ende März 2020 ganz Lateinamerika. Viele Regierungen befürchteten, dass die nationalen Gesundheitssysteme eine Eskalation der Situation noch weniger verkraften würden als in Europa. Deshalb ergriff die Mehrheit der Staaten bereits frühzeitig radikale, freiheitsbeschränkende Maßnahmen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Einige Regierungen riefen den Notstand aus, fast alle verhängten temporäre Ausgangssperren. Auch wenn solche Maßnahmen auf den ersten Blick notwendig erscheinen, besteht die Gefahr, dass sich die Macht in den Händen populistischer oder gar autoritärer Machthaber sammelt, die die Krise bewusst ausnutzen, um eigene politische Ziele zulasten der Demokratie und rechtsstaatlicher Institutionen unkontrolliert voranzutreiben. Bringt die Coronakrise die ohnehin schon vielerorts fragilen Rechtsstaaten in Lateinamerika also noch mehr in Gefahr? Oder könnte sie auch Chancen für eine Rückkehr des Vertrauens in den Rechtsstaat eröffnen?

### Ausgangslage: Mangel an Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaat

Machen wir uns die Ausgangslage bewusst: Schon vor Ausbruch der Pandemie hatte es der Rechtsstaat in Lateinamerika nicht unbedingt leicht. Der Kontinent zeichnet sich seit der

Kolonialzeit durch eine extreme Schere zwischen Arm und Reich aus. In einigen Staaten und Regionen beeinflussen korrupte Eliten, die Parapolitik und die oft mit dem Drogenhandel verbundene, gewaltbereite organisierte Kriminalität die gesellschaftliche Realität oft stärker als die für alle gleich geltenden parlamentarischen Gesetze. Gesetzeskonformität leidet dort, wo der Staat Gesetze selbst nicht beachtet oder umsetzt. Dazu kommen eine unzureichende Alters- und Gesundheitsvorsorge, oftmals schwache oder ganz fehlende Sozialversicherungssysteme, unzureichende Bildungsmöglichkeiten und Infrastruktur sowie eine frapierende Straflosigkeit. Es wundert also nicht, dass Ende 2019 vielerorts unzufriedene Bürger auf die Straße gingen, um ihrem Ärger in Massenprotesten Luft zu machen. In Chile und Ecuador, aber auch in Kolumbien mündeten die Proteste teilweise in Vandalismus, Plünderungen und Toten. Auch wenn sich die Ursachen der Proteste in der Region nicht über einen Kamm scheren lassen, so ist einer der Gründe sicherlich der systematische und endemische Mangel an Sozial- und Rechtsstaat in Lateinamerika.

Zwar unterscheidet das Virus nicht, wen es befällt oder nicht. Es ist also insofern „gerecht“. Seine Auswirkungen und Folgen treffen arme Bevölkerungsschichten in der Region jedoch ungleich härter.<sup>1</sup> In Extremländern wie Venezuela bestand schon lange vor der Coronakrise eine „komplexe humanitäre Notlage“. 87 Prozent der Bevölkerung des Landes leben in

Armut oder extremer Armut und Gesundheitsversorgung ist so gut wie inexistent.<sup>2</sup> War das Land schon vorher in einer tiefen Krise, so wird diese nun durch die Pandemie noch verstärkt. Selbst weniger gebeutelte Länder der Region hatten Grund zu befürchten, dass ihr Gesundheitssystem unter COVID-19 kollabieren wird, ganz zu schweigen von den wirtschaftlichen Folgen. Erste grausige Bilder eines solchen Zusammenbruchs erreichten uns im April 2020 aus der ecuadorianischen Stadt Guayaquil, wo sich Hunderte von Leichen in den Straßen stapelten. Die Beerdigungsinstitute waren völlig überfordert.<sup>3</sup>

Man bedenke darüber hinaus, dass in vielen Ländern des Kontinents mehr als die Hälfte aller Arbeitsverhältnisse informell sind und die Beschäftigten damit keinen Zugang zu den Sozialsystemen haben. Selbst formell Angestellte wurden von ihren – teilweise sogar staatlichen – Arbeitgebern in den letzten Monaten reihenweise in unbezahlten Urlaub geschickt oder gleich ganz entlassen. Die vielerorts versprochene staatliche Hilfe lief nur schleppend an, der Bedarf an Beatmungsgeräten nahm zu. Mitte Mai meldete die Metropolregion Santiago de Chile eine Auslastung von 95 Prozent ihrer Intensivbetten. Dabei ist die Gesundheitsversorgung in Lateinamerika mitunter nicht schlecht. Wer zahlen kann, wird bestens behandelt. Gut ausgestattete Privatkliniken in den reichen Vierteln der Metropolen bilden einen krassen Kontrast zu den prekären, nur spärlich vorhandenen staatlichen Gesundheitseinrichtungen im ländlichen Raum. Mit Ausbruch der Corona-Pandemie kam dementsprechend die Befürchtung auf, dass in der Region die wenigen vorhandenen intensivmedizinischen Plätze nicht nach Alter oder Vorerkrankungen vergeben werden, sondern nach Portemonnaie und Wohnsitz der Patienten. In Brasilien, dem Land mit der größten Anzahl von Infizierten in Lateinamerika<sup>4</sup>, ist dies bereits Realität. Dort werden mehr als die Hälfte aller Coronatests in Privatlabors durchgeführt, allerdings nur gegen Bezahlung.<sup>5</sup>

Schon die Vorbedingungen waren ungleich. In den Armenvierteln Lateinamerikas gibt es oft nur unzureichenden Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. „Luxusgüter“, wie Mund-

schutz und Desinfektionsmittel, sind in Corona-virus-Zeiten kaum verfügbar. Es klingt in den Ohren vieler Mittelloser also wie Hohn, wenn der Staat sie dazu verpflichtet, den ganzen Tag mit der gesamten Familie in beengten Unterkünften zu verweilen, in denen es teilweise kein Licht gibt und es tagsüber unerträglich heiß werden kann. Lieber nehmen diese Menschen eine Infektion mit dem Virus in Kauf und drängen sich in die immer noch überfüllten öffentlichen Transportmittel der Megagroßstädte, um wenigstens noch ein wenig Geld und Lebensmittel zu beschaffen. Das Infektionsrisiko armer Bevölkerungsschichten ist daher nicht nur höher, auch der Zugang zu medizinischer Behandlung ist begrenzter. Man führe sich insbesondere die Situation in lateinamerikanischen Gefängnissen vor Augen. Dort lebt eine hohe Anzahl von Gefangenen auf engstem Raum in teilweise menschenunwürdigen Zuständen. Erste Gefängnisaufstände gab es bereits.<sup>6</sup> Die kolumbianische Regierung reagierte und entließ Kleinkriminelle aus den Gefängnissen.<sup>7</sup> Auch die indirekten Folgen wie Rezessionen und Preisanstiege treffen die Armen schon jetzt härter und werden in den nächsten Monaten, vielleicht sogar Jahren, aller Voraussicht nach mehr Leben kosten als das Virus selbst. Soziale Spannungen scheinen vorprogrammiert.<sup>8</sup>

## **Durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit werden de facto auch andere Grundrechte, wie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, außer Kraft gesetzt.**

---

### **Notstandsmaßnahmen und Einschränkungen liberaler Freiheitsrechte**

Die weltweite Pandemie und die oben aufgezeigten lateinamerikanischen Realitäten, insbesondere defizitäre Gesundheitssysteme, erklären, warum viele Regierungen des Kontinents schon bei geringen Infektionszahlen drastische freiheitsbeschränkende Maßnahmen angeordnet haben. In

fast allen lateinamerikanischen Ländern wurden Grenzschließungen, Verbote von öffentlichen Veranstaltungen und Zusammenkünften sowie Ausgangs- und Bewegungssperren verschiedener Ausprägung erlassen. Zudem wurden in mindestens zehn Ländern Ausnahmezustände oder Notstände ausgerufen.<sup>9</sup>

Um effektiv auf extreme Krisensituationen – in der Vergangenheit zumeist Kriege, Militärputsche

oder auch terroristische Anschläge – und ihre Folgen zu reagieren, sehen die entsprechenden verfassungsrechtlichen Vorschriften eine Ausweitung der Rechte der Regierung vor. Danach können u. a. bestehende Gesetze temporär außer Kraft gesetzt oder Dekrete mit Gesetzeskraft, ohne Beteiligung des Parlaments, erlassen werden, dies selbstverständlich nur zur Bewältigung der Krise und solange diese andauert. Zur Umsetzung der dekretierten Maßnahmen ist in vielen



Menschenmassen drängen in öffentliche Verkehrsmittel: Um in der Krise genug Geld und Lebensmittel beschaffen zu können, setzen sich viele Menschen einer hohen Infektionsgefahr aus. [Quelle: © Amanda Perobelli, Reuters.](#)

Verfassungen der Einsatz des Militärs im Inland gestattet. Richtig und verantwortungsvoll angewandt, ist der Zweck der Notstandsklauseln somit, die Demokratie in Krisensituationen zu schützen oder sogar zu stärken.

Wer also sowohl von linkspopulistischer Seite, wie etwa der mexikanische Präsident López Obrador oder der autoritäre Präsident Nicaraguas Daniel Ortega, sowie auch aus dem rechtspopulistischen Lager, so z. B. der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro oder zunächst auch der US-amerikanische Präsident Donald Trump, die Lage verharmlost, der scheint entweder die Wissenschaft zu ignorieren oder verkennt das Ausmaß der Krise. So hat Jair Bolsonaro das Virus als „Grippchen“ abgetan und selbst in Anbetracht rapide ansteigender Fallzahlen keine tiefgreifenden Gesundheitsschutzmaßnahmen angeordnet. Dies hat er mit dem Schutz der Wirtschaft begründet. Auch wenn sicherlich ein Augenmerk auf die Verhältnismäßigkeit der zu treffenden Maßnahmen zu richten ist, so ist ein solches Unterlassen mit den Pflichten des Staates zum Schutz des Lebens und der Gesundheit seiner Bürger und mit rechtsstaatlichen Grundsätzen schlichtweg unvereinbar.

Auf der anderen Seite sind vielerorts materiell-rechtliche Folgen der extremen Notstandsmaßnahmen präzedenzlose Einschränkungen von Freiheitsrechten. Hierzu gehören insbesondere die umfassenden Einschränkungen des Rechts auf Freizügigkeit oder Bewegungsfreiheit – Maßnahmen, die in normalen Zeiten inakzeptabel wären.<sup>10</sup> Einschränkungen der Bewegungsfreiheit ziehen andere Grundrechtseingriffe, wie die De-facto-Außerkraftsetzung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, mit sich. Darüber hinaus war in vielen lateinamerikanischen Ländern schon in den ersten Tagen der Quarantäne ein extremer Anstieg der Anzeigen wegen häuslicher Gewalt, insbesondere gegenüber Frauen und Kindern, zu verzeichnen.<sup>11</sup> Ganz abgesehen von dem in vielen Verfassungen der Region verbrieften Recht auf Arbeit, das für all diejenigen suspendiert wurde, deren Berufstätigkeit entweder nicht von einer der Ausnahmen erfasst wurde oder die wegen des Charakters ihrer Tätigkeit nicht auf Telearbeit umsteigen können.

Wegen Schließung aller nicht lebenswichtigen Unternehmen und öffentlicher Einrichtungen ist zudem auch gerichtlicher Rechtsschutz bis heute in vielen Ländern der Region nur erschwert oder gar nicht mehr zu erreichen.<sup>12</sup> Unterschätzt werden dürfen ferner nicht die psychologischen Folgen, die das teilweise monatelange Alleinsein und die völlige Abgeschiedenheit gerade für ältere Menschen und vulnerable Bevölkerungsgruppen haben kann.

Viele der getroffenen Maßnahmen waren und sind heute immer noch erforderlich,<sup>13</sup> um Schlimmeres zu verhindern. Es sollte aber dennoch auch in Lateinamerika genau auf die Verhältnismäßigkeit der verhängten Maßnahmen und deren rechtliche Grundlage geschaut werden.<sup>14</sup> Das schien die Regierungschefs der Region aber teilweise nur in einem geringen Maße zu interessieren. Einige Extremmaßnahmen wurden etwa einzig mit der Aussage begründet, dass „die Einschränkungen notwendig und unaufschiebbar“ seien. Warum soll ein Kolumbianer wegen strikter Grenzschließungen nicht in sein Land zurückkehren dürfen, während ein Deutscher sehr wohl nach Hause darf? Warum darf ein Peruaner nicht unter Wahrung eines Sicherheitsabstands von zwei Metern allein im Park spazieren gehen? Wie sollen Kinder in abgeschiedenen Dörfern im ländlichen Raum auf virtuelle Schulkurse umsteigen, wenn weder sie noch ihre Lehrer Zugang zu Internet und Computer haben? Auch wenn es eine große Herausforderung für jeden Rechtsstaat darstellt, eine verhältnismäßige, allseits als „gerecht“ wahrgenommene Abwägung zwischen Gesundheitsschutz und individuellen Freiheiten zu treffen,<sup>15</sup> so erlaubt das in Lateinamerika vielerorts konstitutionalisierte „Grundrecht auf Gesundheit“ eben gerade nicht die grenzenlose Einschränkung anderer Grundrechte. Denn das Gebot der Rechtmäßigkeit gilt auch in Krisenzeit, vielleicht sogar mehr denn je.

### **Notstandsmaßnahmen als Deckmantel zur Verfestigung und Ausweitung von Macht**

In Anbetracht fragiler Rechtsstaaten, schwächelnder Institutionen und Präsidialsysteme, die



Machtmonopole in den Händen von *caudillos*<sup>16</sup> in der Regel schneller zulassen als in Europas parlamentarischen oder semi-präsidentiellen Systemen, besteht darüber hinaus in Lateinamerika eine – gegenüber der westlichen Welt ungleich höhere – Gefahr unrechtmäßiger Ausnutzung von Notstandsmaßnahmen. So warnten die amerikanischen Politikwissenschaftler Levitsky und Ziblatt in ihrem Buch „Wie Demokratien sterben“ schon lange vor der Coronakrise vor „Möchtegern-Autokraten“, die Wirtschaftskrisen, Naturkatastrophen und Sicherheitsbedrohungen zur Rechtfertigung ihrer antidemokratischen Maßnahmen nutzen. Eine der Ironien des Untergangs von Demokratien bestünde darin, „dass häufig ihr Schutz als Vorwand für ihre Aushöhlung angeführt wird“.<sup>17</sup>

### **Gerade, wenn sich in Krisenzeiten Militärmacht mit Demagogie paart, wird es für den Rechtsstaat gefährlich.**

---

Denn ist die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet und das Parlament auf legalem Wege ausgeschaltet, bieten erweiterte und insbesondere unkontrollierte präsidentielle Befugnisse in den falschen Händen alle Möglichkeiten zur Festigung von Macht oder zur Durchsetzung von Maßnahmen, denen die Abgeordneten in normalen Zeiten niemals zugestimmt hätten. So hat manch einer auf die Krise vielleicht nur gewartet, um bereits vorformulierte Gesetze schnell und schmerzlos „durchzudrücken“. Hier werden Entscheidungen über Leben und Tod Machthabern anvertraut, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen.<sup>18</sup> Nicht umsonst haben Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen vor einer solchen „Machtüberschreitung“ in Anbetracht von COVID-19 nachdrücklich gewarnt.<sup>19</sup> Im schlimmsten Fall sind Ausnahmestände der Freifahrtschein für Tyrannei und Unrechtsregime. Auch in Lateinamerika weckt das Wort „Notstandsgesetzgebung“ nicht unbedingt positive Erinnerungen. So wurden während der Militärdiktaturen oder autoritären Regime in Brasilien,

In der Krise allein: Besonders für ältere →  
Menschen kann die völlige Abgeschiedenheit  
zu einer psychischen Belastungsprobe werden.  
Quelle: © Manuere Quintero, Reuters.

Argentinien, Chile und Uruguay in den 1970er und 1980er Jahren sowie in Peru in den 1990er Jahren unrechtmäßige Repressalien oft per Notstandsdekret erlassen, dies u. a. zur Bekämpfung von „terroristischen Gefahren“ durch linke Guerrillagruppen oder Oppositionelle.<sup>20</sup>

So animierte der Beginn der Coronakrise Lateinamerikas Demagogen dazu, sich in Stellung zu bringen. Allen voran in Venezuela. Das Land ist spätestens seit der Gleichschaltung der Justiz und der Ausschaltung des Parlaments in die Diktatur abgerutscht. Machthaber Nicolás Maduro nutzte die, angeblich in Reaktion auf die Coronakrise angeordnete, totale Abschottung des Landes gezielt dazu, um seine Macht zu zementieren und Oppositionelle noch stärker zu verfolgen. Die Militarisierung schritt weiter voran, angeblich, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.<sup>21</sup> Journalisten sowie Ärzte, die im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise auf die völlige Dysfunktionalität des venezolanischen Gesundheitssystems hinwiesen, wurden systematisch verfolgt und bedroht. Informationen zur Krise wurden von Beginn an durch die Regierung monopolisiert und der Bevölkerung nur bruchstückhaft und „gefärbt“ übermittelt. Staatliche Hilfen kommen nur denjenigen zugute, die über eine sogenannte Vaterlandskarte ( *carnet de la patria*) verfügen und damit „Linientreue“ bewiesen haben.

Auch anderorts in Lateinamerika ist bis heute eine Militarisierung der öffentlichen Sicherheit<sup>22</sup> und eine Art „Bestrafungspopulismus“ festzustellen. Soldaten wurden eingesetzt, um die Pandemie zu bekämpfen und die Grenzen zu sichern. Selbst Reserveeinheiten wurden mobilisiert. Genauso wie der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden wurde dem Militär zudem in vielen Ländern die Überwachung der



Einhaltung der Quarantänemaßnahmen übertragen und weitreichende Eingriffskompetenzen für Verhöre und Festnahmen derjenigen zugebilligt, die sich ihren Anordnungen widersetzen. Auch wenn dies gerade von denjenigen, die sich an die Zeit vergangener Militärdiktaturen erinnern fühlen, als psychologische Belastung wahrgenommen wird, ist die Militärpräsenz an sich erst einmal nicht bedenklich. Sie ist im Gegenteil zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig und daher in vielen Verfassungen der Region für Notstandssituationen ausdrücklich vorgesehen.

### **Auch in Demokratien nutzen Politiker die Coronakrise teilweise, um politisch gerade unerwünschte Ereignisse zu verzögern.**

---

Die erweiterten Befugnisse werden aber dann bedenklich, wenn Militär und Polizei die Pandemie mit einem Kriegszustand verwechseln und ihre Machtbefugnisse unverhältnismäßig gegen die eigene Bevölkerung einsetzen. Vorfälle dieser Art gab es schon im Rahmen der Massenproteste in Chile, Kolumbien und Ecuador um den Jahreswechsel 2019/2020. Sie scheinen angesichts schlecht ausgebildeten und unterbezahlten Personals weiterhin vorprogrammiert.<sup>23</sup> Peru zum Beispiel änderte seine Strafgesetze, um das Militär und die nationale Polizei gleich ganz von der strafrechtlichen Verantwortung für Tötungen und Körperverletzungen zu befreien, insoweit diese im Rahmen der Bekämpfung der Coronakrise und zur Erfüllung ihres verfassungsrechtlichen Mandates erfolgen. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission äußerte über Twitter, dass diese Regelung gegen Menschenrechte verstößt. Darüber hinaus scheint es zum populistischen Machtinstrument geworden zu sein, für Verletzungen der obligatorischen Quarantänemaßnahmen zur Einschüchterung hohe Geld- oder gar Gefängnisstrafen anzudrohen. So waren nach Medienangaben bereits bis zum Ende März

2020 in Peru über 25.000 Personen wegen Missachtung der obligatorischen Ausgangssperre vorläufig festgenommen worden.<sup>24</sup> Anfang April 2020 waren es über 50.000 Personen. Auch in El Salvador kam es zu ähnlichen massenhaften Festnahmen. Dies wirkt, als ob man mit Kanonen auf Spatzen schießen wolle. Die Festnahmen erscheinen unverhältnismäßig und kontraproduktiv, will man Menschenansammlungen vermeiden. Denn den über 50.000 temporären Gefangenen stehen wohl keine Einzelzellen zur Verfügung. Es wäre den Präsidenten der Region zu raten, zunächst einmal in den zivilen Gehorsam ihrer Bürger zu vertrauen und nicht gleich „den Knüppel aus dem Sack“ zu holen. Denn gerade, wenn sich Militärmacht mit Demagogie paart, wird es für den Rechtsstaat gefährlich.

Ein anderes stetes Ärgernis für Autokraten und Populisten ist die Presse. Denn Meinungs- und Informationsfreiheit beinhaltet auch die Pflicht des Staates zur transparenten und neutralen Aufklärung. Die Coronakrise bietet die perfekte Möglichkeit, diese Rechte ungezügelt weiter einzuschränken. So warnte im April 2020 der Ombudsmann für Menschenrechte in El Salvador, José Apolonio, dass Militär und Polizei in dem zentralamerikanischen Land Informationsmaterial von Journalisten zur Coronakrise zerstört haben, indem diese zur Löschung entsprechender Videos und Fotos gezwungen wurden.<sup>25</sup> Wir erinnern uns, dass Präsident Nayib Bukele erst kurz zuvor das Parlament durch Militärs besetzen ließ, um die Parlamentarier zur Zustimmung zu einem Darlehen zu bewegen. Zudem erklärte er per Twitter, dass er drei im April 2020 von der Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs erlassene Urteile, die die erwähnten Inhaftierungen wegen Nichtbeachtung der Quarantänemaßnahmen als Verstoß gegen die Menschenrechte qualifizierten, nicht anerkennen wolle.<sup>26</sup> Selbst in einem Land wie Kolumbien, das sich generell durch einen einigermaßen stabilen Rechtsstaat auszeichnet, wurde zuletzt behauptet, dass die Presse wegen des Coronavirus förmlich selbst auf der Intensivstation gelandet sei.<sup>27</sup> Mehrere regierungskritische Reporter wurden Anfang April 2020 über Nacht entlassen. Hinzu kommt, dass viele

Journalisten wegen der Quarantänemaßnahmen über Monate nicht selbstständig recherchieren oder autonom berichten können. Sie sind auf Regierungsinformationen angewiesen. Die De-facto-Ausschaltung der Presse wurde und wird bis heute teilweise instrumentalisiert, um den wahren Zustand der Krise zu verschleiern. Mehr noch, einige asiatische Länder, allen voran China, haben es vorgemacht, wie man die Pandemie ausnutzen kann, um mithilfe digitaler Medien und Apps ungebremst Informationen von Seiten der Bevölkerung z. B. zu ihrem Gesundheitszustand einzufordern, die sie später zu anderen Zwecken, wie etwa in Wahlkampfkampagnen oder zur anderweitigen Überwachung oder Manipulation der eigenen Bevölkerung, einsetzen könnten.<sup>28</sup> Dabei ist die Meinungsfreiheit und eine transparente Informationspolitik gerade in Fällen sanitärer Notstände unerlässlich, um Leben zu retten. Hätte Chinas Regierung die warnenden Stimmen einiger chinesischer Ärzte, die in Wuhan schon im Dezember 2019 vor den Folgen des Coronavirus warnten, nicht systematisch unterdrückt, wäre der Welt vielleicht einiges erspart geblieben.<sup>29</sup>

In anderen, weniger drastischen Fällen – teilweise sogar in robusten Demokratien – kam die Pandemie nicht ungelegen, um politisch möglicherweise gerade unerwünschte Ereignisse zu verzögern. In Chile, wo die Regierung schon frühzeitig den „Katastrophenzustand“ ausgerufen hatte, wurde das für den 26. April 2020 geplante Verfassungsreferendum auf den 25. Oktober 2020 verschoben. Weitere Massenproteste blieben durch die verhängten Quarantänemaßnahmen aus. Auch das Oberste Wahlgericht in Bolivien hat die für den 3. Mai 2020 geplanten Wahlen ohne Nennung eines neuen Termins nach hinten verschoben. Dies kommt der amtierenden Übergangspräsidentin Jeanine Áñez zugute. Sie kann ihre kürzlich angekündigte Präsidentschaftskandidatur konsolidieren. Denn Kriege und Terroranschläge haben in der Vergangenheit gezeigt, dass die Öffentlichkeit sich unter diesen Umständen „um die Fahne schart“<sup>30</sup> und Zustimmungsquoten der Regierung in die Höhe schnellen können. Warum sollte das in der Coronakrise für eine Übergangspräsidentin nicht genauso sein?

## Folgen für den Rechtsstaat in Lateinamerika

Auch wenn die Voraussetzungen für das Ergreifen von Notstandsmaßnahmen im Fall COVID-19 andere sind als in der Vergangenheit in Kriegszeiten oder zur (vermeintlichen) Bekämpfung terroristischer Gefahren, ist höchste Vorsicht geboten. Natürlich braucht es in diesen außergewöhnlichen Zeiten außerordentliche Maßnahmen. Dies aber demokratisch legitimiert und kontrolliert.

Ein Augenmerk sollte deshalb insbesondere auf die Aufrechterhaltung der Kontrollorgane, speziell der Verfassungsgerichte, sowie auf die Förderung eines kritischen und wachen Geistes von Seiten der Zivilbevölkerung gelegt werden.<sup>31</sup> Denn gerade in Krisenzeiten muss die Demokratie für Fehler doppelt bezahlen. Viele Maßnahmen wurden gerade zu Beginn der Coronakrise unter enormem Zeitdruck erlassen, für die die Machthaber in normalen Zeiten vielleicht Jahre gebraucht hätten. Einige Parlamente wurden temporär lahmgelegt und funktionieren teilweise seit Monaten trotz Ergreifens innovativer Maßnahmen, wie virtueller Sitzungen, nur eingeschränkt. Die Bevölkerung ist abgelenkt und mit der Abwehr und Linderung der persönlichen Folgen der Krise beschäftigt. Die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen wurde daher bisher kaum öffentlich diskutiert. Die Zustimmungsraten zu den Notstandsmaßnahmen in Lateinamerika sind (noch) – mit Ausnahme Brasiliens – generell hoch. Wieso sich also einen „Kopf“ über ihre Verhältnismäßigkeit machen?

**Die größte Gefahr für die lateinamerikanischen Rechtsstaaten besteht darin, dass Krisenmaßnahmen nach Ende der Pandemie eventuell nicht mehr zurückgedreht werden.**

Sind die Regierungen erst einmal ungestraft davongekommen oder werden politisch für ihr beherztes Durchgreifen sogar gefeiert, besteht die Gefahr, dass sie auch zukünftig bei weniger





Ausnahmezustand Pandemie: Sobald das Militär und die Polizei ihre Macht unverhältnismäßig gegen die eigene Bevölkerung einsetzen, werden die erweiterten Befugnisse zu einer Gefahr. [Quelle: © Carlos Garcia Rawlins, Reuters.](#)

schwerwiegenden Krisen ungezügelt erhebliche Eingriffe in Freiheitsrechte, insbesondere in die Bewegungsfreiheit, anordnen werden. Eine juristische Aufarbeitung des Geschehenen ist somit unerlässlich.<sup>32</sup> So ist es zu begrüßen, dass das

brasilianische Verfassungsgericht ein Dekret von Präsident Jair Bolsonaro, mit dem er den Zugang zu öffentlicher Information in Coronazeiten einschränken wollte, für verfassungswidrig erklärt hat. Ebenso ist es positiv zu bewerten, dass das



kolumbianische Verfassungsgericht, eines der prestigeträchtigsten und bedeutendsten in der Region, die erlassenen Krisenmaßnahmen auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft. Ende Mai 2020 erklärte das Gericht den von Präsident Iván

Duque per Dekret erklärten sozialen und wirtschaftlichen Notstand für verfassungsmäßig.<sup>33</sup> Weitere vom Präsidenten unter dem Notstandsregime erlassene Dekrete liegen dem Verfassungsgericht derzeit noch zur Prüfung vor.

Die größte Gefahr für die lateinamerikanischen Rechtsstaaten besteht aber darin, dass Krisenmaßnahmen nach Ende der Krise gar nicht mehr zurückgedreht werden. Denn was nicht gleich zurückgenommen wird, wird zur Gewohnheit. Und so könnten sich Neu-Autokraten der Region ganz schnell in ihre neuen Machtbefugnisse verlieben und sie dann nicht mehr hergeben wollen.<sup>34</sup> So hat die Vergangenheit gezeigt, dass in vielen Fällen im Notstand erlassene Gesetze danach über Jahre Gültigkeit behielten. Wir erinnern uns an in Notstandssituationen in den USA und Frankreich, aber auch in Kolumbien, Chile und Peru erlassene Antiterrorgesetze, die bis heute Gültigkeit haben. Der Ausnahmezustand wird zur Normalität. Liegt die Macht also in den falschen Händen, so können sich Regierende daran machen, nicht nur individuelle Freiheiten einzuschränken, sondern auch das zivile Leben, Politik und Wirtschaft für Jahre unter ihre alleinige Kontrolle zu bringen.

In Lateinamerika werden die rechtspolitischen Folgen, die aus der Coronakrise hervorgehen, also in großem Umfang davon abhängen, wie die Regierungen der Region ihre Macht in Zeiten des Notstands ausüben. Missbrauchen Lateinamerikas Regenten ihre Befugnis zur Zementierung ihrer Macht und zur Durchsetzung egoistischer Ambitionen, sieht es für den Rechtsstaat in Lateinamerika in Zukunft finster aus. Der Glaube an Demokratie und Rechtsstaat würde noch weiter abnehmen. Ungleichheiten blieben bestehen oder würden gar noch verstärkt. Die kurzzeitig unterdrückte Protestwelle würde danach mit noch größerer Wucht ausbrechen.

Wissen die Regierungen ihre Macht jedoch mit Maß auszuüben und ihre Länder mit gutem Führungsstil aus der Krise zu leiten, werden sie nicht nur Wählerstimmen gewinnen, sondern vielleicht auch das lange verloren geglaubte Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen

zurückzuerwerben. Dazu gehört insbesondere auch eine gerichtliche Aufarbeitung der getroffenen Krisenmaßnahmen und ein solides Wappnen der Gesundheitssysteme für künftige Notstände. So besteht in der Krise vielleicht auch eine Chance für mehr sozialen Rechtsstaat, Demokratie und Solidarität in Lateinamerika. Denn eines ist sicher: Die Coronakrise wird die politischen Spielregeln verändern. Lateinamerikas Regierungen haben es in der Hand, die Richtung zu bestimmen.

---

**Dr. Marie-Christine Fuchs, LL.M.** ist Leiterin des Rechtsstaatsprogramms Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Bogotá.

*Redaktionsschluss für den Artikel war der 29. Mai 2020.*

*Die Autorin dankt Felix Ochtrup, im Februar und März 2020 Praktikant beim Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung, für seine Unterstützung bei der Vorbereitung und beim Verfassen des Artikels.*

- 1 Brühwiller, Tjerk 2020: Das Virus ist nicht gerecht, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.03.2020, in: <https://faz.net/-gq5-9xxo2> [22.04.2020].
- 2 Human Rights Watch 2019: Venezuela's Humanitarian Emergency, Large-Scale UN Response Needed to Address Health and Food Crises, 04/2019, in: <https://bit.ly/2XV371W> [22.04.2020].
- 3 Gallón, Natalie 2020: Bodies are being left in the streets in an overwhelmed Ecuadorian city, CNN, 04.04.2020, in: <https://cnn.it/3bug7iY> [22.04.2020].
- 4 Stand Ende Mai 2020.
- 5 Ampost 2020: Brasil realiza menos de 10 % de testes de Covid-19 entregues ao Ministério da Saúde, 27.05.2020, in: <https://go.shr.lc/3eUmvkZ> [04.06.2020].
- 6 Ende März 2020 wurden bei einem Gefängnisausbruch aus dem Zentralgefängnis der Hauptstadt Kolumbiens (La Modelo) 23 Gefangene getötet und über 82 verletzt. Siehe: Bonilla, Alejandra 2020: 21M: la noche de la tragedia en la cárcel La Modelo, El Espectador, 22.03.2020, in: <https://bit.ly/3cFUb4m> [22.04.2020].
- 7 Cantillo, Jorge 2020: Colombia prepara una excarcelación masiva de presos por el avance del coronavirus, Infobae, 03.04.2020, in: <https://bit.ly/2RZBYab> [22.04.2020].
- 8 Bastuck, Nicolas 2020: „Ante las desigualdades frente a la epidemia, hay riesgo de fuertes tensiones sociales“, Interview mit Mireille Delmas-Marty, El Espectador, 01.04.2020, in: <https://bit.ly/3aqyXpW> [22.04.2020].
- 9 Horwitz, Luisa et. al 2020: Where Is the Coronavirus in Latin America?, Americas Society / Council of the Americas, 21.04.2020 in: <https://bit.ly/2XXM2UW> [22.04.2020]. Für weitere Informationen siehe: United Nations Treaty Collection 2020: Depositary Notifications (CNs) by the Secretary-General, in: <https://bit.ly/34U30Ke> [22.04.2020].
- 10 Gemäß internationalem Recht sind einige fundamentale Grundrechte, wie das Recht auf Leben oder die körperliche Unversehrtheit auch in Notstandssituationen nicht einschränkbar. Siehe dazu z. B. Art. 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention und das amerikanische Pendant in Art. 27 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention.
- 11 Bereits am 17. März 2020 veröffentlichten die VN einen Bericht, in dem explizit auf die zu erwartende erhöhte Gefahr von häuslicher Gewalt in der lateinamerikanischen Region unter anderem aufgrund von temporären Ausgangssperren hingewiesen wird; siehe dazu: ONU Mujeres 2020: COVID-19 En América Latina Y El Caribe, 17.03.2020, S. 2, in: <https://bit.ly/2XRICTP> [22.04.2020]; VN 2020: Ante el aumento de la violencia doméstica por el coronavirus, Guterres llama a la paz en los hogares, 05.04.2020, in: <https://bit.ly/2VpM2eG> [22.04.2020]. Trotz derzeit noch fehlender zuverlässiger Statistiken lässt sich bereits jetzt ein drastischer Zuwachs an Anzeigen wegen häuslicher Gewalt in der Region bemerken. So wird in Bogotá von einer um 79 Prozent erhöhten Anzeigerate

- wegen häuslicher Gewalt berichtet; siehe dazu: Rocio Angarita, Jenny 2020: En 79 % aumentaron las denuncias sobre violencia de género durante cuarentena, RCN Radio, 01.04.2020, in: <https://bit.ly/2KrbacK> [22.04.2020]. Ähnlich stellt sich die Lage z. B. in Chile dar. Es wird von einem Wachstum um 70 Prozent berichtet; siehe dazu: T13 Móvil 2020: Fondo de violencia contra la mujer recibió un 70 % más de llamadas el último fin de semana, 04.04.2020, in: <https://bit.ly/2KlDwY1> [22.04.2020].
- 12 Pollard, Matt / Laronche, Mathilde / Grande, Viviana 2020: COVID-19 Symposium: The Courts and Coronavirus, *OpinioJuris*, 03.04.2020, in: <https://bit.ly/2Ko65UL> (Part I), <https://bit.ly/2Vti6yA> (Part II) [22.04.2020].
  - 13 Wallace, Arturo 2020: Coronavirus: qué capacidad tienen realmente los países de América Latina para hacer frente a la epidemia de covid-19, BBC, 23.03.2020, in: <https://bbc.in/2wXOkbA> [22.04.2020].
  - 14 Gargarella, Roberto 2020: Frente al coronavirus, ¿es necesario restringir las libertades compulsivamente?, *Clarín*, 24.03.2020, in: <https://bit.ly/3eKXglU> [22.04.2020].
  - 15 Bastuck 2020, N. 8.
  - 16 Unter einem *caudillo* versteht man gemäß der klassischen Definition einen Herrscher, dessen Herrschaft nicht institutionell verankert ist, sondern auf persönlicher Führungsqualität beruht. Für weitere Informationen siehe: Moradiellos, Enrique 2016: Franco, el caudillo: Origen y perfil de una magistratura política carismática, *Historia y política* 35, S. 261, 267, 269, in: <https://bit.ly/2Y2dMrL> [22.04.2020].
  - 17 Levitsky, Steven / Zibblatt, Daniel 2018: *Wie Demokratien sterben*, München, S. 110.
  - 18 Runciman, David 2020: Coronavirus has not suspended politics – it has revealed the nature of power, *The Guardian*, 27.03.2020, in: <https://bit.ly/2XSaTcR> [22.04.2020].
  - 19 VN 2020: COVID-19: States should not abuse emergency measures to suppress human rights – UN experts, Hoher Vertreter für Menschenrechte, in: <https://shar.es/aHlxXp> [22.04.2020].
  - 20 Zur Anordnung des *estado de sitio* in Argentinien siehe: Gargarella 2020, N. 14. Zu den „sozialen und wirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen“ in Kolumbien siehe: Ospina, Juan Carlos 2020: Medidas de emergencia y derechos humanos, *La Silla Vacía*, 17.03.2020, in: <https://bit.ly/3brHn1q> [22.04.2020]. Zur Erklärung des Notstandes in Peru durch den peruanischen Präsidenten am 15.03.2020 siehe: Landa, César 2020: Estado de emergencia y libertades públicas en el Perú, *Justicia en las Américas*, DPLf Blog, 30.03.2020, in: <https://bit.ly/34X94gf> [22.04.2020].
  - 21 López Maya, Margarita 2020: Venezuela: Coronavirus y dictadura, *Agenda Pública / El País*, 01.04.2020, in: <https://bit.ly/3eFi5yU> [22.04.2020].
  - 22 Rojas Sasse, Emilia 2020: América Latina: el coronavirus favorece la militarización de la seguridad pública, *Deutsche Welle*, 31.03.2020, in: <https://p.dw.com/p/3aH8V> [22.04.2020].
  - 23 Gebrekidan, Selam 2020: Frente al coronavirus los gobiernos van amasando poder (no todos son autócratas), *The New York Times*, 01.04.2020, in: <https://nyti.ms/2XRNEjb> [22.04.2020].
  - 24 Redacción AFP 2020: Perú exime de responsabilidad penal a militares que patrullan el país por coronavirus, *El Espectador*, 28.03.2020; in: <https://bit.ly/3cjw3y9> [22.04.2020].
  - 25 Hernández, Wiliam 2020: Procurador afirma que libertad de expresión no está subordinada a decretos del Gobierno, *El Salvador.com*, 03.04.2020, in: <https://bit.ly/2RYEqOz> [22.04.2020].
  - 26 Human Rights Watch 2020: El Salvador: President Defies Supreme Court, 17.04.2020, in: <https://bit.ly/356giid> [22.04.2020].
  - 27 La Liga Contra el Silencio 2020: El coronavirus deja a la prensa en cuidados intensivos, *Cuestión Pública*, 01.04.2020, in: <https://bit.ly/2yE06Z1> [22.04.2020].
  - 28 Harari, Yuval Noah 2020: The world after coronavirus, *Financial Times*, 20.03.2020, in: <https://on.ft.com/3bsAyg1> [22.04.2020].
  - 29 Vollmer, Anne 2020: Im Reich der Zensur, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.03.2020, in: <https://faz.net/-gsb-9xv04> [22.04.2020]; Yang, Xifan 2020: Die Eingeschlossenen von Wuhan, *Die Zeit*, 12.02.2020, in: <https://bit.ly/352HNco> [22.04.2020].
  - 30 Levitsky / Zibblatt 2018, N. 17, S. 111; Mueller, John 1973: *War, Presidents and Public Opinion*, New York.
  - 31 Uprimny Yepes, Rodrigo 2020: Coronavirus: un mundo en emergencia, *Dejusticia*, 29.03.2020, in: <https://bit.ly/2wXrpx2> [22.04.2020].
  - 32 Lovatón Palacios, David 2020: América Latina: Derechos civiles y políticos en tiempos de pandemia, *Justicia en las Américas*, DPLf Blog, 06.04.2020, in: <https://bit.ly/3btTUS9> [22.04.2020].
  - 33 *El Espectador* 2020: Corte Constitucional avala el decreto de Estado de Emergencia por el COVID-19, 20.05.2020, in: <https://bit.ly/2yAzecS> [27.05.2020].
  - 34 Gebrekidan 2020, N. 23.



ISSN 0177-7521  
36. Jahrgang  
Ausgabe 2|2020



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstraße 23  
10785 Berlin  
Telefon (030) 269 96-38 18  
Telefax (030) 269 96-53 383  
[www.auslandsinformationen.de](http://www.auslandsinformationen.de)  
[www.fb.com/internationalreports](https://www.fb.com/internationalreports)  
[www.twitter.com/auslandsinfo](https://www.twitter.com/auslandsinfo)  
[www.instagram.com/auslandsinfo](https://www.instagram.com/auslandsinfo)  
[auslandsinformationen@kas.de](mailto:auslandsinformationen@kas.de)

Herausgeber:  
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:  
Samuel Krug

Redaktion:  
Dr. Canan Atilgan  
Thomas Birringer  
Dr. Stefan Friedrich  
Dr. Lars Hänsel  
Dr. Peter Hefe  
Frank Priess  
Sabina Wölkner  
Nils Wörmer  
Dr. Jan Woischnik

Redaktionelle Betreuung:  
Louisa Heuss  
Dr. Sören Soika  
Fabian Wagener

Unter Mitwirkung von:  
Valentin Carl, Gregory Meyer, Sarah Müller  
und Leontine Päßler

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement  
günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein  
Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informa-  
tionen und Bestellungen wenden Sie sich bitte  
an: [auslandsinformationen@kas.de](mailto:auslandsinformationen@kas.de)

Bankverbindung:  
Commerzbank Bonn  
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00  
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den  
Auslandsinformationen (Ai).

Titelfoto:  
Grenzbefestigung im Border Field State Park in  
San Diego, Kalifornien.  
© Mike Blake, Reuters.  
Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:  
Dr. Benedikt Helfer

Übersetzung:  
Eleonore Topolinski

Gestaltung/Satz:  
racken GmbH, Berlin



[auslandsinformationen.de](http://auslandsinformationen.de)  
[fb.com/internationalreports](https://fb.com/internationalreports)  
[twitter.com/auslandsinfo](https://twitter.com/auslandsinfo)  
[instagr.am/auslandsinfo](https://instagr.am/auslandsinfo)